

Zippert zappt

Produkte dürfen nicht mit längst überholten Bewertungen der Stiftung Warentest beworben werden. Das entschied das Oberlandesgericht Zweibrücken. Der Verbraucher wird durch solche Angaben in die Irre geführt. So bringt es ihm nichts, wenn er auf einem Haarwuchsmittel das Prädikat „famos“ findet und darunter die Angabe „11/01“. Damit ist allerdings 1901 gemeint, worauf auch der Werbespruch „von führenden Kaisern empfohlen“ einen Hinweis gibt. Finger weg von Eiern mit dem Stempel „jede Reichsmark wert“. Waren mit dem Aufdruck „arisch, praktisch, gut“ sollte man sofort dem Verbraucherschutz melden. Die Stiftung Warentest weist außerdem darauf hin, dass sie nur die Testnoten „sehr gut“, „gut“, „zufriedenstellend“ und „mangelhaft“ vergibt. Keine seriösen Testurteile sind „lecker“, „das prickelt“, „bonfuzionös“ oder „schmackhaftig gut“. Ein Apfelsaft mit dem Aufdruck „kann man trinken“ ist genauso wenig Vertrauen einflößend wie ein Frischkäse mit dem Testurteil „der Appetit kommt beim Essen“ oder ein Becher Buttermilch mit der Aufschrift „muss ja“.

THEMEN



Sport

Robin Dutt wird Sportdirektor beim DFB

Seite 18

Feuilleton

Bayern bekommt endlich seinen eigenen Film

Seite 22

Aus aller Welt

Zwölfjähriges Schachgenie aus Bangladesch spielt für Frankreich

Seite 24

Dax

Im Plus

Seite 15

DAX	EURO	DOW
Xetra-Schluss	EZB-Kurs	20.00 Uhr
6406,52	1,2134	12.717,60
Punkte	US-\$	Punkte
+0,25%	+0,37%	+0,79%

DIE WELT

Als App für iPhones und auf dem iPad

Wissen Sie, warum Ende Juli 1909 blutige Auseinandersetzungen zwischen Anarchisten und der spanischen Armee tobten? Oder warum 1773 auf Erlass des Papstes Clemens XIV. plötzlich 15.000 Lehrer arbeitslos wurden? Antwort auf diese und andere geschichtliche Fragen finden Sie täglich neu auf der iPhone-App der „Welt“.

Die Apps erhalten Sie unter welt.de/iphone-app

Facebook.com/weltonline Wir twittern live aus dem Newsroom: twitter.com/weltonline

welt.de
mobil.welt.de
E-Mail: redaktion@welt.de
Kostenloses Probeabo:
Tel. 0800 / 935 85 37 Fax 0800 / 935 87 37



Bayreuth – eine Liebe

Da können die letzten Tage noch so verheißungsvoll gewesen sein – wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Eröffnung der Bayreuther Festspiele erscheint, ist sie bester Laune. Dieses Jahr trägt sie ein petrolfarbenes Abendkleid (wie schon 2008), und die

Karlsruhe beerdigt schwarz-gelbes Wahlrecht

Verfassungsgericht begrenzt die Zahl der Überhangmandate. Bis September 2013 muss ein neues Wahlgesetz beschlossen werden

■ Koalition will jetzt auf die Opposition zugehen. SPD: Stehen für schnelle Gespräche bereit

DANIEL FRIEDRICH STURM UND THOMAS VITZTHUM

Gut ein Jahr vor der Bundestagswahl hat das Verfassungsgericht das Bundeswahlgesetz für nichtig erklärt und damit entsprechenden Klagen stattgegeben. Das Bundeswahlgesetz verstößt „in mehrfacher Hinsicht gegen den Grundsatz der Gleichheit“, heißt es in dem am Mittwoch ergangenen Urteil, das der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts einstimmig getroffen hatte (Az.: 2 BvF 3/11 u. a.). Die neu geregelte Zuteilung der Mandate sei „mit dem Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl unvereinbar“. Damit muss der Bundestag das Wahlgesetz hinsichtlich der Mandatsverteilung neu regeln. Eine Frist setzte das Gericht dazu nicht. Am Wahltag, vermutlich im September 2013, aber muss dieser Passus des Gesetzes in Kraft getreten sein. Die bereits angelaufene Nominierung von Kandidaten für den Bundestag wird durch das Urteil nicht tangiert.

Verfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle monierte bei der Urteilsverkündung, das von Karlsruhe 2008 beanstandete „negative Stimmengewicht“ werde durch das neue Gesetz nicht ausgeräumt. Es sei „ernüchternd“, dass das Parlament die ihm vom Gericht gewährte dreijährige Frist für eine Novellierung versäumt habe. Die Neufassung des Bundeswahlgesetzes

war von CDU/CSU und FDP im September vorigen Jahres beschlossen worden. SPD, Grüne und mehr als 3000 Bürger hatten dagegen in Karlsruhe geklagt.

Das Gericht urteilte, Überhangmandate seien „nur in eng begrenztem Umfang mit dem Charakter der Wahl als Verhältniswahl vereinbar“. Die Richter setzten eine „zulässige Höchstgrenze“ von „etwa 15 Überhangmandaten“ fest. Bei der letzten Bundestagswahl war es zu einem Rekord von 24 Überhangmandaten gekommen.

Union und SPD kündigten an, sich alsbald auf ein neues Gesetz verständigen zu wollen. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) mahnte eine solche einvernehmliche Lösung an. Diese sei erforderlich, „um auch nur den Anschein einer Begünstigung oder Benachteiligung einzelner Parteien oder Kandidaten zu vermeiden“. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann sagte: „Wir stehen für schnelle Gespräche bereit.“ Das Urteil sei ein „guter Tag für die Demokratie“.

DAS ÜBERHANGMANDAT

Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate erzielt, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis Sitze zustehen. Jeder Kandidat, der mit Erststimme in seinem Wahlkreis direkt gewählt ist, hat natürlich das Recht, auch in den Bundestag einzuziehen. Entscheidend für die Sitzverteilung ist aber die Zweitstimme, mit der die jeweilige Partei gewählt wird. Normalerweise wird die Zahl der mit Erststimme direkt gewählten Abgeordneten von der Zahl der Sitze abgezogen, die einer Partei nach ihrem Zweitstimmenergebnis im jeweiligen Bundesland zustehen. Die übrigen Plätze werden dann mit Abgeordneten der Landesliste einer Partei besetzt. Wenn es aber mehr direkt gewählte Abgeordnete gibt, als der Partei nach den Zweitstimmen zustünden, entstehen diese Überhangmandate.

von CDU/CSU und FDP im September vorigen Jahres beschlossen worden. SPD, Grüne und mehr als 3000 Bürger hatten dagegen in Karlsruhe geklagt.

Das Gericht urteilte, Überhangmandate seien „nur in eng begrenztem Umfang mit dem Charakter der Wahl als Verhältniswahl vereinbar“. Die Richter setzten eine „zulässige Höchstgrenze“ von „etwa 15 Überhangmandaten“ fest. Bei der letzten Bundestagswahl war es zu einem Rekord von 24 Überhangmandaten gekommen.

Union und SPD kündigten an, sich alsbald auf ein neues Gesetz verständigen zu wollen. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) mahnte eine solche einvernehmliche Lösung an. Diese sei erforderlich, „um auch nur den Anschein einer Begünstigung oder Benachteiligung einzelner Parteien oder Kandidaten zu vermeiden“. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann sagte: „Wir stehen für schnelle Gespräche bereit.“ Das Urteil sei ein „guter Tag für die Demokratie“.

Seiten 3 und 4

Hockeystar Keller trägt deutsche Fahne

Es ist ihre fünfte Olympia-Teilnahme

LONDON – Die deutsche Hockey-Rekordnationalspielerin Natascha Keller ist deutsche Fahnenträgerin bei den Olympischen Spielen in London. Damit wird erstmals seit zwölf Jahren wieder eine Frau die deutsche Olympia-Mannschaft bei der Eröffnungsfeier von Sommerspielen anführen. „Sie hat eine enorme Ausstrahlung, mit ihrer Art ist sie ein Vorbild für alle. Natascha ist nicht überheblich, sie ist leistungsorientiert, bodenständig und erfolgreich“, begründete Michael Vesper vom Deutschen Olympischen Sportbund die Entscheidung. Zuletzt war die Kanutin Birgit Fischer bei den Sydney-Spielen 2000 Fahnenträgerin.

Für Natascha Keller ist es die fünfte und letzte Olympia-Teilnahme. „Ich bin immer noch ein bisschen sprachlos. Das ist das i-Tüpfelchen auf meiner Karriere. Es ist eine große Ehre für mich persönlich, für die Sportart und die ganze Hockeyfamilie.“

Die 35 Jahre alte Berlinerin stammt aus einer legendären Hockeyfamilie: Schon ihr Opa Erwin gewann 1928 die Bronzemedaille in Amsterdam, ihr Vater Carsten die Goldmedaille 1972 in München.

Kommentar Seite 3, Seiten 18 und 19

Es gibt mehr Menschen in Deutschland

Zahl der Einwohner steigt um 92.000

BERLIN – Erstmals seit 2002 ist die Einwohnerzahl Deutschlands wieder leicht gestiegen. 2011 habe sich die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen um 92.000 (0,1 Prozent) auf mehr als 81,8 Millionen erhöht, teilte das Statistische Bundesamt mit. Hauptgrund war die deutlich gestiegene Zuwanderung. Es wurden 663.000 Kinder geboren, 852.000 Menschen starben. Im Jahr 2011 gab es jedoch 958.000 Zuzüge nach Deutschland und lediglich 679.000 Fortzüge. Daraus ergibt sich für 2011 ein Wanderungsüberschuss von 279.000, der das Geburtendefizit mehr als ausgleicht.

Die Bevölkerungszahlen entwickelten sich regional sehr unterschiedlich. Sieben Bundesländer verzeichneten eine Bevölkerungszunahme: An der Spitze stehen Bayern (57.000) und Berlin (41.000). Besonders hoch fiel dagegen der Bevölkerungsrückgang in Sachsen-Anhalt (22.000) und Thüringen (14.000) aus.

Siehe Kommentar und Seite 5

KOMMENTAR
ANDREA SEIBEL

Diese 0,1 Prozent!

Hören die Deutschen das Wort „Demografie“, dann ducken sie sich lieber weg, denn das Wort bedeutet Ungemach. Jeder Einzelne lebt sein Leben, und doch liefert die Summe aller Bewohner ein Ergebnis, das zu Wünschen übrig lässt: Setzen, Sechs! Über die Jahre wurde mit lutherischem Ingrimme verkündet: Die Deutschen gebären zu wenig Kinder, sie schrumpften und stürben gar irgendwann aus. Und natürlich zeigten die Bevölkerungsstatistiken in Folge einen Abstieg, denn die geschrumpfte Generation kann diese Verluste mit eigenen Geburten nicht kompensieren. Wie gehen moderne Gesellschaften damit um, außer dass sie sich unwohl fühlen, weil sie wissen, dass ihr Wohlstand von der Summe aller Beiträger lebt? Viel wurde mit familienpolitischen Maßnahmen versucht, um die Geburtenrate zu erhöhen, aber moderne Menschen lassen sich Social Engineering nicht bieten. Es geht um persönliche und existenzielle Entscheidungen und nicht um die Anschaffung eines neuen Autos.

Am Ende kann es nur die Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes, die Strahlkraft der Wirtschaft oder, um ein wenig pathetischer zu sprechen, die Attraktivität eines Landes sein, die eine Gesellschaft stabilisiert.

Deutschland hat viele Fehler bei der Einwanderung, die noch vor Jahren verschämt Zuwanderung genannt wurde, gemacht. Der Sozialstaat war Anreiz für Asylsuchende, die in die Systeme wanderten. Dieser Ansturm wurde gebremst. Es hat gebraucht, aber die Einwanderungsdebatte ist mittlerweile zu einer Exzellenzdebatte geworden: Keiner soll sich vor Neuanfänglingen fürchten, im Gegenteil, man sucht sie und wirbt mit hochkarätigen Mitteln um Fachkräfte aus dem Ausland oder will aus Frustration abgewanderte Deutsche zurückholen.

Und nun das: Erstmals seit 2002 kann Deutschland statistisch die sinkende Geburtenrate kompensieren und hat mehr Einwohner. Winzig kleine 0,1 Prozent sind es, aber sie könnten die Schallmauer sein, die durchbrochen wurde. Ohne Einwanderung geht es eben nicht. Es sind die vielen Osteuropäer, die ihren Aufenthalt legalisierten, aber offenbar auch vermehrt Südeuropäer, die es nach Deutschland zieht. Deutschland ist zu einem Anziehungspunkt, einem Magneten in Europa geworden. Interessant, dass besonders Bayern, Berlin und Baden-Württemberg die meisten Zuwächse verzeichnen, allesamt Orte mit Elginsinn und Dynamik. Aber: Die Hürden für Einwanderer sind immer noch zu hoch. Erst langsam lernt die deutsche Gesellschaft, ein Spätzunder in vielen Dingen, dass diese Durchlässigkeit viel mehr für sie bringt und keine Bedrohung des eigenen Selbst ist. Wer weiß, wenn alles so weitergeht, gibt es bald auch wieder mehr Kinder.

andrea.seibel@welt.de

Mama macht das schon

In den USA verbessert eine Mutter im Schulcomputer die Noten ihrer Kinder

Millionen Schüler träumen davon: nachts ins Klassenzimmer einbrechen und die Klassenarbeit schnell im Schein der Taschenlampe verbessern, damit aus der Fünf wenigstens eine Drei wird. Eine Mutter aus dem US-Staat Pennsylvania hat's gemacht – allerdings in der modernen Version. Catherine Venusto wählte sich illegal in den Schulcomputer ein und machte im Notenregister ihrer Tochter aus einer Fünf eine Entschuldigung aus gesundheitlichen Gründen.

Das ging besonders gut, weil sie das „F“ („failed“ für durchgefallen) nur in ein „M“ („medical“ für medizinische Entschuldigung) umwandeln musste. Das merkt der Lehrer bei schnellem Hinsehen am nächsten Tag gar nicht – und am Schuljahresende kann er sich sowieso nicht mehr erinnern. In einem anderen Fall setzte sie die Benotung ihres Sohnes von 98 auf 99 Prozent rauf. In den US-Medien ist Catherine Venusto jetzt ein Star mit dem Spitznamen „Hacker Mom“. Dabei musste sich die ehrgeizige Mutter gar nicht im klassischen Sinne in den Schulcomputer einhacken.

Sie arbeitete in der Schulbehörde und kannte das Passwort der leitenden Mitarbeiter, die natürlich ganz legal Zugang zu dem Computersystem hatten. So flog die Sache dann auch auf. Eine Lehrerin beschwerte sich, wieso die Chefin der Schulbehörde sich in ihr Notenregister eingeklogt habe. Die Schulrätin fiel aus allen Wolken und alarmierte die Polizei. Die Spezialisten kamen dann schließlich Catherine Venusto auf die Spur.

Obwohl die Behörden ihr Hunderte illegale Besuche auf dem Schulserver nachweisen konnten, schwört die Mutter Stein und Bein, dass sie wirklich nur in zwei Fällen die Noten ihrer Kinder verändert hatte. Trotzdem wurde sie festgenommen und erst gegen eine Kaution von 30.000 Dollar freigelassen.

Sollte das Gericht feststellen, dass die Schummeleien nicht nur ein bisschen Blödsinn aus Langeweile waren (wie die Frau inzwischen beteuert), sondern den Straftatbestand der schweren Computerkriminalität erfüllen, drohen der Frau bis zu 42 Jahre Haft oder 90.000 Dollar Geldstrafe.

Die meistgelesene Zeitung für das iPad.

DIE WELT App – neu mit WELT am SONNTAG.

Jetzt 30 Tage kostenlos testen!

Erhältlich im App Store

DIE WELT

DIE WELT GEHÖRT DENEN. DIE NEU DENKEN.

FORUM



GENAUER BETRACHTET Ohne Superkräfte

Drei weiße Holzkreuze, unzählige Briefe, Blumen, Luftballons und letzte Grüße liegen davor. Sie erinnern an die zwölf Menschen, die während der Premiere des neuen Batman-Filmes von einem Amokläufer erschossen wurden. Viele Trauernde sind zu der Gedenkstätte vor dem Kino in Aurora im US-Bundesstaat Colorado gekommen. Unter ihnen auch Batman-Darsteller Christian Bale mit seiner Ehefrau Sandra Blazic – fassungslos. Gegen das Böse siegen kann er nur im Film. Superkräfte gibt es in der Realität nicht. Trotzdem zeigt sich Bale nicht ohnmächtig. Er legt Blumen nieder, versucht für die Angehörigen der Opfer da zu sein. *sogf*

LESERBRIEFE

Gleichmacherei

Zu: „Chefin per Ordre“ vom 23. Juli

Brillant! Eine Quotierung ist immer Unsinn. In der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat man in Kalifornien eine Quote zugunsten von Hochschulstudenten aus Minderheiten eingeführt. Um diese zu erfüllen, mussten die Unis statt nur sehr guter Schüler auch schlechtere aufnehmen. Der „Erfolg“ führte schnell zur Einsicht. Deutschland lernt aber nicht aus den Erfahrungen anderer. In unserem Land geht es nicht mehr um Chancengleichheit, hier geht es nur noch um Gleichmacherei. Wie Reinhard Sprenger sehr richtig folgert: Das ist eine für tüchtige Frauen beleidigende Herabsetzung, muss doch jede Chefin befürchten, als Quotenfrau zu gelten. Keine gebildete, kluge und leistungsbereite Frau wird in der freien Wirtschaft daran gehindert, nach oben zu kommen, wenn sie will. Aber manche will das gar nicht, weil sie ihre Kinder nicht in Krippe und Kindergarten unter staatliche Aufsicht stellen mag. Das Schlimme ist, dass wir uns widerstandslos von der Politik zu Empfängern derartiger Bevormundung machen lassen. *Helga Zießler, Groß Grönuau*

Ein Weckruf

Zu: „Angst vor einer neuen Jahrhundert-Dürre“ vom 24. Juli

Die schreckliche Dürre in den USA sollte als Weckruf auch in Deutschland gehört werden. Es muss Schluss damit sein, dass Agrarflächen für die Energiewende zweckentfremdet werden. Biokraftstoffe und Biogasanlagen verteuern in einer globalen Welt die Nahrungsmittel global. Getreide und Mais gehören in die Mägen von Mensch und Vieh und nicht in den Tank. *Dominic Graf Bernstorff, Hamburg*

Verengter Blick

Zu: „Warum heute keiner mehr stolz auf NRW ist“ vom 23. Juli

Hildegard Stausbergs NRW-Betrachtung ist nichts anderes als ein melancholischer Blick zurück; in ihm verengt sich die Perspektive so sehr, dass das reale NRW völlig ausgeblendet bleibt. Keiner sei stolz auf NRW. Falsch! Wenigstens ich bin es! Und gewiss nicht alleine. Als Schüler war ich stolz auf NRW, weil es so modern war, dass ich im Kalten Krieg Russisch lernen durfte. Und heute? Da gibt es sogar gute Gründe im Länderfinanzvergleich, auf NRW stolz zu sein. Zum Beispiel: NRW gibt bei der Aufteilung der Gemeinschaftssteuern 2,4 Milliarden Euro ab und empfängt 0,2 Milliarden Euro zum Ausgleich der Finanzkraft-Unterschiede. Es gibt auch darüber hinaus sehr viele Gründe, die selten genannt werden. Hier nur einige: In über 3000 Studiengängen studieren 590.000 Studenten. 680 Museen, 180 Theater und vier Unesco-Weltkulturerbe

IHRE POST AN . . .

DIE WELT, Brieffach 240, 10888 Berlin, Fax: (030) 2591-7608, E-Mail: forum@welt.de

 Diskutieren Sie mit uns auf Facebook: facebook.com/weltonline

 Wir twittern live aus dem Newsroom: twitter.com/weltonline

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

ESSAY

Der Westen ist wieder da

China ist sowohl arroganter geworden als auch weniger selbstsicher, was sein politisches und soziales System angeht. Das ist eine Chance für Europa, einen besseren globalen Platz zu finden

DOMINIQUE MOISI

In der Royal Academy of Arts in London zelebrierte 2005 die renommierte Ausstellung „Die drei Kaiser“, die von der chinesischen Regierung gesponsert wurde, die Größe der chinesischen Kunst. Das zentrale Exponat der Ausstellung war ein riesiges Gemälde im europäischen (Jesuiten-)Stil, das die Gesandten der westlichen Welt darstellte, wie sie Schlange stehen, um dem chinesischen Kaiser ihre Aufwartung zu machen. Die Botschaft hätte deutlich nicht sein können: „China ist wieder da.“ Der Westen werde China in Zukunft Tribut zollen müssen, so, wie er ihm früher Ehrerbietung dargebracht hatte.

China steht im Jahr 2012 kurz davor, die größte Volkswirtschaft der Welt zu werden, und es ist das mit weitem Abstand führende Schwellenland. Dennoch deuten zwei gleichzeitige Phänomene darauf hin, dass der Westen voreilig von seinen eigenen Kassandras und von asiatischen Experten abgeschrieben wurde, die sich manchmal wie „arrogante Westler“ benehmen. Erstens gelingt es dem Westen langsam, insbesondere Europa, die asiatische Herausforderung einzuschätzen. Zweitens geschieht dies genau in dem Moment, in dem die Schwellenländer die Folgen einer Weltwirtschaftskrise zu spüren bekommen, deren Epizentrum in Europa liegt. Anders ausgedrückt kristallisiert sich unter der Oberfläche der Ereignisse ein neues Gleichgewicht der Stärken und Schwächen heraus, das den aktuellen Mantras zuwiderläuft. Europa wird nun genau in dem Moment auf die asiatische Herausforderung aufmerksam, in dem seine eigene Krise die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Schwächen der Schwellenländer offenlegt und verschärft.

Vor einigen Jahren betonte ich in meinem Buch „Kampf der Emotionen“ die Unterschiede zwischen einer westlichen Welt, die von Angst dominiert wird, und einem Asien, das von Hoffnung beseelt ist. Während der Westen Schulden anhäufte, hat Asien die Welt mit seinem langen Wirtschaftsboom aufgeschreckt. Dies ist weiterhin der Fall, doch treten nun Nuancen hervor. Im Westen gibt es heute noch mehr Angst, aber es gibt auch etwas weniger Hoffnung in Asien: Man kann auch sagen, langsam werden Zweifel laut. Tatsächlich beginnen globale Investoren damit, ihre Anlagen abzusichern, als ob sie sich auf eine stärker ausbalancierte Welt vorbereiten, die unterschiedliche Kontinente und Kulturen umfasst. Asien könnte den Westen eingeholt haben; Lateinamerika könnte auf dem Weg dahin sein; und Afrika könnte sich langsam in Richtung Wachstum ausrichten. Auch die arabische Welt mit ihrer andauernden Revolution könnte sich



Zu Angst, Hoffnung und Demütigung kommt nun in der Welt eine entscheidende kulturelle Stimmung hinzu: Bescheidenheit

dem Spiel anschließen und die Demütigung überwinden, die leider die einzige treibende emotionale Kraft für die arabischen Völker war.

Der Westen ist unterdessen vielleicht dabei, sich langsam an die neuen Realitäten einer Welt anzupassen, die er zwar nicht mehr dominiert, in der er aber immer noch eine wesentliche Rolle spielt, was auf Werte zurückzuführen ist, deren Universalismus jetzt zurückhaltender, aber auch verständlicher formuliert wird. Zu Angst, Hoffnung und Demütigung würde ich nun eine vierte und entscheidende kulturelle Stimmung hinzufügen: Bescheidenheit.

Die heutige westliche Welt ist ganz anders als das, was wir historisch den Westen nennen. Es ist eine reduzierte Einheit, der immer stärker bewusst wird, dass sie nicht mehr der Mittelpunkt der Welt sein kann, schon allein wegen ihres abnehmenden demografischen Gewichts. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts lebten in Europa 20 Prozent der Weltbevölkerung; im Jahr 2050 wird die Bevölkerung des Westens insgesamt nur etwas über zehn Prozent ausmachen.

Außerdem ist der Westen fragmentiert: Der amerikanische Westen entfernt sich immer weiter vom europäischen Westen. Es geht nicht mehr um die Frage gemeinsamer Interessen oder Sicherheitsziele, sondern um die Kultur, da sich insbesondere die Vereinigten Staaten immer mehr nach Asien und Lateinamerika ausrichten und Einwanderer aus diesen Regionen anziehen. Was den asiatischen Westen angeht, so wird Japan weiterhin allein und einzigartig bleiben.

Angesichts dieser Tatsachen mag es zwar voreilig erscheinen, die „Wiederkehr“ des Westens anzukündigen, vor allem jetzt, wo die US-Wirtschaft instabil bleibt, Europas Finanzkrise Existenzängste schürt und Japans tiefe strukturelle Flaute anhält. Trotzdem beobachtet man in Europa, vor allem im Süden, eine Bereitschaft, von anderen zu lernen. Selbst in Frankreich – das nicht gerade für seine Bescheidenheit bekannt ist – wächst das Bewusstsein dafür, dass Benchmarking notwendig ist und in der Tat große Opfer erbracht werden müssen.

Mit anderen Worten: Die Europäer begreifen langsam, dass sie materiell weit über ihre Verhältnisse gelebt haben und intellektuell, geistig und ethisch weit unter ihren Möglichkeiten geblieben sind – ein Prozess, den man als den Anfang von Europas „Montisierung“ beschreiben könnte, um dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti, der Verkörperung von Verantwortung und Mut, Tribut zu zollen. Man stelle sich einmal vor: Ein tugendhafteres Europa trifft auf ein „dekadenteres“ China, dessen korrupte Eliten anfangen, sich gegeneinander zu wenden?

Vielleicht erleben wir derzeit die Festigung der Konturen einer wirklich multipolaren Welt, die vom Westen nicht mehr dominiert wird, in der er aber auch nicht so bald von Asien oder Schwellenländern wie den Lateinamerikanern abgelöst wird. Die Zeiten sind vorbei, in denen der Westen „zurückschlägt“. Doch könnte ein bescheidenes Auftreten seine Position im Hinblick auf China stabilisieren, vor allem in einer Zeit, in der China sowohl arroganter geworden ist als auch weniger selbstsicher, was sein eigenes politisches und soziales System angeht.

Der Autor ist Gründer des Französischen Instituts für Internationale Beziehungen (IFRI) und Professor am Institut d'Etudes Politiques (Sciences Po) in Paris. Zuletzt erschien: „Kampf der Emotionen: Wie Kulturen der Angst, Demütigung und Hoffnung die Weltpolitik bestimmen“.

Aus dem Englischen von Anke Püttmann.
© Project Syndicate, 2012

Impressum

Verleger AXEL SPRINGER (985 f)
Herausgeber Thomas Schmid

Sie erreichen die Redaktion unter Tel.: 030 - 25 91 0
Fax: 030 - 25917606 E-Mail: redaktion@welt.de

...

Chefredakteur: Jan-Eric Peters

Stellvertretende Chefredakteure: Dr. Ulf Poschardt, Thomas Exner, Oliver Michalski, Frank Schmichsen, Andrea Seibel, Cornelia Tittel
Chefredakteur Investigativteam: Jörg Egidengard
Chefredakteur: Torsten Krauß
Geschäftsführender Redakteur: Holger Zöllner

Produktionschef: Torsten Kropp
Artredaktion: Barbara Krämer
Politik: Jochen Gaugle, Marcus Heithecker, St. Claus Christian Malahn, Fabian Wolff Außenpolitik: Clemens Wergin, St. Dietrich Alexander Forum: Andrea Seibel, St. Rainer Hübner Wirtschaft/Finanzen/Immobilien: Thomas Exner, Olaf Gersmann, St. Jan Dams, Michael Fabricius Kultur/Stil: Corne-

lius Tittel, St. Annemarie Baltschmitt, Andreas Rosenfelder, Dr. Berthold Seewald, Dr. Ulrich Wenzel, Inga Gries (Senior Editor) Literarische Welt: Dr. Rachel Salamander (Herausgeberin), Dr. Jacques Schuster (verantwortlicher Redakteur) Sport: Stefan Fromm, St. Ralf Hagemann, Volker Zeller Reportagen/Vermischtes: Wolfgang Scheida, St. Heide Volwinkel Wissen: Dr. Norbert Lossau, St. Dr. Pia Hei-

nemann Reise/Motor: Sönke Krüger, St. Kira Hanser, Chefredakteur: Stefan Anker Boot: Reinhold Schnupp

Autoren: Henryk M. Broder, Elke Heidenreich, Cora Stephan, Benjamin von Stuckrad-Barre, Leon de Winter, Hans Zippert Chefredakteur: Stefanie Wollmann Politik: Dr. Dorothea Siemens Korrespondent Politik/Gesellschaft: Alan Posener Politischer Korrespon-

dent: Dr. Richard Herzinger Korrespondent Kultur/Gesellschaft: Eckhard Fuhr Korrespondent Norddeutschland: Ulrich Exner Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer CVD Produktion: Patricia Plate, St. Dr. Jörg Forbricht Foto: Michael Dillger, St. Kirsten Johansen, Stefan A. Runne Grafik: Karin Sturm

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Stefanie Bolzen, Florian Eder Istanbul: Boris Kalsky Jerusalem: Michael Borgstedt Johannesburg: Christian Putsch London: Thomas Kiedinger, Tina Kaiser (Wirtschaft) Madrid: Ute Müller Moskau: Julia Smitnova New York: Martin Grottel Paris: Dr. Sascha Lehmann Peking: Johnny Erling Prag: Hans-Jörg Schmick Rom: Paul Badde Singapur: Sophie Mühlmann

KOPFNOTEN

Alle
gegen
Aids

ANNETTE PROSINGER



DAPHA/ANZ N. GRABNER

NOTE 2 25.000 Forscher, Aktivisten und Politiker tagen derzeit auf der internationalen Aids-Konferenz in Washington. Der die US-Außenministerin ein ehrgeiziges Ziel vorgab. **Hillary Clinton** stellte eine „Aids-freie Generation“ in Aussicht: „Das ist ein Kampf, den wir gewinnen können.“ Zu optimistisch? Die 64-Jährige stammt selber aus einer Generation, die noch Aids-freie Zeiten kannte. Und mühsam lernte, mit Aids umzugehen, medizinisch und politisch.



PAPAW/REDFER/COMBET

NOTE 2 Grelle Krawatte, schwarze Melone: Häuptling **Jonathan Mumena XI.** will auffallen, denn er wirbt auf der Aids-Konferenz für die Beschneidung. „Das ist der Weg, HIV in Afrika zu stoppen.“ Wissenschaftler sind da zwar skeptischer, doch der Mann aus Sambia, der seinen Stammesmitgliedern als Vorbild tapfer voranging, zieht stolz Bilanz: „In meiner Provinz sind jetzt 71 Prozent beschnitten, und wir haben die geringste Infektionszahl in Sambia.“



GETTY IMAGES/CONOR

NOTE 1 Der Kampf gegen Aids wurde von Anfang an mit Unterstützung aus Hollywood geführt, daran erinnert auch die Auszeichnung, die nun auf der Internationalen Aids-Konferenz erstmals verliehen wurde: „Elisabeth-Taylor-Award“. Erhalten haben sie zwei Brüder aus dem Iran: **Arash und Kamiar Alaei**. Die beiden Ärzte haben in ihrer Heimat HIV-Infizierte und Drogensüchtige behandelt und Aufklärung betrieben – dafür kamen sie ins Gefängnis.



DAPHA/ANZ N. GRABNER

NOTE 1 „Tina, was kosten die Kondome?“ Der Werbespot mit Hella von Sinnen machte die Aids-Prävention populär. Eigentlich sollte es nicht Tina, sondern „Rita“ heißen, als Hommage an die damalige Familienministerin Rita Süßmuth. Aber das, sagt **Elisabeth Pott** im „Stern“, wurde dann verworfen. Die Chefin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat auch so geschafft, dass Kondome wurden, was sie heute sind: „ganz normale Hygiene-Artikel“.

LEITARTIKEL

Die Karlsruher Republik

CLAUS CHRISTIAN MALZAHN



Schon wieder: Das Bundesverfassungsgericht weist ein Gesetz der Regierung zurück. Manche unterstellen den Richtern bereits eine politische Agenda. Doch die Probleme liegen in Berlin, nicht in Karlsruhe

Det ham wir uns so nich vor-jestellt!“, empörte sich der erste deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, vor Bonner Journalisten, als ihm das Bundesverfassungsgericht zu Beginn der Fünfzigerjahre die Wiederbewaffnung zu vermasseln drohte. Das Verhältnis zwischen den Richtern in Karlsruhe und der konservativ-liberalen Regierung in Bonn stand nicht zum Besten. Welche Rolle diese neue Institution in der jungen Bundesrepublik spielen sollte, war letztlich nicht definiert. So erfand sich das Bundesverfassungsgericht im Laufe der Jahre selbst als Verfassungsorgan – oft sehr zum Missfallen der politischen Klasse. Gerichtsschelte gehörte zum festen Repertoire. Er hoffe, dass sich beim Bundesverfassungsgericht „der Geist des Sozialismus nicht auswirkt“, mokierte sich Bundesjustizminister Thomas Dehler auf einem FDP-Parteitag im November 1952. Zwanzig Jahre später zogen führende Sozialdemokraten über die „Arschlöcher aus Karlsruhe“ her. Solche Sprüche fallen heute, im siebten Jahrzehnt der Bundesrepublik, selbst in vertraulichen Runden nicht mehr. Doch das Spannungsfeld ist geblieben – zum Glück.

Der Präsident des ersten Bundesverfassungsgerichts, der Liberale Hermann Höpker-Aschoff, hatte sich noch darüber beklagt, dass ihn, „der

Gesetzgeber in die dörfliche Einsamkeit einer ehemaligen Residenzstadt verbannt“ habe. Heute aber ist „Karlsruhe“ ein allseits akzeptiertes Synonym für eine letzte, republikanische Instanz – und hat seine Autorität wohl auch gerade der räumlichen Distanz zu Bonn und Berlin zu verdanken. Dennoch kann man in den vergangenen Wochen den Eindruck gewinnen, man werde inzwischen von der oberrheinischen Tiefebene und nicht von Berlin aus regiert. Kaum eine Woche vergeht, in der die Richter in Karlsruhe der Politik nicht in die Parade fahren und von sich reden machen. Vergangene Woche verwarfen sie das Asylbewerberleistungsgesetz, nun wird das von Union und FDP vorgelegte Wahlrecht für verfassungswidrig erklärt. Im September könnte Karlsruhe mit seinen Urteilen über die Klagen zum ESM-Rettungsfonds die europäische Krisenarchitektur der Kanzlerin zum Einsturz bringen. Rutscht die Republik in eine Richterdemokratie? Sind die Bundesbürger von der Bonner über die Berliner inzwischen unversehens in der Karlsruher Republik gelandet?

Die Wahrheit ist wohl: Wir haben nie woanders gelebt. Ob beim Verbot der rechtsextremen Reichspartei und der KPD in den Fünfzigern, bei der verfassungsrechtlichen Einrahmung zur brandtischen Ostpolitik in den Siebzigern oder später den Korrekturen der Hartz-IV-Gesetze: Immer wieder hat Karlsruhe massiv in politische Entwicklungen eingegriffen. Das macht das Bundesverfassungsgericht aber nicht zu einem politischen Organ. Zwar werden die Richter in einem komplizierten Auswahlverfahren von Parteien nominiert. Doch wer glaubt, die Fäden der Rechtsprechung in Karlsruhe hängen am Ende irgendwie mit dem Willy-Brandt-Haus in Kreuzberg oder der CDU-Zentrale in Tiergarten zusammen, unterschätzt das Selbstbewusstsein und die Professionalität der Akteure in Karlsruhe gewaltig. Wenn das Bundesverfassungsgericht nun zum zweiten Mal innerhalb einer Woche ein vom Bundestag verabschiedetes Gesetz verwirft, zeigt das nicht etwa von juristischer Großmannschau oder einer heimlichen Agenda. Die Richter haben ihre Hausaufgaben gemacht, die Regierung nicht. Die Chuzpe, mit der das schwarz-gelbe Kabinett versucht hat, ihr seit Langem erkennbar mangelhaftes Wahlrecht durchzupeitschen, ist nicht nur „ernüchternd“, wie der Vorsitzende des Senats, Andreas Voßkuhle, vor der Urteilsverkündung spitz formulierte. Das sorglose Verhalten der Regierung erinnert zudem an die

Geschichte des Mannes, der vom Dach eines Wolkenkratzers springt, nach unten segelt und im 24. Stock ruft: Bisher ist es ja ganz gut gegangen.

Die harte Landung in Karlsruhe war freilich absehbar – wieder einmal. Den ganzen Vorgang hätte man sich sparen können. Ein Wahlrecht sollte Regierung und Opposition in einer zivilen Demokratie noch gemeinsam bewerkstelligen können. Das war nicht gewollt; nun bleibt den Strippenziehern im Parlament in Anbetracht der Zeit nicht wohl gar nichts anderes übrig. Es wäre nicht das erste Mal, dass das Verfassungsgericht die Politik zur Vernunft zwingt.

„Wenn es sein muss, gehe ich bis nach Karlsruhe“ – diesen Satz könnte man heute als Überschrift über die Bürgerrepublik Deutschland setzen. Es steht jedem frei, im Zweifel eine verfassungsrechtliche Klarstellung aus Karlsruhe zu erzwingen, so seine Klage angenommen wird. Aber muss eigentlich immer gleich geklagt werden? Was in der Politik an Kompromissen versäumt wird, kann letztlich von den Richtern in den roten Roben nicht ausgeglichen, sondern nur zurückgegeben werden. Karlsruhe werde inzwischen „mit politischen Erwartungen überfrachtet“, klagte der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier vor wenigen Tagen in dieser Zeitung. Man kann diesen richtigen Befund durchaus schärfer formulieren. Es zeugt nicht gerade vom nötigen Respekt vor der Verfassung, wenn die Politik aus offensichtlichen Schiefen heraus Gesetze in die republikanische Umlaufbahn schießt, die dann von den Richtern wieder eingefangen werden müssen. Auf die juristischen Ohrfeigen reagiert die Politik heute freilich anders als seinerzeit die zornigen Adenauers oder Dehlers. Die Standardfloskel nach einer Niederlage lautet heute, Karlsruhe habe „endlich Klarheit geschaffen“. Die hätte man aber in den meisten Fällen selbst erzeugen können, wenn die Gesetze ohne ideologische oder machtpolitische Brille formuliert worden wären.

Das Prinzip der Gewaltenteilung, an das sich das Gründerpersonal der Bundesrepublik erst noch gewöhnen musste, ist ein Glücksfall für dieses Land – und inzwischen ein Exportschlager für Demokratien in aller Welt. Anstatt an Karlsruhe herumzumäkeln, sollten wir stolz darauf sein. Und etwas Besseres, als die Richter an Rhein und Westgrenze zu schicken, weit genug entfernt von Adenauers Rosengarten und noch weiter von Berlin, hätte nicht passieren können.

claus.christian.malzahn@welt.de

KOMMENTAR

Funktionäre in Furcht

Warum das IOC eine Schweigeminute für die Opfer von 1972 verweigert

JENS BIRSCHWALE

Jacques Rogge hat schon so manche Klippe clever umschiff. Anders hätte sich der Belgier nicht elf Jahre lang an der Spitze des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) halten können. 2013 wird er seinen Dienst satzungsgemäß quittieren, die Sommer-spiele in London sind quasi die vorweggenommene Abschiedszeremonie für den Funktionär. Fröhlich soll es dabei zugehen. Und unbeschwert. Das Letzte, was Rogge bei seiner Schlussrunde duldet, sind politische Verwerfungen.

Eine Schweigeminute für die Opfer des Olympia-Attentats von München 1972 während der Eröffnungsfeier lehnt Rogge weiter hartnäckig ab. Dabei böte gerade sie am Freitag im Londoner Olympia-stadion vor einem Milliarden-Fernsehpublikum einen mehr als passenden Rahmen, um der elf getöteten israelischen Sportler und Trainer zu gedenken. Zumal sich das schreckliche Massaker just nach diesen Olympischen Spielen zum 40. Mal jährt. Doch beim IOC begründen sie ihre

Ablehnung damit, dass die Eröffnungsfeier kein „geeigneter Anlass für ein Gedenken an diese tragische Tat“ sei.

Dass sich das IOC damit einer großen Chance beraubt, indem es die weltweit beachtete Bühne für eine Anteilnahme ungenutzt lässt, ist die eine Sache. Viel schwerer indes wiegt, dass die Funktionäre offenbar vor einigen arabischen Mitgliedsnationen kuscheln. Ihre Sorge: Die Zustimmung zu einer von den Hinterbliebenen und etwa dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann, geforderten Schweigeminute in der britischen Metropole könnte zum spontanen Boykott einiger arabischer Nationen an den Sommerspielen führen. Für Rogge käme dies kurz vor der Funktionärs-pensionierung einem Desaster gleich. Deshalb bittet er lieber an seiner Verweigerungshaltung fest, auch wenn er damit eine weltweite Kontroverse entfacht hat.

Was bleibt, ist die Möglichkeit auf eine ganz persönliche Gedenkminute. Der NBC-Reporter Bob Costas etwa wird bei seiner Kommentierung der Eröffnungsfeier aus London selbst eine Minute lang schweigen – zum Gedenken an München 1972. Diesem Beispiel könnten andere Sender folgen. Ein Protest aus Einzeleins, die schweigen, das wäre ein Novum.

jens.birschwale@welt.de

WILTONS WELT

Aktivurlaub

JENNIFER WILTON



In den vergangenen Wochen habe ich sehr viel erfahren über das Wetter an verschiedenen Orten der Welt. Das hat mit dem Urlaub zu tun, den einige Menschen gerade machen. Sie tun das oft zusammen mit Geräten, die auf verschiedene Arten Nachrichten übermitteln können. Solche eben: „Oh! 40 Grad!“ Oder: „Oh nein! Wiederr Regen!“ Sie tun das in einer Frequenz, die ausschließt, dass sie sehr beschäftigt sind. Ich sehe die Bedeutung des Wetters unmittelbar ein. Gerade im Sommer. Aber ist das wirklich alles? Was ist mit Besichtigungen, Begegnungen, Autopannen? Und was ist aus dem sogenannten Aktivurlaub geworden? Ging der mit den Neunzigerjahren zu Ende?

Zwischen den vielen persönlichen Witternachrichten tauchte dann noch eine andere auf. Sie war öffentlich und handelte von Wissenschaftlern aus Brasilien, die sehr gründlich untersucht haben, wo auf der Welt die inaktiven Menschen leben. In Amerika war man sehr angetan von dieser Untersuchung, denn ein Ergebnis war: dort nicht. Hurra, wir sind gar keine Couch-Potatoes, schreiben die Amerikaner begeistert. Das sind nämlich die Engländer. Was in Großbritannien

en auch bald besorgt registriert wurde, gerade im Vorfeld der eher aktiven Olympischen Spiele („Wie sind wir bloß so faul geworden?“). Es gibt allerdings keinen Grund für deutsche Häme. Hier der Rest der Wahrheit: Spanier, Italiener und Portugiesen, um nur einige zu nennen, sind deutlich aktiver als Durchschnittsdeutsche. Das muss für einige Kreise ganz neu sein. Zumal die Spanier, Italiener und Portugiesen auch gleichzeitig mehr arbeiten. Und weniger urlauben. Aber das war schon die nächste Studie.

Ich hatte dann schnell das Gefühl, dass mich diese Informationen in der Urlaubsfrage nicht weiterbringen. Offenbar lassen sich die wenigsten von der Aktivität der sogenannten Einheimischen anstecken. Oder sie sagen es einfach nicht. Jedenfalls nicht in ihren Nachrichten.

Möglicherweise eine Angelegenheit für Kulturkritik. Ich erwähnte das Problem gegenüber jemandem, der ohne Geräte verreist, verbunden mit einem Lob der Postkarte. Immerhin standen in der noch vergleichsweise exklusive Informationen (Eis gegessen/Kolosseum besichtigt/Stau erlebt). Ich wurde korrigiert. Es gäbe doch nichts Unzuverlässigeres als Wettervorhersagen, sagte dieser Jemand. Da sei es doch immer gut, das aus erster Hand zu erfahren. Wozu, haben wir dann nicht mehr geklärt. Es schien ja auch die Sonne.

Die Autorin leitet das Ressort „Titelthema“ der Welt am Sonntag

POLITIK

KARLSRUHER URTEIL: DAS VON SCHWARZ-GELB DURCHGESETZTE WAHLRECHT IST NICHT VERFASSUNGSGEMÄSS. JETZT IST EILE GEBOTEN

Mit der Geduld am Ende

Bundesverfassungsgericht schreibt dem Gesetzgeber neues Wahlrecht vor – bis ins Detail

■ Karlsruher Richter setzen eine neue „Höchstgrenze“ von 15 Überhangmandaten fest

■ Lammert mahnt Selbstkritik und einvernehmliche Lösung aller Parteien im Bundestag an

THORSTEN JUNGHOLT

Mangelnde Geduld mit dem Gesetzgeber lässt sich dem Bundesverfassungsgericht nun wirklich nicht vorwerfen. Als die Richter das deutsche Wahlrecht 2008 für in Teilen verfassungswidrig erklärten, ließen sie dem Bundestag drei Jahre Zeit für eine Reparatur. Aus Respekt vor dem Parlament und der Komplexität des Themas nahm Karlsruhe sogar in Kauf, dass die Umrechnung des Wählerwillens in Abgeordnetenmandate bei der Bundestagswahl 2009 noch ein letztes Mal unter Anwendung der infrage gestellten Regeln stattfinden konnte.

Die großzügige Frist aber verstrich ungenutzt. Die im Parlament vertretenen Parteien konnten sich in dieser Zeit nicht auf eine gemeinsame Reform verständigen. Nun kann Karlsruhe keinen Gerichtsvollzieher schicken, um seine Urteile durchzusetzen. Der Präsident Andreas Voßkuhle nutzte stattdessen Vorträge und Interviews, um auf die Unzufriedenheit seines Hauses mit der zögerlichen Politik aufmerksam zu machen – anfangs noch in gemessenem Tonfall.

Im September 2011 aber gab er die ansonsten übliche Zurückhaltung der Richter auf. Bei einer Rede, nicht zufällig in Berlin, machte Voßkuhle unmissverständlich klar, dass der Langmut des obersten deutschen Gerichts erschöpft sei. Wenn bis zur nächsten Bundestagswahl kein verfassungsgemäßes Gesetz existiere, ließ er die Volksvertreter wissen, „dann kann das Gericht in einer einstweiligen Anordnung sagen: So geht es nicht“. Und: „Wenn nur am Mann ist, dann machen wir es auch selbst.“ Wenn die Metapher von der schallenden Ohrfeige nicht schon so arg strapaziert wäre, müsste man sagen: Genau so war diese Einlassung gemeint.

Wenige Monate später wurde schließlich ein neues Wahlrecht verabschiedet. Das aber stellte ein Novum dar: Erstmals wurden diese für eine Demokratie so zentralen Normen nicht mit einer parteiübergreifenden Mehrheit beschlossen, sondern allein von der Regierungskoalition. Es wäre zu einfach, die Schuld dafür allein Union und FDP in die Schuhe zu schieben: Wahlrechtsfragen sind Machtfragen, und jede der im Bundestag vertretenen Parteien hatte nur die eigenen Interessen im Blick. Der Wille zum Kompromiss fehlte, das Gesetz war folglich hoch umstritten. SPD und Grüne riefen erneut Karlsruhe an, mehr als



Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe mit seinem Vorsitzenden Andreas Voßkuhle (4. von rechts)

OPPOSITION FEIERT SICH SELBST

SPD und Grüne haben den Erfolg ihrer Verfassungsklage in Karlsruhe mit Genugtuung kommentiert. „Gewonnen! Wahlrecht verfassungswidrig“, verkündete Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, aus Karlsruhe via Twitter. Oppermann, der sich dem Wahlrecht schon lange widmet, vertrat hier die SPD-Fraktion als Antragsteller. Wenig später sagte er: „Die Koalition hat heute die Quittung dafür bekommen, dass sie das Wahlrecht als Machtrecht missbraucht hat.“

„Sieg vor Bundesverfassungsgericht“, twitterte der grüne Fraktionsgeschäftsführer Volker Beck, ebenfalls als Antragsteller in Karlsruhe präsent, aus dem Gerichtssaal: „Wahlrecht verfassungswidrig, weil Schwarz-Gelb nur auf eigene Interessen geschaut hat.“ Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel meldete sich aus seiner Babypause zu Worte: „Merkel & Co haben versucht, ein Wahlrecht zu ihren Gunsten durchzupauken. 3000 Bürger & die SPD haben das beim Bundesverfassungsgericht gestoppt!“

Wesentlich wortkarger, dafür aber pointierter, äußerten sich die Vertreter der Linken, die indes nach Verabschiedung des Wahlgesetzes auf eine Klage in Karlsruhe verzichtet hatten. „Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, auch das neue Wahlrecht für grundgesetzwidrig zu erklären, war so eindeutig zu rechnen, dass man Union und FDP hinsichtlich des Verfassungsbruchs Vorsatz unterstellen darf“, sagte Gregor Gysi, der Vorsitzende der Linke-Bundestagsfraktion, d/s

3000 Bürger aber mochten sich nicht auf die Argumente der Oppositionsparteien verlassen und reichten unter Federführung des Vereins „Mehr Demokratie“ eine eigene Beschwerde ein.

Diese Vorgeschichte ist hilfreich, um das am Mittwoch ergangene Urteil zum Wahlrecht zu verstehen. Schon in seinen einleitenden Äußerungen machte Voßkuhle klar – diesmal im Namen des gesamten Gerichts –, dass Karlsruhe mit seiner Geduld gegenüber dem Gesetzgeber am Ende ist. „Trotz einer großzügig bemessenen dreijährigen Frist für den Wahlgesetzgeber, eine verfassungsgemäße Neuregelung zu treffen, ist das Ergebnis – das ist übereinstimmende Auffassung im Senat – ernüchternd“, sagte Voßkuhle. Das sei mit der Komplexität der Materie nicht mehr zu begründen, und angesichts der Vorgeschichte sehe der Senat auch keine Möglichkeit, „den verfassungswidrigen Zustand erneut für eine Übergangszeit zu akzeptieren“. Sein Fazit: „Die Konsequenz ist, dass es gegenwärtig an einer wirksamen Regelung

des Sitzzuordnungsverfahrens für die Bundestagswahlen fehlt.“

Zwar regelte Karlsruhe das neue Wahlrecht nicht, wie von Voßkuhle angedroht, gleich selbst. Dennoch begnügte sich das Gericht nicht damit, die Vorschriften für verfassungswidrig zu erklären und eine Reform anzumahnen. Sondern es drängte den Gesetzgeber zur Eile. Und es gab den Volksvertretern diesmal detaillierte Vorgaben mit auf den Weg. In den Worten der acht Richter des Zweiten Senats hörte sich das so an: „Im Hinblick auf die Notwendigkeit, den Wahlen zu den kommenden Bundestagen eine verlässliche rechtliche Grundlage zu geben und dem Risiko einer Auflösung des Parlaments im Wahlprüfungsverfahren zu begegnen, hält der Senat es für geboten, die gesetzlichen Wertungen in einem handhabbaren Maßstab zusammenzuführen, an den der Gesetzgeber anknüpfen kann.“

Die Vorgaben Karlsruhes betreffen drei zentrale Methoden des „Sitzzuordnungsverfahrens“. Da ist zum einen das

sogenannte negative Stimmrecht. Das ist ein Phänomen, das dazu führt, dass mehr Stimmen für eine Partei zu weniger Sitzen führen können – und umgekehrt. Diese Anomalie hat mit der deutschen Besonderheit einer mit Direktmandaten kombinierten Verhältniswahl zu tun. In der Drei-Parteien-Demokratie der alten Bundesrepublik trat der Effekt nur selten auf, Karlsruhe jedenfalls hielt ihn damals für tolerierbar. Mit heute fünf oder sechs Parteien aber gilt das nicht mehr. Das Gericht gab dem Gesetzgeber deshalb 2008 auf, das „widersinnige“ Stimmengewicht zu beseitigen.

Das ist mit dem neuen Gesetz nicht gelungen. Dem Lösungsansatz von Union und FDP, den Effekt unter Verzicht auf bundesweite Listenverbindungen zu unterbinden, erteilte Karlsruhe zwar grundsätzlich seinen Segen. Allerdings dürfe dabei nicht wie vorgesehen die Zahl der tatsächlichen Wähler in einem Bundesland als Grundlage herangezogen werden. Maßstab müsse stattdessen „die Größe der Bevölkerung oder die Zahl der

Macht der roten Roben

Politik wird oft zu Nachbesserungen gezwungen

Das Bundesverfassungsgericht hat in der jüngeren Vergangenheit mehrmals wichtige Bundesgesetze beanstandet und die Politik dazu verpflichtet, diese nachzubessern. Hier eine Auswahl bedeutender Entscheidungen:

Asylbewerberleistungen (Juli 2012)
Das Gericht erklärt die seit 1993 unveränderten Leistungen für Asylbewerber für verfassungswidrig: Sie verstießen gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Flüchtlinge und andere Menschen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht müssen demnach in etwa so viel Geld bekommen wie Empfänger von Hartz IV oder Sozialhilfe.

Rettungsschirm ESM (Juni 2012)
Bei den Verhandlungen zum ESM 2011 hat die Bundesregierung das Parlament nicht ausreichend informiert, stellen die Richter fest. Das gelte auch für den Euro-Plus-Pakt zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Nach dem Grundgesetz müssten Bundestag und Bundesrat in EU-Angelegenheiten „umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt“ unterrichtet werden. Das gelte schon, bevor die Bundesregierung nach außen wirksame Erklärungen abgebe.

Euro-Sondergremium (Februar 2012)
Karlsruhe urteilt, die Übertragung von Kompetenzen auf eine Runde aus lediglich neun Mitgliedern des Bundestags-Haushaltsausschusses verletze die Rechte der anderen Abgeordneten im Parlament. Das Sondergremium des Bundestags für dringende Entscheidungen über Hilfsmaßnahmen des Euro-Rettungsschirms EFSF sei daher im Wesentlichen verfassungswidrig.

Sicherungsverwahrung (Mai 2011)
Die Richter erklären sämtliche Regelungen zur Sicherungsverwahrung von besonders gefährlichen Straftätern nach deren Haft für verfassungswidrig. Karlsruhe fordert den Gesetzgeber auf, das Regelwerk innerhalb von zwei Jahren zu reformieren. Dafür geben die Richter vor, dass Sicherungsverwahrung in gesonderten Abteilungen untergebracht werden müssen, die sich vom Strafvollzug unterscheiden und therapeutischen Erfordernissen entsprechen.

Hartz-IV-Regelätze (Februar 2010)
Die Hartz-IV-Regelätze für Kinder und Erwachsene müssen laut Urteil des Verfassungsgerichts neu berechnet werden. Karlsruhe entscheidet, dass die bisherige Berechnungsmethode gegen das Grundgesetz verstößt. Der Gesetzgeber müsse daher bis zum Jahresende eine Neuregelung schaffen.

Vertrag von Lissabon (Juni 2009)
Die Karlsruhe Richter urteilen zwar, der EU-Vertrag sei vereinbar mit dem Grundgesetz. Allerdings könne der Vertrag erst vom Bundespräsidenten ratifiziert werden, wenn das deutsche Begleitgesetz nachgebessert werde: Die Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat müssten gestärkt werden.

Pendlerpauschale (Dezember 2008)
Die Richter erklären die gekürzte Pendlerpauschale für verfassungswidrig. Seit 2007 konnten Fahrten zur Arbeit nicht mehr ab dem ersten, sondern erst ab dem 21. Kilometer der von der Steuer abgesetzt werden. Das Gericht setzt die alte Regelung somit wieder in Kraft.

Luftsicherheit (Februar 2006)
Das Luftsicherheitsgesetz scheitert in Karlsruhe. Von Terroristen gekaperte Passagierflugzeuge dürfen demnach zur Abwehr eines Anschlages nicht abgeschossen werden. Die Richter begründen, dies sei weder mit dem Grundrecht auf Leben noch mit der Garantie der Menschenwürde vereinbar.

Großer Lauschangriff (März 2004)
Das Gesetz zum Großen Lauschangriff wird zu großen Teilen für verfassungswidrig erklärt. Dieses hatte den Behörden weitreichende Befugnisse gegeben, Wohnungen von Verdächtigen heimlich elektronisch abzuhören. Die Verfassungsrichter entscheiden, dies verstöße gegen die Menschenwürde.

„Ein einfaches Wahlrecht ist kaum noch erreichbar“

Günter Krings (CDU) hat das Gesetz mit ausgearbeitet. Karlsruhe wirft er vor, sich unzureichend zu erklären

DIE WELT: Herr Krings, waren Sie zuversichtlich, dass das Gericht das Wahlgesetz akzeptiert?

GÜNTER KRINGS: Ich habe erwartet, dass wir mit unserem Kernanliegen durchkommen. Das ist auch geschehen. Das Gericht hat bestätigt, dass nicht alle Stimmen zusammengeworfen werden, sondern 16 abgeschlossene Wahlgebiete in den Ländern geschaffen werden, um das negative Stimmgewicht in den Griff zu bekommen. Dafür sind wir sehr angefeindet worden, aber das hat das Gericht nicht infrage gestellt. Ich habe nach der mündlichen Verhandlung auch erwartet, dass sich künftig die Zahl der Mandate pro Land nicht nach der Wahlbeteiligung, sondern nach der Bevölkerungszahl richtet. Das kann man sehr leicht ändern. Es gibt eine Überraschung an einem einzigen, aber nicht leicht zu behandelnden Punkt. Das Gericht hat festgelegt, dass es nur noch bis zu 15 Überhangmandate ohne Ausgleich geben darf.

Werfen Sie dem Gericht Willkür vor? Hier vermag das Bundesverfassungsgericht in der Tat keine rationale Begründung zu geben. Die Zahl ist eine reine Setzung. Das räumt das Gericht sogar selbst ausdrücklich ein. Ich fände es schön,

wenn das Gericht die Begründungsanforderungen, die es in den letzten Jahren ständig an den Gesetzgeber stellt, selbst genauso ernst nehmen würde. Bei den Urteilen zu Pendlerspauischale oder Hartz IV verlangte das Gericht von uns, dass wir die genaue Höhe bestimmter Summen begründen. Nun verkündet es pauschal eine bestimmte Zahl für die Überhangmandate. Das passt nicht zusammen.

Das Urteil ist ein Erfolg für die Opposition, oder? Das würde ich nicht so einseitig sehen. SPD und Grüne gingen davon aus, dass jedes Überhangmandat verfassungswidrig ist. Dieser Sicht hat sich das Gericht aber ja gerade nicht angeschlossen.

Wie soll man überzählige Überhangmandate ausgleichen? Es ist zwar nicht einfach, aber ich bin zuversichtlich, dass wir ein System finden, das einen Ausgleich zumindest der über die Zahl 15 hinausgehenden Überhangmandate ermöglicht.

Was halten Sie überhaupt davon, diese Mandate auszugleichen? Ist ein leicht vergrößerter Bundestag nicht ein geringeres Problem als die unglei-

che Wirkung der Wählerstimmen? In diese Richtung ging ja der Vorschlag der SPD, über den wir natürlich auch reden werden.

Haben Sie schon die Opposition angerufen, um einen Termin für Wahlrechtsverhandlungen zu verabreden? Wir werten jetzt das Urteil aus. Wir werden als Koalition aber noch in der zweiten Augsthälfte mit SPD und Grünen in Verhandlungen treten. Wir werden da über alle sinnvollen Ausgleichsvarianten reden müssen. Beide Seiten müssen sich bewegen.

Muss es das Ziel sein, alle fünf im Bundestag vertretenen Parteien zu beteiligen? Das Ziel ist es, mit SPD und Grünen zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Die Notwendigkeit, hier zwingend auch die Linkspartei mit ins Boot zu ho-

len, sehe ich derzeit nicht. Das Ganze ist so schon kompliziert genug.

Bis wann wollen Sie ein neues Gesetz verabschieden?

Schön wäre es, wenn wir in diesem Jahr parteiübergreifend zumindest einen Gesetzentwurf einbringen könnten, damit die nächste Bundestagswahl rechtlich auf sicheren Füßen steht. Die laufenden Nominierungen werden von dem Urteil nicht berührt.

Erwarten Sie, dass es nach einer Überarbeitung erneut Klagen gibt? Natürlich, es gibt in Deutschland Menschen, deren Hobby es ist, Wahlen und Wahlgesetze anzufechten. Die werden sich dieses Hobby durch kein Gesetz der Welt nehmen lassen.

Das Wahlrecht ist sehr komplex. Muss es der Bürger verstehen? Der Anspruch ist da. Aber es war das Verfassungsge-



ZUR PERSON
Günter Krings (42) ist seit 2009 Vizevorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag. In dieser Funktion kümmert sich der promovierte Jurist hauptsächlich um die Bereiche Inneres und Recht. Zudem ist Krings Kreisleiter der CDU Mönchengladbach.

NACHRICHTEN



„Sturmfest und erdverwachsen ...“: David McAllister singt mit einem Shanty-Chor das Niedersachsenlied

ge der Kanzlerin“ bezeichnet. Auch Weil befindet sich gerade auf Sommerreise durch Niedersachsen. Der Oberbürgermeister von Hannover ist längst im Wahlkampfmodus, er versucht gerade mit einer nicht ganz unproblematischen Mischung aus bürgerlicher Attitüde und giffiger Attacke, das Feld für einen Regierungswechsel zu bestellen.

Andererseits nehmen sich die beiden auch nicht viel. McAllister – durchaus in der Lage, das Gras wachsen zu hören – nutzt schon jetzt jede sich bietende Möglichkeit, den von ihm diagnostizierten „Hochmut“ der Sozis und ihres Spitzenkandidaten anzuprangern. „Die verteilen doch schon die Posten.“ Und: „Wehe, der pikt mich an“, das sind Sätze, die dem Ministerpräsidenten schon mal rausrutschen in dieser vermeintlichen Ruhe vor dem Sturm.

McAllister, derzeit noch in der Rolle des dezent-schelmischen Ministerpräsidenten, beherrscht auch das politische Holzhackerfach. Er hat das ein paar Jahre lang bewiesen als CDU-Fraktionschef, der seinem Ministerpräsidenten Christian Wulff ziemlich nibelungentreu den Rücken freihält. Spätestens im Herbst wird man diesen, den angriffs-lustigen David McAllister wieder besichtigen können. Ein asymmetrischer Säusel-Wahlkampf Marke Merkel, bei dem es eher darum geht, die Anhänger des politischen Gegners zu demobilisieren, wird das sicherlich nicht zwischen Harz und Heide. Die Frage ist eher, wann genau die Rivalen McAllister und Weil das Florett mit der Axt tauschen.

Einmal in Fahrt, lässt McAllister dann auch die mitreisende Journalle kurz mal in seine persönlichen Schlachtpläne schauen. Ein Heimatwahlkampf mit viel Bürgernähe soll es natürlich werden, Hannelore Krafts Currywurst-Kampagne auf Niedersächsisch sozusagen, Bekenntnis zum eigenen Bundesland inklusive. Man weiß ja bei der Union nur allzu gut, wie es Norbert Röttgen und früher auch Volker Rühle ergangen ist, die sich nicht so recht entscheiden mochten zwischen Provinz- und Bundesbühne.

Andererseits kann ein Spitzenkandidat sich ja auch nicht so ganz abmelden aus Berlin. McAllister versucht deshalb gerade einen halbwegs eleganten Spagat von Nähe und Distanz zwischen Hitzackers Deichkrone und Berlin-Mitte. Einesseits ist er mehr denn je in der Hauptstadt unterwegs, besucht Hintergründkreise, bleibt sogar geduldig stehen, wenn sich am Bundesratseingang die Mikrofone auf ihn richten, und wird demnächst auch die einschlägigen Talkshows frequentieren. Gleichzeitig dokumentiert er mit Sommerreise, Shanty-Chor und Zeitungsinterview ganz ausführlich seine große Heimatliebe. Er wolle in Berlin „nichts werden“, beteuert er gerade im Magazin „Cicero“ auf fast schon ungläubige Nachfrage und verweist schnell noch auf Hannelore Kraft. Die habe mit ihrem klaren Bekenntnis zu Nordrhein-Westfalen einen blendenden Wahlkampf hingelegt. „So mache ich das auch.“

In Hitzacker ist jetzt die örtliche Schützengilde angetreten zum Salut. Es kracht dreimal ohrenbetäubend über den Elbauen. Und weil es so schön war, gleich noch ein viertes Mal hinterher. „Dreht die Kanone nach Berlin“, ruft McAllister übermütig, er war schließlich selbst Max Schützenkönig in seinem Heimatort Bad Bederkesa. Da hat er den Vogel am Ende dann auch abgeschossen.

DEUTSCHLAND

AL-QAIDA

Düsseldorfer Zelle: Anwälte fordern Prozess-Einstellung

Mit Verteidigeranträgen auf Einstellung des Verfahrens hat der Prozess gegen die vier mutmaßlichen Mitglieder der Düsseldorfer Al-Qaida-Zelle begonnen. Die Anwälte der Terrorverdächtigen begründeten ihre Forderung vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf mit fehlender Akteneinsicht: Datenträger mit der Dokumentation von Ergebnissen der Wohnraumüberwachung bei ihren Mandanten lägen ihnen nicht vor. Die Bundesanwaltschaft beantragte so-gleich, die Anträge zurückzuweisen. „Die Beweisstücke können jederzeit eingesehen werden“, sagte Bundes-anwalt Michael Bruns. Er legte den Angeklagten die Planung eines „auf-sehenerregenden Anschlags“ zur Last. Die Angeklagten hätten im Auftrag des Terrornetzwerks al-Qaida einen „öf-fentlichkeitswirksamen und aufsehen-erregenden Anschlag“ in Deutschland geplant, um „Angst und Schrecken“ zu verbreiten. Demnach planten die zu-wei-schen zu und 32 Jahre alten Männer, einen Sprengsatz in einer Menschen-menge zu zünden und eine zweite Bombe nach dem Eintreffen der Ret-tungskräfte hochgehen zu lassen.

KATHOLISCHE KIRCHE

24,5

Millionen Katholiken gab es 2011 in Deutschland – rund 100.000 weniger als im Vorjahr. Dies geht aus der Statistik der Deutschen Bischofskonferenz hervor. Im Jahr 2000 hatte die Kirche noch 26,8 Millionen Mitglieder. Die Bischofskonferenz führt den Rückgang der Kirchenmitglieder auf die gesamt-gesellschaftliche demografische Ent-wicklung zurück. 2011 wurden demnach rund 248.000 Katholiken bestattet, aber nur rund 170.000 getauft.

LÄNDERFINANZAUSGLEICH

Seehofer appelliert an „Vernunft“ der Nehmerländer

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sieht im Streit über den Länderfinanzausgleich wachsende Chancen für eine Verhandlungslösung. Er äußerte sich erfreut darüber, dass in die Diskussion über eine „gerechte Neugestaltung“ Bewegung gekommen sei. Dabei sei sicherlich die von Bayern angekündigte Klage „förderlich“ gewesen. Der „Passauer Neuen Presse“ sagte Seehofer: „Einige Nehmerländer haben sich mit den Leistungen bayerischer Steuerzahler wohligh eingerichtet und wollen ungern auf den Geldreizen aus dem Süden verzichten.“ Man solle aber die Hoffnung nicht aufgeben, dass sich „Einsicht und Vernunft“ durchsetzen. Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) hatte Verständnis für den Unmut Bayerns gezeigt und die Finanz-politik einiger Nehmerländer kritisiert. Auch Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) hatte gefor-dert, alle Länder müssten auf Haus-haltskonsolidierung achten.

Mac fühlt sich back

Sechs Monate vor der Landtagswahl versucht Niedersachsens Ministerpräsident McAllister, aus dem Stimmungsloch zu kommen – mit Böllerschüssen Richtung Berlin

- Eine Umfrage euphorisiert die Union: Sie liegt in dem Bundesland erstmals wieder vor den Sozialdemokraten
- Die Abstimmung am 20. Januar ist das erste und wichtigste Formbarometer für die Bundestagswahl 2013

ULRICH EXNER
IN LÜNEBURG

In Hitzacker, gleich hinterm Elb-deich, kommt David McAllister an diesem Abend so richtig in Fahrt. Ein Shanty-Chor singt das Niedersachsenlied, sturm-fest, erdverwachsen, der Ministerpräsident klatscht gleich mit, singt dann auch. Ein Bier dazu und noch eins obendrein. Dieser Dienstag ist ein guter Tag für Niedersachsens CDU. Nur noch ein halbes Jahr bis zur Landtagswahl am 20. Janu-ar. Und die Union liegt vorn. Zum Wohl.

Dabei waren sie schon etwas zweifelt in der Staatskanzlei zu Hannover. McAllister, das attestieren Land, Leute, Medien, macht ja einen sehr ordentli-chen Job. Sogar die Wulff-Turbulenzen hat er einigermaßen locker abgewertet.

Kein Wunder also, dass McAllister noch am Morgen, zum Start seiner vier-tägigen Sommerreise durch Niedersach-sen, gar nicht deutlich genug betonen konnte, wie weit die Landtagswahl vom 20. Januar noch entfernt sei von der Realität. Wie viel Business as usual seine Tour durch die Provinz darstelle und wie wenig Wahlkampf ihr innewohne. Der Gegner, so McAllister zu jedem Mi-kro, das sich ihm entgegenreckte, könne ja ruhig früh starten, er selber aber den-ke gar nicht daran. Im Oktober dürfe man ihn gerne noch einmal darauf an-sprechen. Dann werde man vielleicht beginnen mit dem Ringen um die Stim-men der Niedersachsen.

Pustekuchen. Gut zwei Stunden nach Fahrtbeginn, irgendwo zwischen Hanno-ver-Vahrenheide und Wedemark-Wenne-

postel, steckt McAllisters silberner Mer-cedes-Bus mit Niedersachsenross auf einmal mitten drin im tiefsten Wahl-kampfetümel. McAllister zeigt die Becker-Faust, jubiliert, rennt einmal längs durch den Bus, gleich wieder zurück. Sein Sprecher, Franz-Rainer Enste, sonst kein Freund der großen Emotion, denkt für einen Moment ernsthaft darüber nach, eine Flasche Sekt zu öffnen. „Wir sind wieder da!“ Noch ein kleiner Ge-fühlsausbruch des Ministerpräsidenten, der zugleich Landeschef der Niedersach-sen-Union ist und sehr genau weiß, wie sehr die trüben Wochen seit dem Aus-bruch der Wulff-Krise auf die Seele der Partei gedrückt haben. Also noch einmal, damit es auch der Letzte mitbekommt: „Mac ist back!“

Anlass für die plötzliche Euphorie der niedersächsischen Christdemokraten, die sich auch gleich im SMS-Account des Ministerpräsidenten niederschlägt:

„Die verteilen doch schon die Posten“

David McAllister (CDU)
über die SPD in Niedersachsen

ein paar aktuelle Prozentzahlen des Umfrageinstituts Forsa. Eine der übli-chen Momentaufnahmen, wie McAllis-ter später pflichtgemäß betont. Aber endlich wieder eine positive. Sie sieht die Union deutlich vorne im Ringen um die Macht in Hannover. 38 Prozent CDU, 32 Prozent SPD, Grüne elf, Piraten sieben, FDP und Linke vier. Das würde für Rot-Grün nicht reichen, erst recht nicht für Schwarz-Gelb. Für Schwarz-Rot und Schwarz-Grün aber gäbe es eine Mehrheit. Für einen Ministerpräsi-denten McAllister allemal.

Auch das ist klar nach den trüben Wo-chen dieses Frühsommers: Die Union in Niedersachsen würde sich, ein entspre-chendes Wahlergebnis vorausgesetzt, weder einer Koalition mit der SPD noch einem Bündnis mit den Grünen ver-schließen – wobei eine große Koalition wohl die bevorzugte Option wäre. Die Niedersachsenwahl am 20. Januar ist schließlich das erste und wichtigste Formbarometer für die Bundestagswahl im selben Jahr. Ein weiterer Machtver-lust in einem großen Flächenland wäre auch Merkels Menetekel.

Es geht also um viel im Norden, das zeigen Becker-Faust und Unionseupho-rie ebenso wie die manchmal bitterbö-sen Spitzen des SPD-Rivalen Stephan Weil, der McAllister am Montag mal eben als „Wackelackel auf der Hutabla-

Wir wachsen ausnahmsweise

Trotz weniger Geburten ist die Bevölkerungszahl in Deutschland erstmals seit 2002 wieder gestiegen – dank der Zuwanderer

- Vor allem Polen sind in die Bundesrepublik gezogen. Und wegen der Krise daheim kommen auch Südeuropäer

MAX BOENKE

Deutschlands Bevölkerungszahl ist erstmals seit 2002 wieder ange-stiegen – wenn auch nur leicht. Laut Statistischem Bundesamt lebten Ende 2011 in der Bundesrepublik etwas mehr als 81,8 Millionen Menschen. Das bedeutet einen Zuwachs um 92.000 Per-sonen oder 0,1 Prozent gegenüber dem Jahr zuvor. Nicht etwa eine erhöhte Ge-burtenrate ist der Auslöser für das Wachstum. Die Hauptursache für den Anstieg liegt stattdessen in ungewöhnli-chen hohen Zuwanderungszahlen.

Tatsächlich sind im vergangenen Jahr hierzulande so wenige Kinder zur Welt gekommen wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Laut dem Bundesamt wurden im vergangenen Jahr in Deutschland 663.000 Kinder geboren,

15.000 weniger als 2010. Die Zahl der Sterbefälle verringerte sich zwar im Ver-gleichszeitraum um 6000 auf 852.000. Dennoch starben 2011 rund 190.000 Menschen mehr als geboren wurden. Gleichzeitig übertraf aber die Zahl der Zugzüge mit 958.000 im Jahr 2011 deut-lich die der Fortzüge, die sich auf 679.900 belief. Dies führte zu einem Wanderungsüberschuss von 279.000 Menschen. 2008 und 2009 hatte es hin-gegen in Deutschland noch mehr Fort-als Zugzüge gegeben.

Vor allem Menschen aus den Staaten, die 2004 im Rahmen der Osterweite-rung der EU beigetreten sind, machten einen Großteil der Zugzüge aus. Trotz des Beitritts 2004 ist es den EU-Bür-gern dieser Länder erst seit Mai 2011 möglich, die vollständige Arbeitnehmer-freizügigkeit in Anspruch zu nehmen. Vor allem erhöhten sich die Zahlen der Zuwanderer aus Polen (plus 49.000) und Ungarn (plus 12.000).

Steffen Krönert, der leitende Wissen-schaftler am Berlin-Institut für Bevölke-rung und Entwicklung, sieht neben dem Zuzug aus den östlichen Staaten einen

weiteren Faktor für den Zuwachs. „Die Krise in Ländern wie Spanien und Grie-chenland trägt ebenfalls zu dem Anstieg bei“, sagt Krönert. Aus Griechenland ka-men 2011 90 Prozent mehr Einwanderer als im Jahr 2010 (plus 11.000) und aus Spanien 52 Prozent mehr (plus 7000).

Dennoch relativiert Krönert den Zu-wachs der Bevölkerung. Beide positiven Faktoren seien temporär: „Das ist nur eine Momentaufnahme der Bevölke-rungszahl. Der ansteigende Trend hält sicher nicht länger als ein oder zwei Jahre an.“ Auch der Leiter des Instituts für angewandte Demographie Berlin-Brandenburg, Harald Michel, kann in den Zahlen der Statistik keine nachhal-tige Tendenz erkennen: „Das ändert über-haupt nichts daran, dass die Zahl der Be-völkerung langfristig schrumpfen wird.“

Das Ungleichgewicht zwischen Ge-burten und Verstorbenen werde sich in den kommenden Jahren sogar noch ver-gößern und die Zahl der Bevölkerung damit unaufhaltsam sinken. Den Zuzug von Ausländern und die damit zusam-menhängenden Chancen sieht Michel eher nüchtern: „Es ist eine absurde Vor-

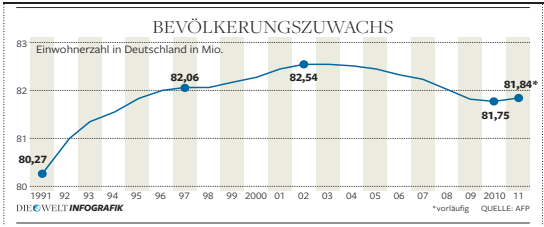
stellung, dass die Spanier und Polen un-sere leeren Stellen ausfüllen könnten.“ Das liege zum einen an der natürlichen Sprachbarriere, zum anderen aber auch daran, dass ein Großteil der unbesetzten Jobs bei Mittelständlern in der Provinz angeboten würde und damit für Zuwan-derer unattraktiv und schwer zu errei-chen sei. „Spanier werden wohl kaum in der Oberlausitz Wasserleitungen repara-rieren“, sagt Michel.

Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln zählt derzeit allein für Ingeni-

ure rund 10.000 offene Stellen. Und es war für den Mittelstand bisher schlicht-weg zu teuer, nach Packkräften außer-halb der EU Ausschau zu halten. Ab Anfang August soll sich das ändern. Mit der Einführung der sogenannten Blue Card soll es generell leichter für aus-ländische Packkräfte werden, Platz auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu finden. Durch die Hochqualifizierten-Richtlinie der EU sollen Fachleute aus Drittstaaten außerhalb der EU eine Blaue Karte er-halten. Dieses Sondervisum ermöglicht

ihnen schon einen Einstieg in den Ar-beitsmarkt bei Jahresgehältern von knapp 45.000 Euro. Bei besonders ge-fragten Berufen kann die Verdienst-schwelle sogar bis auf 34.900 Euro sin-ken. Insbesondere ausländische Ingeni-eure und Ärzte könnten davon profitie-ren. Bisher mussten die Ausländer min-destens 66.000 Euro verdienen, um eine sogenannte Niederlassungserlaubnis zu bekommen.

Unbefristet ist diese Erlaubnis aller-dings zunächst nicht. Erst wenn der In-haber der Karte auch nach drei Jahren in Deutschland noch einen Arbeits-vertrag hat, erhält er als Packkraft für sich und seine Familie ein Dauer-aufenthaltsrecht. Bei guten Deutsch-kenntnissen ist dieses Recht ausnahms-weise auch schon nach zwei Jahren zu erwerben. Mit der Blauen Karte wolle man „mittel- und langfristig dem Fach-kräftenmarkt begegnen“, heißt es im Bundesinnenministerium. Grundsätz-lich arbeite man aber auch im Inland daran, hoch qualifizierte Frauen und ältere Arbeitnehmer für den Arbeits-markt zu gewinnen.



POLITIK

KOMPAKT

VERTEIDIGUNGSMINISTER

De Maizière auf Blitzbesuch im Süden Afghanistans

Als erstes deutsches Regierungsmitglied hat Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) überraschend die besonders gefährliche südafghanische Provinz Kandahar besucht. Der CDU-Politiker traf dort am Mittwoch fünf Fernmelder der Bundeswehr und sprach mit den amerikanischen Verbündeten. Kurz vor seiner Ankunft kam es in der Nähe eines amerikanischen Feldlagers zu schweren Gefechten, bei denen mehrere US-Soldaten verletzt wurden. „Das ist hier die traurige, tägliche Wirklichkeit“, kommentierte de Maizière laut „Bild.de“ die Kämpfe. Es war die achte Reise des Ministers an den Hindukusch seit seinem Amtsantritt vor rund 17 Monaten. Ursprünglich hatte er sich vorgenommen, alle drei Monate die deutschen Soldaten im Einsatz zu besuchen. Inzwischen ist der Minister sogar noch häufiger dort. Erst Anfang Juli war er zu einem Truppenbesuch im Norden des Landes. „Afghanistan besteht eben nicht nur aus dem Norden. Ich will mir einen Eindruck von der Lage im Süden des Landes verschaffen“, begründete de Maizière seinen Besuch in Kandahar. Der Süden Afghanistans, in dem die Amerikaner die Verantwortung tragen, gilt als deutlich gefährlicher als der Norden, wo die Bundeswehr den größten Teil ihrer 4650 Soldaten starken Afghanistan-Truppe stationiert hat.

NORDKOREA

Kim Jong-un hat geheiratet



Das Rätsel um die mysteriöse Frau an der Seite des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong-un ist gelöst: Das Staatsfernsehen berichtete erstmals von einer „Ehefrau“. Dem Beitrag zufolge besuchte Kim gemeinsam mit „Genossin Ri Sol-ju“ die Eröffnung eines Vergnügungsparks. Die Medien des kommunistischen Landes hatten in den vergangenen Tagen wiederholt Auftritte der jungen Frau an der Seite des knapp 30-jährigen Kim gezeigt, ohne sie jedoch zu identifizieren. Im Ausland war gerätselt worden, ob die Unbekannte seine Schwester, Freundin oder Ehefrau sei. Dass sich eine First Lady in Nordkorea so häufig in der Öffentlichkeit zeigt, gilt als ungewöhnlich. In der Regel halten die Frauen der Machthaber sich von öffentlichen Auftritten fern. Kim Jong-un war im Dezember nach dem Tod seines Vaters Kim Jong-il zum „obersten Führer“ der Partei, der Streitkräfte und des Staates ausgerufen worden.

SACHSEN

Aktenvernichtung: Anzeige gegen Verfassungsschutz

Wegen der Vernichtung von Akten bei Sachsens Verfassungsschutz hat der Grünen-Landtagsabgeordnete Johannes Lichdi Strafanzeige gegen die Spitze des Amtes und weitere Mitarbeiter gestellt. Es sei ein unglaublicher Vorgang, dass trotz laufender Untersuchungen zu den Pannen bei der Fahndung nach der Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) Akten zu sächsischen Neonazis unwiederbringlich vernichtet worden seien, erklärte Lichdi. Er habe die Anzeige der Staatsanwaltschaft Dresden geschickt. Der Verfassungsschutz hatte erklärt, dass die gelöschten Daten nicht direkt mit dem NSU zu tun gehabt hätten. Laut der Behörde war die Löschung außerdem durch eine Dienstvorschrift gedeckt.

DIETRICH ALEXANDER

Manaf Tlass, Jugendfreund des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad und Anfang Juli desertierter Brigadegeneral in dessen Armee, brach sein Schweigen zur Hauptzeit: Dem arabischen Fernsehsender al-Arabia sagte der ranghöchste Deserteur des syrischen Regimes seit Beginn des Aufstands vor 17 Monaten, die Syrer müssten jetzt zusammenarbeiten, um ein neues, demokratisches Land aufzubauen. Das ehemalige Mitglied der Elite-truppe Republikanische Garde und Sohn des ehemaligen Verteidigungsministers Mustafa Tlass, bat die Syrer: „Bitte erlauben Sie mir, Syrien in der Post-Assad-Ära zu dienen. Erlauben Sie mir, für ein neues Syrien zu werben, das nicht auf Rache, Ausgrenzung oder Alleinherrschaft aufgebaut ist.“

WÄHLERVERDROSSENHEIT

Mehrheit der Bürger klagt über gleichgültige Politiker

Die Mehrheit der Deutschen kritisiert, dass sich die Politiker nicht ausreichend um ihre Belange kümmern. Nach einer repräsentativen Forsa-Erhebung für den „Stern“ meinen rund drei von vier Bürgern (73 Prozent), die Abgeordneten des Bundestages hätten kein offenes Ohr mehr für die Sorgen und Nöte der Menschen. Nur 21 Prozent haben den Eindruck, die Parlamentarier wüssten, was die Menschen bewegt und bedrückt. Laut dem „Wahltrend“ von „Stern“ und RTL verfügen gut ein Jahr vor der Bundestagswahl weder die amtierende Koalition noch ein mögliches Bündnis von SPD und Grünen über eine eigene Mehrheit. Zwar liegen Union und FDP mit 40 Prozent weiter knapp vor SPD und Grünen (39 Prozent). Die Liberalen stagnieren aber bei vier Prozent und würden den Einzug in den Bundestag damit verpassen.

CSU

„Euro-Rebell“ Gauweiler 2013 erneut Direktkandidat

Der als „Euro-Rebell“ bekannte CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler ist erneut zum Direktkandidaten seiner Partei im Wahlkreis München-Süd gewählt worden. Er bekam bei einer Delegiertenversammlung 98,43 Prozent der Stimmen, wie die zuständige Bundeswahlkreiskonferenz mitteilte.

Warum Deutschlands Landschaften vermaisien

Durch den Einsatz als Energiequelle und Futtermittel explodiert der Anbau des Getreides – mit negativen Folgen für das Klima

■ Die Energiegewinnung durch Biomasse hilft vielen Landwirten – stößt jetzt aber an Grenzen

■ Neue Studie: Das Ziel, 2050 fast ein Viertel des benötigten Stroms auf diese Weise zu gewinnen, ist nicht erreichbar

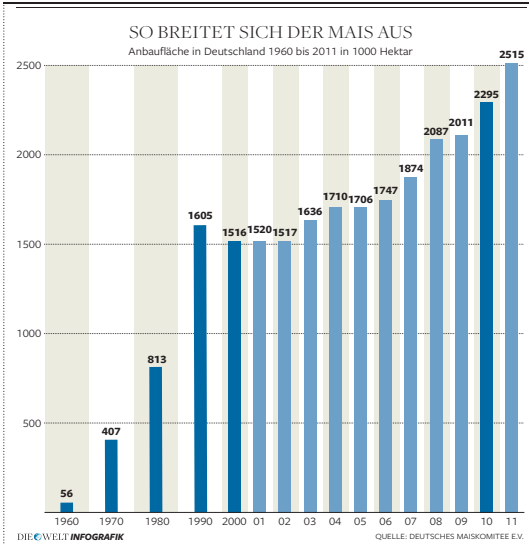
CLAUDIA EHRENSTEIN

Es ist so gut gemeint. Seit Jahren fördern die Bundesregierungen den Bau von Biogasanlagen und hoffen, mit dieser einen Maßnahme mindestens zwei Probleme gleichzeitig lösen zu können: Sie wollen den Landwirten neue Einkommensquellen erschließen und zugleich auch noch das Klima schützen. Doch im Ergebnis gibt es eine ganze Reihe neuer Probleme.

Denn der Boom der Biogasanlagen hat gravierende Schattenseiten. Weil gerade der Mais die Sonnenenergie so effektiv in Biomasse umwandelt und damit sehr ergiebig ist, werden Biogasanlagen bevorzugt damit bestückt. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fördert einen nachwachsenden Rohstoff wie Mais zudem mit einem Sonderzuschlag. So hat sich die Anbaufläche für Mais in nur einem Jahrzehnt von 1,5 auf 2,5 Millionen Hektar ausgedehnt.

Ganze Landstriche „vermaisien“ deshalb bereits. In einigen Regionen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens wächst auf den Feldern fast nur noch Mais. Andreas Krug, Agrarexperte beim Bundesamt für Naturschutz in Bonn, warnt: „Diese Monokulturen drohen unsere Anstrengungen zum Naturschutz in der Landwirtschaft zunichtezumachen.“ Wo immer mehr Mais wächst, fühlen sich auch Wildschweine wohl. Ihre Zahl wächst enorm. Der Bestand im vergangenen Herbst wurde auf mehr als 800.000 Tiere geschätzt. Die Maisfelder bieten gute Deckung und machen es obendrein für Jäger schwer, ihnen nachzustellen. Eine „enorme Herausforderung“, wie Torsten Reinwald vom Deutschen Jagdschutzverband sagte.

Immerhin gilt der Biomasse-Einsatz bei der Energiegewinnung nicht als Klimakiller. Bei der Vergärung durch Bakterien in der Biogasanlage wird immer nur so viel Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt, wie zuvor von der Pflanze gespeichert worden war. Und tatsächlich wird ohne Biomasse die Energiewende in Deutschland kaum gelingen. Dennoch warnt der Marburger Biochemiker Professor Rudolf K. Thauer davor, noch mehr solcher Anlagen zu bauen. „Die Obergrenze ist erreicht“, sagte Thauer der „Welt“. Biomasse zur Energiegewinnung sei nicht beliebig ausbaubar und auf Dauer auch nicht nachhaltig. Eine neue Studie, die am heutigen Donnerstag veröffentlicht wird, befeuert die



DIE NEUE MASSENPLANZE

Der Anbau von Mais ist für deutsche Bauern besonders attraktiv. Sie nutzen die **energiereiche Pflanze als erneuerbaren Rohstoff für ihre Biogasanlagen und als Futtermittel für die Tiernästen**. So ist die Anbaufläche in den vergangenen zehn Jahren bundesweit um eine Million Hektar auf 2,5 Millionen Hektar gewachsen. Mais ist damit neben Weizen und Raps eine der wichtigsten Pflanzen in der Landwirtschaft.

Der Mais ist zugleich Nahrungsquelle für Wildschweine, die sich in Deutschland rasant ausbreiten. Eine Bache kann bis zu acht Frischlinge werfen. Auf den Mais-

feldern finden die Jungtiere ausreichend Nahrung. Sie legen schneller als gewöhnlich an Gewicht zu und werden nicht erst mit ein oder zwei Jahren, sondern mit fünf Monaten geschlechtsreif. Das erhöht die Fortpflanzungsrate zusätzlich. **In der letzten Jagdsaison haben die Jäger in Deutschland mehr als 585.000 Wildschweine erlegt.** In Zusammenarbeit mit Bauern und unterstützt vom Bundeslandwirtschaftsministerium erprobt der Jagdschutzverband gerade Methoden, die Wildschweine noch wirksamer zu jagen. So werden in Maisfeldern schon bei der Aussaat Schneiden für die Jagd angelegt. *dia*

Kritik. Gemeinsam mit mehr als 20 Wissenschaftlern hat Thauer im Auftrag der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina Möglichkeiten und Grenzen der Bioenergie analysiert und kommt dabei zu einem ernüchternden Ergebnis: Dass Deutschland im Jahr 2050 seinen Energiebedarf wie in der Bundesregierung diskutiert zu 23 Prozent aus dieser alternativen Quelle abdecken könnte, hält der Forscher für nahezu unmöglich. Schon heute sei die Bundesrepublik ein Nettoimporteur von Biomasse. Allerdings stünden diese Importe vor allem im Zusammenhang mit Futtermitteln. „Wenn weniger heimische Biomasse für energetische Zwe-

cke genutzt würde, wären weniger Importe nötig.“

So ist die Massentierhaltung eine weitere Ursache für den Mais-Boom in Deutschland. Reinhold Benning, Agrarexperte beim Bund für Umwelt und Naturschutz (Bund), beobachtet seit sechs bis sieben Jahren mit Sorge eine stetig steigende Zahl von Rindern, Schweinen und Hühnern. Die Ställe würden immer größer, der Bedarf an Futtermitteln nehme zu. Das treibe die Preise für Mais in die Höhe und mache den Anbau für die Bauern nur noch lukrativer. Das verstärke die Entwicklung: Grünland wird zu Ackerland für den Maisanbau. Und dort liegt die klimapolitische Schwierig-

Die Macht der syrischen Stämme

Der desertierte General Tlass möchte eine Rolle in der Post-Assad-Ära spielen. Aber die Rebellen zählen auf Leute mit Rückhalt im Volk

■ Wichtig werden die großen sunnitischen Klans mit ihren Verbindungen in die Golfregion

DIETRICH ALEXANDER

Manaf Tlass, Jugendfreund des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad und Anfang Juli desertierter Brigadegeneral in dessen Armee, brach sein Schweigen zur Hauptzeit: Dem arabischen Fernsehsender al-Arabia sagte der ranghöchste Deserteur des syrischen Regimes seit Beginn des Aufstands vor 17 Monaten, die Syrer müssten jetzt zusammenarbeiten, um ein neues, demokratisches Land aufzubauen. Das ehemalige Mitglied der Elite-truppe Republikanische Garde und Sohn des ehemaligen Verteidigungsministers Mustafa Tlass, bat die Syrer: „Bitte erlauben Sie mir, Syrien in der Post-Assad-Ära zu dienen. Erlauben Sie mir, für ein neues Syrien zu werben, das nicht auf Rache, Ausgrenzung oder Alleinherrschaft aufgebaut ist.“

Einheit, keine klare Agenda. Vielen Oppositionellen vor allem im Ausland fehlt es zudem an einer Machtbasis in Syrien. Die Revolution baut auf andere als auf Tlass und seinesgleichen. Auf Nawaf al-Fares zum Beispiel, den übergeleiteten syrischen Ex-Botschafter im Irak. Denn al-Fares ist nicht nur Sunnit, Angehöriger also der syrischen Bevölkerungsmehrheit, sondern auch Oberhaupt des einflussreichen Al-Dscharrach-Klans, dessen Ruhm sich aus den Kämpfen gegen die Franzosen in den 40er-Jahren speist. Dieser Klan wiederum gehört der Stammesgemeinschaft der Egidat an, dem mit 1,5 Millionen Mitgliedern größten tribalen Verband im Osten Syriens mit Ablegern in Saudi-Arabien, Kuwait und Katar. Dass vor allem Saudi-Arabien und Katar die Sponsoren des syrischen Widerstands sind, hat nicht nur, aber auch mit dieser Verbindung zu tun.

Die komplizierten Stammesstrukturen, vom Assad-Regime seit mehr als 40 Jahren ignoriert und bewusst unterdrückt, werden bei der Neuordnung des Landes

eine gewichtige Rolle spielen, meint der syrische Analyst Hassan Hassan von der Zeitung „The National“ in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Schammar-Stammeskonföderation zählt eine Million Mitglieder, die Dschubar bewohnen Ostsyrien und den Irak und haben besonders enge Beziehungen zu den Golfstaaten, die Eniza sind ein mächtiger Stamm am Golf mit familiären Bindungen in die syrischen Städte Homs, Hama und Aleppo. Die N'eim leben in der Region von Daraa, wo der Aufstand gegen das Assad-Regime seinen Anfang nahm. Dieser Stamm stellt einige wichti-

Der ehemalige Assad-Günstling und General Manaf Tlass verliert sein Monopol



ge Kommandeure der Freien Syrischen Armee (FSA). Die Bagarra (1,2 Millionen) sind sowohl in Syrien (Deir Ezzor, Aleppo) als auch im Irak beheimatet.

So stellen sich die wahren Machtverhältnisse in Syrien dar, bisher einigermaßen erfolgreich ignoriert von der Alawiten-Dynastie der Assads. Schlagzeilen machen im Moment allerdings andere. Tlass zum Beispiel oder Abdel Latif al-Dabbagh, Syriens Botschafter in den Vereinigten Arabischen Emiraten, der sich zugleich und gemeinsam mit seiner Ehefrau Lamia Hariri, Syriens Repräsentantin auf Zypern, nach Katar abgesetzt hat. Oder die inzwischen 27 Generäle, die in der Türkei Zuflucht gesucht haben und die Dienste der FSA anbieten.

Obwohl sich die für Assad schlechten Nachrichten häufen, wagt der Bürgerkrieg hin und her. Nachdem die Armee Damaskus zurückerobert konnte, wird nun die nordsyrische Wirtschaftsmetropole Aleppo zum Schlachtfeld. Syrische Luftwaffe fliegt Angriffe auf die Stadt, die als Assad-freundlich gilt und bisher von den Kämpfen weitgehend verschont

geblieben ist. Assads Kohorten sind auf dem Marsch dorthin. Anders als in Damaskus sind in Aleppo die Nachschubwege aus der Türkei und der von den Rebellen beherrschten Region rings um die Stadt kurz. Die Kurzoffensive in der Hauptstadt war vor allem an mangelnden Nachschub sowie an rivalisierenden Befehlsstrukturen zwischen dem Rebellen-Oberbefehlshaber in der Türkei und dem kommandierenden Feldoffizier in Homs gescheitert.

Die Vereinten Nationen spielen in diesem Konflikt kaum mehr eine Rolle. Die Weltorganisation zog die Hälfte ihrer 300 Beobachter ab. Die UN-Beobachtermission arbeitet nun hinsichtlich der Zahl der Mitglieder und der Ausstattung auf einer „reduzierten Basis“ und ist, wie sie kann“, sagte der Chef der UN-Blauhelmsätze, Hervé Ladsous, in Damaskus. Die Türkei schloss unterdessen aus „Sicherheitsgründen“ teilweise ihre Grenzen. Aus Ankara hieß es: Staatsbürger dürfen vorerst nicht mehr nach Syrien, die Übergänge bleiben aber für Handelsfahrzeuge und Flüchtlinge offen.

- In der Außenpolitik vertrauen laut Umfragen mehr Menschen Obama als Romney
- Der Republikaner will Israel mehr unterstützen und härter gegen den Iran vorgehen

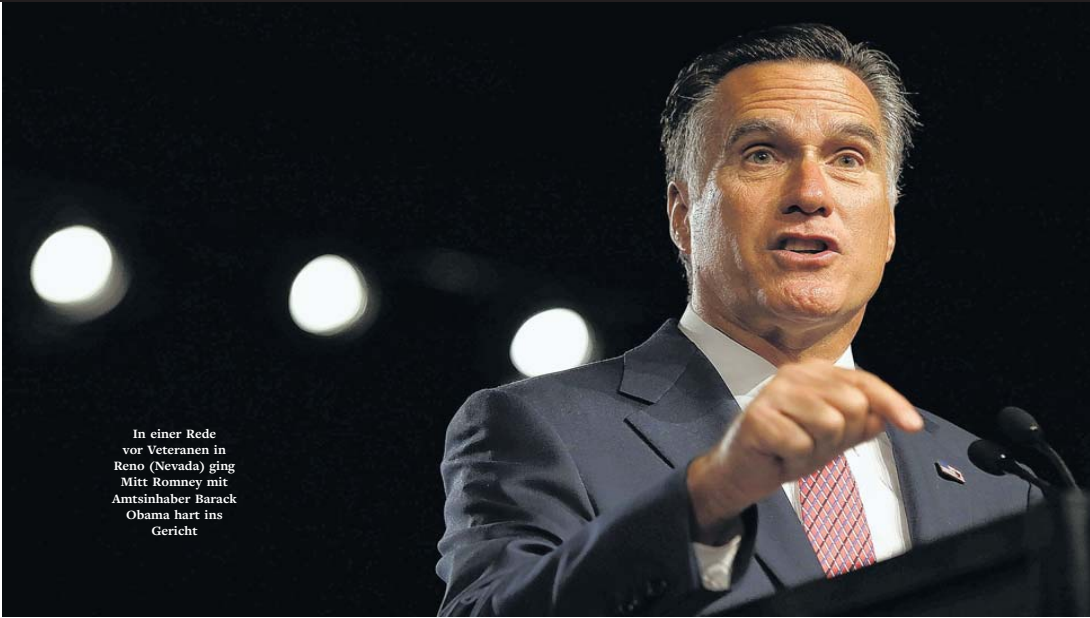
ANSGAR GRAW
WASHINGTON

Inm Olympiastadion in London wird Mitt Romney am Freitag die Eröffnungsfeier der 30. Sommerspiele miterleben. Daheim in den USA können Fernsehzuschauer den republikanischen Präsidentschaftskandidaten aber schon seit Mittwoch in einem sarkastisch-bösen Wahlspot im Zeichen der fünf Ringe sehen. Darin winkt Romney, der 2002 erfolgreich die Olympischen Winterspiele in Salt Lake City managte, ganz bestimmten Delegationen bei ihrem Einzug ins Stadion begeistert zu, und eine Stimme aus dem Off erläutert seine angeblichen Verfehlungen: Romney habe als Chef der Private-Equity-Firma Bain Capital „Tausende Arbeitsplätze“ nach China und Indien ausgelagert. In Birma (Myanmar) habe der „Outsourcing-Pionier“ vor zehn Jahren die amerikanischen Uniformen für die Eröffnungs- und Abschlusszeremonie fertigen lassen. Er unterhalte Millionenkonten auf den Bermuda- und den Cayman-Inseln. Als die Athleten aus der Eidgenossenschaft einziehen, ätzt der Sprecher: „Wir wissen, die Schweizer haben einen besonderen Platz in Mitt Romneys Brieftasche, äh ... Herz.“ Anzüglichler Schlussatz in dem von einem Komitee zur Wiederwahl von Barack Obama verantworteten Spot: „Man kann über Mitt Romney sagen: Er weiß, wie man Gold holt – für sich selbst.“

Die Tradition verbietet es, im Ausland schlecht über politische Kontrahenten, zumal den Präsidenten, zu reden. Darum wird Romney von London aus und den beiden anderen Stationen seiner sechstägigen Auslandsreise, Israel und Polen, nur begrenzt zurücksticheln können. Aber immerhin rechnete der Kandidat fürs Weiße Haus kurz vor seinem Abflug nach Großbritannien kräftig mit der Außenpolitik des Amtsinhabers ab. Präsident Obama habe im Umgang mit anderen Nationen „Vertrauen geschenkt, wo es nicht angemessen ist, Kränkung, wo sie nicht verdient war, und um Entscheidung gebeten, wo das nicht nötig war“, sagte Romney am Dienstag in einer Rede vor Veteranen in Reno (Nevada).

Romneys schärfster Vorwurf: Aus dem Weißen Haus seien als geheim klassifizierte Informationen gestreut worden, um Obama als harten Kämpfer gegen den Terrorismus zu profilieren. Das bezog sich auf Details zu Drohneinsätzen gegen Al-Qaida-Terroristen und zum amerikanischen-israelischen „Cyberwar“ mit hoch entwickelten Computerviren gegen iranische Atomanlagen. „Das verrät unser nationales Interesse“, sagte Romney und verlangte eine Untersuchung der auch von demokratischen Politikern kritisierten Vorgänge durch einen unabhängigen Ermittler.

In London, Danzig und Jerusalem, „drei Leuchttürme der Freiheit“, wie



In einer Rede vor Veteranen in Reno (Nevada) ging Mitt Romney mit Amtsinhaber Barack Obama hart ins Gericht

Weniger China, mehr Europa

Vor seiner Auslandsreise erklärt Mitt Romney, was er als US-Präsident anders machen würde

BRISANTE BERICHTE IM WAHLJAHR UNTERDRÜCKT

In einer parlamentarischen Untersuchung zu unhaltbaren Zuständen in einem von den USA gegründeten Militärkrankenhaus in Afghanistan erheben Angehörige der Armee schwere Vorwürfe gegen einen früheren verantwortlichen Militär. Sie gaben in Washington an, Generalleutnant William Caldwell, damals Chef der Nato-Ausbildungsmission in Afghanistan, habe im Wahljahr 2010 Berichte an das Pentagon über Missstände in der Kabuler Klinik Dawud unterdrückt. Demnach ging es um eine mögliche Veruntreuung von Geldern und angebliche Misshandlungen afghanischer Patienten.

Verletzte afghanische Soldaten seien in dem Krankenhaus „Auschwitzmäßig“ behandelt worden und zum Teil schlicht verhungert, teilte der sich im Ruhestand befindende Armeejurist Gerald Carozza in einer schriftlichen Stellungnahme mit. Caldwell habe jedoch keine schlechten Nachrichten nach Washington melden wollen – „nicht vor der Wahl und nicht nach der Wahl“ zum US-Kongress im November 2010. Andere Soldaten, die sich zum Zeitpunkt der Ereignisse in Afghanistan befunden hatten, bestätigten die Angaben. Caldwell ist derzeit im US-Bundesstaat Texas stationiert. Das Pentagon hat mittlerweile Ermittlungen eingeleitet.

Truppenabzugs aus Afghanistan bis Ende 2014 ein Fehler gewesen sei. Im Falle seiner Wahl werde er die Afghanistan-Politik überprüfen, kündigte Romney an. Den Abzugstermin will er allerdings nicht infrage stellen.

Ähnlich vage bleibt die Kritik des Kandidaten bei anderen Themen. Russland etwa sei „unser geopolitischer Herausforderer Nummer eins“, sagte Romney im März. Und er will die von Obama ohnehin nur mittelmäßig erfolgreich gestartete Neuprogrammierung des bilateralen Verhältnisses, das „Reset“, nach seiner Wahl stoppen. Bei seinem Treffen in Danzig mit Lech Walesa, dem Helden der Solidarnosc-Revolution 1980 gegen die kommunistische Herrschaft in Polen, dürfte Romney auf das Thema Russland zurückkommen.

Doch nach massiver Belebungs des Kalten Krieges klingt, darf deutlich nüchternere als Buhlen um konservativer Wähler verstanden werden. Romney hat sich mit einer beeindruckenden Phalanx kluger Denker umgeben, die ihn außenpolitisch beraten. Dazu gehören auch von Obama geachtete Experten wie der Publizist Robert Kagan, der ehemalige CIA-Chef Michael Hayden und Michael Chertoff, 2005 bis 2009 Minister für Heimatschutz unter George W. Bush. Das gesamte Tableau deutet auf weitgehende außenpolitische Kontinuität hin, wie es bei Machtwechseln in den USA ohnehin die Regel ist.

Gleichwohl wird es Unterschiede im Detail geben. Während Obama, der Jahre seiner Kindheit in Indonesien verbrachte, sich als „erster pazifistischer Präsident“ der USA versteht und den seit gut 30 Jahren diskutierten Fokuswechsel Wa-

shingtons vom Atlantischen zum Pazifischen Ozean umsetzen will, dürfte sich der lautstarke China-Kritiker Romney wieder stärker den Europäern zuwenden. Zwar betrieb der Kandidat in den Vorwahlen kräftiges „Europe-bashing“. Doch auch das war offenkundig der Basis geschuldet. „Ich bin überzeugt, dass es unter Romney bessere transatlantische Beziehungen als gegenwärtig gäbe“, sagte Berater Robert Kagan der „Welt“.

Gute Chancen, gewisse eigene Akzente zu setzen, hat Romney in der Nahost-Politik. Er will am Sonntag in Jerusalem mit Israels Premierminister Benjamin Netanjahu frühstücken und danach unter anderem Salam Fajad treffen, den Ministerpräsidenten der palästinensischen Autonomiegebiete. Washingtons Verhältnis zu Jerusalem ist angekratzt, seit Präsident Obama beim Versuch, der islamischen Welt die offene Hand anzubieten, öffentlich und apodiktisch die Einstellung des israelischen Siedlungsbaus als Vorleistung für neue Verhandlungen einforderte.

Dennoch stehen die jüdischen Wähler in den USA mit 64 zu 39 Prozent mehrheitlich hinter Obama, ermittelte Gallup. Allerdings waren es bei der Wahl vor vier Jahren noch 74 Prozent. Romney dürfte in Jerusalem versuchen, diesen Vorsprung durch deutliche Warnungen vor dem iranischen Atomprogramm und eindeutige Solidaritätsbekundungen zu Israel vor dem Hintergrund der Umbrüche in Ägypten und Syrien weiter auszuhebeln. Aber selbst in der Iran-Politik sind die Unterschiede zwischen Romney und Obama rhetorischer Natur: Beide schließen Militärschläge nicht aus, aber beide ziehen eine diplomatische Lösung vor.

Mills’ unvollendete Mission

Der Präsident von Ghana stirbt, und etwas Bemerkenswertes gelingt in Afrika – die friedliche Machtübergabe

- Nachfolger Mahama steht vor der schweren Aufgabe, die Gewinne aus der Erdölförderung gerecht zu verteilen

CHRISTIAN PUTSCH
KAPSTADT

In Ghanas Hauptstadt hängen noch Dutzende Wahlplakate, die Präsident John Atta Mills zusammen mit dem Staatsoberhaupt der USA, Barack Obama, zeigen. „Partnership for Change“ steht auf den riesigen Schildern geschrieben. Atta Mills hatte sie im Jahr 2008 vor seiner Wahl zum Präsidenten aufhängen und danach nie mehr abnehmen lassen. Er wolle sich daran messen lassen, dass Ghana ein enormes Wirtschaftswachstum von bis zu 13,4 Prozent (2011) bei den Menschen ankomme. Das war ihm bislang nach Ansicht vieler Ghanaer nicht gelungen. Wohl auch deshalb war der Jurist fest entschlossen, sich im Dezember zur Wiederwahl zu stellen. Doch am Dienstag verstarb der 68-Jährige in einem Militärkrankenhaus, nur Stunden nachdem er eingeleitet worden war. Eine offizielle Todesursache wurde bislang nicht veröffentlicht. Seine Stimme war zuletzt schwächer geworden,

woraufhin Zeitungen das Gerücht verbreiteten, Mills leide an Kehlkopfkrebs. Schon im Juni hatte sich die Kunde von Mills’ vermeintlichem Tod im Land verbreitet, während dieser acht Tage lang in den USA weilte. Er sei für medizinische Routinechecks dort gewesen, hieß es damals offiziell. Mills versicherte bei seiner Rückkehr, er befinde sich „bei bester Gesundheit“.

Gerüchte über den Tod von Präsidenten verbreiten sich in Afrika rasant. In Simbabwe etwa vergeht kaum ein Auslandsaufenthalt von Robert Mugabe (88), ohne dass örtliche Medien verbreiten, er befinde sich auf dem Sterbepfad. Elizabeth Ohene, eine ehemalige ghanaische Ministerin, sagte, sie habe den Meldungen zu Mills’ Tod zunächst nicht geglaubt. Diesmal aber bestätigte das Präsidialamt die Nachricht. Mills ist der erste Präsident des Landes, der im Amt stirbt. Er werde als „Staatsmann, der seinem Land hingebungsvoll gedient hat, in Erinnerung bleiben“, sagte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon.

In den folgenden Stunden bewies Ghana, warum es nach Ansicht von Obama „ein Vorbild für Afrika in der demokratischen Praxis“ darstellt. Noch am Dienstag wurde der bisherige Vizepräsident John Dramani Mahama als Nachfolger Mills’ vereidigt. Er werde „Frieden,

Einigkeit und Stabilität“ fortführen, sagte er. „Alles ist in Ordnung.“ Zwei Mal führte das Wahlvotum in Ghana zuletzt zu einem friedlichen Machtwechsel – in Afrika ist das leider noch immer eine erwähnenswerte Erfolgsbilanz. Ähnlich reibungslos scheint nun auch die Nachfolgeregelung zu gelingen. Die Wahlkommission teilte mit, die Wahlen



Am Dienstag verstarb Mills im Alter von 68 Jahren, vermutlich an Kehlkopfkrebs

würden wie geplant im Dezember stattfinden. Für Mahama wird es bis dahin darauf ankommen, der politischen Erfolgsgeschichte Ghanas eine wirtschaftliche folgen zu lassen. Das Land gehört zu den weltweit wichtigsten Produzenten von Kakao und Gold. Zudem fördert Ghana seit zwei Jahren Erdöl. Der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte für die Einführung von Gesetzen zum Rohstoffabbau eine Kooperation mit der norwegischen Regierung geschoben, deren Vorschriften in diesem Bereich als vorbildlich gelten. Doch wirklich zufriedenstellend sind die Regelungen bislang nicht.

„In Ghana gibt es auch nach 100 Jahren der Goldgewinnung noch keine effektive Gesetzgebung zur Teilhabe der lokalen Bevölkerung. Wir haben keine Anzeichen, dass es beim Erdöl anders sein wird“, sagt Kyei Kwadwo-Yamoah von der ghanaischen Bürgerrechtsorganisation Friends of the Nation. 90 Prozent der Zulieferaufträge sollen langfristig von heimischen Firmen übernommen werden. In Kraft getreten sind solche Vorschriften aber noch immer nicht, obwohl sie schon vor vier Jahren in der Gesetzgebungsverfahren eingebracht worden waren. Zudem sei es nicht akzeptabel, dass ausländische Erdölfirmen kaum besteuert würden und die Anlagen zur

Ölgewinnung weitgehend zollfrei einführen, sagt Kwadwo-Yamoah. Er berichtet von „teilweise gravierenden Umweltverschmutzungen“. So habe es mehrere Ölteppiche weit vor der Küste gegeben. Zudem seien bei Unfällen von Zulieferern von Kakao und Gold. Zudem fördert Ghana seit zwei Jahren Erdöl. Der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte für die Einführung von Gesetzen zum Rohstoffabbau eine Kooperation mit der norwegischen Regierung geschoben, deren Vorschriften in diesem Bereich als vorbildlich gelten. Doch wirklich zufriedenstellend sind die Regelungen bislang nicht.

Die Regierung müsse nach Ansicht des Bürgerrechtlers auf die Kritik eingehen, denn die Entdeckung des Erdöls vor fünf Jahren habe gewaltige Erwartungen geweckt. „Wenn diese auch nach Jahren enttäuscht werden und die Menschen realisieren, dass sie ihre Lebensgrundlage verlieren, gibt es das Potenzial, dass sich die Dinge ähnlich wie in Nigeria entwickeln“, sagt Kwadwo-Yamoah. Im Nigerdelta wird immer wieder die Infrastruktur der Ölkonzerne angegriffen. Oft handelt es sich schlicht um Diebstahl des Rohöls, doch viele begründen ihre Taten damit, dass sie nichts vom wachsenden Wohlstand der Industrie abbekommen. Der studierte Steuerexperte Mills plante zuletzt massive Steuererhöhungen für Rohstoff-Firmen. Ob der ehemalige Informationsminister Mahama diese Pläne umsetzt, bleibt abzuwarten. Am Dienstag verhängte er zunächst eine einwöchige Staatsharung.

POLITIK

AUSLAND

IRAK

Al-Qaida bekennt sich zu Bombenanschlägen

Die radikal-islamische al-Qaida hat sich zu den Bombenanschlägen im Irak bekannt, bei denen am Montag Hunderte getötet oder verletzt wurden. Einer Erklärung der mit al-Qaida verbündeten Gruppe Islamischer Staat Irak zufolge handelt es sich um eine größer angelegte Kampagne. Bei den vor allem gegen Schiiten gerichteten Anschlägen waren im ganzen Land mindestens 16 Menschen getötet und rund 300 verletzt worden. Die Regierung wirft der Gruppe vor, die Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen anheizen zu wollen.

GROSSBRITANNIEN

Spanischer „Tyrannenjäger“ wird Assanges Anwalt

Wikileaks-Gründer Julian Assange hat den als „Tyrannenjäger“ bekannt gewordenen spanischen Juristen Baltasar Garzón zum Anwalt genommen. Dieser hatte unter anderem 1998 den chilenischen Ex-Diktator Augusto Pinochet angeklagt. Garzón bekam im Februar ein elfjähriges Berufsverbot als Untersuchungsrichter, weil er in einem Korruptionsskandal in der konservativen Volkspartei Gespräche von Verdächtigten mit Rechtsanwälten hatte abhören lassen. Assange sitzt seit Wochen in der Botschaft Ecuadors in London fest. Er hat Asyl in dem südamerikanischen Land beantragt, um seine Auslieferung nach Schweden zu verhindern. Dort wird wegen sexueller Belästigung und Vergewaltigung gegen ihn ermittelt.

RUSSLAND

Diskussion über Lockerung des Waffengesetzes

Die russische Regierung denkt über eine Liberalisierung des Waffengesetzes nach. Demnach sollen Bürger künftig Pistolen für ihren persönlichen Schutz kaufen dürfen. Einen Vorstoß dazu kündigte der Vizechef des Föderationsrates, Alexander Torschin, an. Er beruft sich auf ein Gutachten, wonach eine Lockerung die Sicherheit in Russland erhöhe. Der Staat verspricht sich zudem Milliardenereinnahmen.

DAS PORTRÄT



Unabhängiger Barträger

Fronn, kompetent und parteilos – diese Eigenschaften sollte der neue ägyptische Ministerpräsident vorweisen können, so hatte es der Präsident versprochen. Und Mohammed Mursi ist fündig geworden: Hisham Kandil (48) ist das neue Gesicht der ägyptischen Regierung. Der gelernte Ingenieur bezeichnet sich selbst als religiös, er gehörte aber nie einer islamistischen Partei an. 1988 hatte Kandil Kairo verlassen, um in den USA zu forschen und zu promovieren. Fünf Jahre später kehrte er in die Heimat zurück, wo er seine zivile Laufbahn als Spezialist für Bewässerungsfragen begann. Mit Mohammed Mursi verbindet ihn, dass beide vor ihrer Amtsübernahme kaum bekannt waren. Kandil war Bürochef im Wasserministerium gewesen, bevor man ihn im Juli 2011 nach dem Sturz Mubaraks zum Wasserminister der Übergangsregierung berief. Die Überraschung über Kandils Ernennung ist einigermaßen groß in Ägypten: Hatte man doch statt dessen Wasserfachmann eher einen Wirtschaftsexperten erwartet. Der Börsenindex reagierte prompt auf die Berufung und rutschte 0,7 Prozent ins Minus. Ägypten stehen große Herausforderungen bevor, nachdem viele ausländische Anleger sich im Zuge der Revolution vom Nil zurückgezogen haben. Auch der Tourismus, Deviseneinnahmequelle Nummer eins, ist empfindlich eingebrochen. In den kommenden Tagen wird Kandil sein Kabinett berufen, er wolle dabei „nur nach Kompetenz entscheiden“, versprach er. Unklar ist, ob der Ministerpräsident auch einen neuen Verteidigungsminister berufen darf. Diese Personalie gilt als besonders heikel, fällt doch die Rolle aktuell noch der Vorsitzenden des Obersten Militärrats, Hussein Tantawi, aus. Nach dem Sturz Mubaraks hatte der Militärrat die Macht übernommen – und gibt sie nun nur widerwillig wieder ab. BS

POLITIK



Für die Geburt von Asdis (links auf dem Arm) unterbrach Thóra Arnórsdóttir ihren Wahlkampf kurz. Zur Stimmabgabe schritt die Familie gemeinsam (rechts): Arnórsdóttirs Partner Svavar Halldórsson, Sohn Halldór und Tochter Nina Solveig

Die Fast-alles-Könnerin

Thóra Arnórsdóttir ist die bekannteste Moderatorin Islands, Mutter von drei Kindern – und beinahe wäre sie Präsidentin geworden

HENDRYK M. BRODER
REYKJAVÍK

Mit zehn wollte Thóra Arnórsdóttir Fußballspielerin werden, mit 14 Landärztin und mit 17 als Fotomodell die Welt bereisen. Das jüngste von fünf Kindern eines Philosophie-Professors wuchs in behüteten Verhältnissen auf, ein wenig im Schatten ihrer vier Brüder, aber auch mit der Gewissheit, dass immer jemand da ist, auf den sie sich verlassen kann.

Inzwischen 37 und Mutter dreier Kinder, weiß sie, dass man „nicht alles, das man sich vorgenommen hat, auch schaffen kann, aber man muss es versuchen“. Denn bis jetzt ist alles gut gegangen, fast alles jedenfalls. Vor vier Wochen wäre Thóra beinahe zur Präsidentin von Island gewählt worden.

Aber zurück zu den Anfängen. Nach dem Abitur studierte Thóra Philosophie in Reykjavík und Genua, machte ihren Bachelor mit einer Arbeit über die „Ethik der Entwicklungshilfe“. Nach zwei weiteren Studienjahren in Bologna und Washington kam sie mit einem Master-Titel im Gepäck wieder nach Island zurück. Thóra bekam einen Job als Reporterin beim isländischen Fernsehen, wechselte zur privaten Konkurrenz, bis ihr der Staatssender anbot, das tägliche Magazin „Kastljós“ (Im Rampenlicht) zu moderieren – zur Primetime, gleich nach der isländischen „Tagesschau“. Später kam noch eine populäre Quizsendung dazu. So dauerte es nicht lange, bis jeder Isländer Thóra kannte, eine gut aussehende junge Frau, die souverän vor der Kamera agierte. Nun herrscht in Island kein Mangel an gut aussehenden jungen Frauen, die selbstbewusst auftreten. Aber bei Thóra kam noch etwas dazu. Man traute ihr mehr zu, als beliebte TV-Formate zu moderieren.

Wieder jedes Jahr hielt der isländische Präsident Ólafur Ragnar Grímsson auch am 1. Januar die traditionelle Ansprache an das Volk. Er rekapitulierte das abgelaufene Jahr und rief die Isländer auf, mit Zuversicht in das neue Jahr zu gehen. Die Vorzeichen stünden gut, die isländische Wirtschaft erhole sich schneller als erwartet vom Bankencrash im Jahre 2008, die Arbeitslosigkeit gehe zurück, aber es müsse noch viel getan werden, um Island wieder dahin zu bringen, wo es hingehöre: an die Spitze des Fortschritts.

Um eine Aussage freilich, mit der alle gerechnet hatten, drückte sich der Präsident: ob er wieder zur Wahl antreten wollte. Grímsson, studierter Ökonom und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Reykjavík, wurde 1974 in das isländische Parlament gewählt, wechselte danach mehrmals die Partei und amtierte seit 1996 als Präsident der ältesten europäischen Demokratie. Seine vierte Amtszeit wäre im Sommer dieses Jahres abgelaufen. „Sechzehn Jahre sind eigentlich genug“, sagt Thóra. Grímsson habe das unpolitische Amt „nicht missbraucht, aber doch sehr zu seinen Gunsten interpretiert“, indem er sich immer wieder in aktuelle Politik eingemischt habe. „Das ist nicht seine Aufgabe, er sollte der Präsident aller Isländer sein.“

Umso größer war die Überraschung, als Grímsson Anfang März bekannt gab, er werde wieder für das Präsidentenamt kandidieren, zum fünften Mal und damit so oft wie keiner seiner Vorgänger. In Reykjavík machte das Gerücht die Runde, Grímsson habe sich Hoffnungen auf einen Posten bei den Vereinten Nationen gemacht und erst, als daraus nichts wurde, zum Plan B gegriffen. „Er kann ohne ein politisches Amt nicht leben“, sagt Thóra, „er braucht es, wie die Luft zum Atmen.“

Dass allein freilich würden die Isländer ihrem Präsidenten nicht übel nehmen, denn so ticken alle Politiker. Was gegen ihn sprach, war seine witterwende Art. Vor der Krise zeigte er sich gerne in Gesellschaft der „Bankstür“, lobte deren Einfallreichtum und Unternehmertum.



Nach dem Zusammenbruch tat er so, als hätte er schon immer vor den Machenschaften der Finanzhölle gewarnt.

Kurz nachdem Grímsson seinen Hut in den Ring geworfen hatte, bekam Thóra eine Mail von einer Zuschauerin. „Mach du das, meine Stimme hast du.“ Dann wurden es immer mehr Mails. Die Parole „Thóra for President“ machte die Runde. „Ich habe das nicht ernst genommen“, sagt Thóra. Irgendjemand schrieb in einem Kommentar: „Wenn Jon Gnarr Bürgermeister von Reykjavík werden konnte, dann kann Thóra Arnórsdóttir Präsidentin von Island werden.“

Ende 2009 gründete der Komiker und Anarchist Jon Gnarr die Spaßpartei Besti flokkurinn (Die beste Partei); statt ein Programm im herkömmlichen Sinne zu verkünden, versprach Gnarr seinen Wählern dreierlei: offene statt heimlicher Korruption, kostenlose Handtücher für alle Schwimmbäder, einen Eisbären für den Reykjaviker Zoo. Die beste Partei gewann die Kommunalwahlen im Mai 2010. Seither „regiert“ Gnarr die Hauptstadt, und er macht es nicht schlechter als seine Vorgänger, eher besser.

„Seit der Finanzkrise haben die Isländer das Vertrauen in die etablierten Parteien und Politiker verloren“, sagt Thóra. Ólafur Ragnar Grímsson sei Teilhaber und Nutznießer des „alten Regimes“ gewesen, ein Mann ohne Grundsätze – bis auf einen: „Was gut ist für mich, ist auch gut für Island!“

Anfang April, drei Monate vor der Wahl, gab Thóra ihren Entschluss bekannt, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Ihr Lebensgefährte Svavar Halldórsson wurde ihr „Campaign Manager“. Innerhalb weniger Tage stellte der studierte Politologe eine Organisation aus Freiwilligen auf die Beine, von denen einige auch schon mit Jon Gnarr gearbeitet hatten. Da in Island der Präsident direkt vom Volk gewählt wird, musste sich Thóra erst einmal ihren Wählern vorstellen. Zuerst rund um Reykjavík, wo zwei Drittel aller Isländer

leben, dann auch in weiter entfernten Regionen im Südosten, Nordosten und Nordwesten der Insel. Die ersten Umfrageergebnisse zeigten, dass sie mehr als eine Chance hatte. Zeitweise lag sie in den Umfragen sogar klar vor dem amtierenden Präsidenten.

Anfang Mai musste Thóra ihren Wahlkampf unterbrechen. Zugunsten von Asdis Hulda, die am 8. Mai zur Welt kommen sollte. Aber die Kleine hatte es nicht eilig, sie nahm sich bis zum 18. Mai Zeit. Zwei Wochen später, Anfang Juni, war Thóra wieder unterwegs, mit Asdis Hulda als Handgepäck.

Derweil hatte Ólafur Ragnar Grímsson seine Taktik geändert. Thóra war nicht mehr die ahnungslose Anfängerin, sie war eine Marionette der Ministerpräsidentin Jóhanna Sigurðardóttir, die Island in die EU führen möchte, was er, Grímsson, als Präsident verhindern würde. „Das hat offenbar den Ausschlag gegeben“, sagt Thóra. Bei der Wahl am 30. Juni stimmten 52,8 Prozent der Wahlberechtigten für Grímsson und nur 33,2 Prozent für Thóra. Weitere vier Kandidaten teilten sich die verbleibenden Stimmen.

Einen Monat später sitzen Thóra und Svavar in ihrem Reihenhaushaus in Hafnarfjörður bei Reykjavík und kommen langsam wieder zu sich, wie Taucher, die zu schnell aus großer Tiefe an die Wasseroberfläche gekommen sind.

„Wir müssen uns wieder an das normale Leben gewöhnen.“ Erst einmal haben beide Elternurlaub genommen. Svavar schaukelt die kleine Asdis und läßt dabei alle „Star Trek“-Folgen auf seine Festplatte. Und Thóra versucht, das Haus wieder in Ordnung zu bringen. Es sieht aus, als sei es lange nicht mehr aufgeräumt worden. „Wir haben uns zuerst um den Garten gekümmert, wegen der Nachbarn.“ Nun muss alles, was vom Wahlkampf übrig geblieben ist, irgendwo verstaut werden. Wird sie die Poster in vier Jahren wieder auspacken? „Auf keinen Fall“, sagt Thóra, „ich wollte es jetzt wissen, in vier Jahren bin ich ganz woanders.“

Chinas Armee versucht es mit Charme

Zu Besuch bei Elite-Hubschraubertruppe

■ Gleichzeitig droht Eskalation des Konflikts mit Anrainern im Südkinesischen Meer

JOHNNY ERLING
PEKING

Militärpilot Zhao Derong fliegt mit seinem schweren Kampfhubschrauber vom Typ Z-9 nur 15 Meter über dem Boden. Dann schwingt er mit der Maschine vor und zurück, es sieht aus, als tanze er mit ihr. Der Helikopter schraubt sich in Pirouetten in die Höhe, kreist 360 Grad um sich selbst und bleibt schließlich regungslos in der Luft stehen. Der 38-jährige Oberst, der 3000 Flugstunden hinter sich hat, erntet Applaus für seine Vorführung. Die Szene spielt in Tongzhou, 30 Kilometer östlich von Peking, und ist eine kleine Revolution. Durften bislang nicht einmal die Militärrätschläger ausländischer Botschaften das legendäre Vierte Hubschrauberregiment besuchen, hat das Informationsamt beim Staatsrat nun erstmals chinesische und ausländische Journalisten zu einem Tag der offenen Tür bei der Eliteeinheit eingeladen. Offizieller Anlass ist der 85. Jahrestag der Gründung der Volksbefreiungsarmee am 1. August. Aber die ungewöhnliche Charmeoﬀensive ist auch eine Reaktion auf das Unbehagen und die Angst, die die drastische Aufrüstung und die Intransparenz vielerorts ausgelöst haben.

Der Kommandant, Oberst Zhang Zhilin, hat sich vorbereitet und für den erstmaligen Kontakt mit Journalisten Werbefilme über seine Truppe auf CD pressen lassen. Er nennt seine Piloten Chinas „Adler“. Er stellt sie als „loyal, tapfer, gewissenhaft und pragmatisch“ vor, dem Frieden verpflichtet. Ihr einziges Anliegen sei, „höher, weiter und besser“ zu fliegen. Das Hubschrauberregiment untersteht direkt dem Generalstab der Luftwaffe. Seine Piloten überwachten 2008 den Luftraum von Peking während der Olympischen Spiele, flogen Rettungseinsätze in den Trümmerfeldern des verheerenden Sichuaner Erdbebens und bargen alle Astronauten, die in ihren Raumkapseln in der Inneren Mongolei an Fallschirmen niedergingen.

Das Verteidigungsministerium hielt ausländische Journalisten bisher auf Abstand, verwehrte ihnen sogar die Teilnahme an seinen Pressekonferenzen. Nun bastelt sich Peking mit Tongzhou ein neues Image. Doch bei manchen Themen schrecken die Militärs zurück. Auf die Frage der „Welt“, ob die Hubschrauber-einheit künftig auch im territorial umstrittenen Südkinesischen Meer an Manövern teilnehmen werde und ob sie, falls es zum Konflikt mit den Nachbarstaaten komme, als Kampfgruppe eingesetzt werden könnte, sagte Kommandant Zhang kurz angebunden: „Über unsere Stationierung entscheiden die höheren Stellen. Zur zweiten Frage: Darauf antworte ich nicht.“ Im Südkinesischen Meer drohen die Spannungen zwischen China und seinen Nachbarn zu eskalieren. Vor allem Vietnam und die Philippinen wollen die Ansprüche Pekings auf Inseln, Öl- und Gasvorkommen nicht hinnehmen, die philippinische Regierung plant den Kauf neuer Flugzeuge und Kampfhubschrauber.

Die Helikopter auf dem Fliegerhorst von Tongzhou hat Peking in den 80er Jahren in Lizenz als Nachbau des französischen Mehrzweckhubschraubers Aérospatiale Dauphine (heute Eurocopter) fertigen lassen. Mit dem westlichen Waf-

fenembargo nach dem Tiananmen-Massaker 1989 endete die Kooperation. Die Harbiner Flugzeugwerke bauten daraufhin den Haitun (Delfin) in eigener Regie zum chinesischen Kampfhubschrauber Z-9 um und aus. Ein Dutzend der 30 Hubschrauber, mit denen das Vierte Peking Regiment heute fliegt, sind solche modifizierten Z-9. Auf Fragen nach dem modernen Kampfhubschrauber Z-10, den die Luftwaffe längst besitzen soll, antworten weder der Peking Kommandant noch seine Piloten.

1000 Mann, die Hälfte als fliegendes Personal, gehören dem Hubschrauber-Eliteregiment an, das im Juni 1988 gegründet wurde. Wie viele Hubschrauber-einheiten es insgesamt in China gibt, sagt Kommandant Zhang nicht. So weit reicht die Transparenz dann doch nicht. Die US-Web-Seite Globalsecurity.org nennt fünf Hubschrauberregimenter, die zusammen aber nur über ein paar Hundert Hubschrauber verfügen. Pekings Politiker fordern die EU immer wieder auf, das aus dem Kalten Krieg stammende Waf-fenembargo aufzuheben. Dabei gehe es gar nicht um neue Waffenkäufe, sondern darum, nicht weiter politisch diskriminiert zu werden. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Liebend gern würde Pe-



Soldat des Vierten Regiments vor einem Hubschrauber vom Typ Z-9

„Die Piloten sind loyal, tapfer, gewissenhaft und pragmatisch“

Zhang Zhilin, Kommandant

king moderne Kampfhubschrauber in den USA und der EU kaufen.

Die Missklänge aus dem Südkinesischen Meer kann der Tag der offenen Tür jedenfalls nicht überhören. Peking hat, um Fakten zu schaffen, die Yongxing-Insel zum Sitz seiner neu erschaffenen Zentrumsstadt Sansha gemacht. Zwar wohnt da kaum jemand, aber die Stadt hat schon ihren eigenen Volkskongress und einen Bürgermeister. Sie beansprucht die Verwaltungshoheit über 2,6 Millionen Quadratkilometer Meer und alle Inseln in dem Gebiet, ungeachtet aller Proteste der Anrainer. Jüngster Schachzug: In Sansha sollen so schnell wie möglich Truppen stationiert werden. Auch mit Kampfhubschraubern? Auf dem Fliegerhorst von Tongzhou weichen alle dieser Frage aus. Der Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums verspricht, Ende Juli auf einer Pressekonferenz auch für ausländische Korrespondenten auf alle Fragen zu antworten. Die Peking Piloten sagen, sie hätten keine Meinung dazu. Sie gehorchten als Soldaten den Befehlen.

ANZEIGE

Zum dritten Mal in Folge Deutschlands beste Fondsgesellschaft.¹

DWS Investments.

ZERTIFIZIERT

DSW

DEUTSCHLANDS BESTE FONDSGESELLSCHAFT

TEST 2012

Ein gutes Gefühl zu wissen, dass mein Geld langfristig in den besten Händen ist. Auch 2012 ist die DWS von DSW/Die Anlegerschutz und Focus-Money wieder als „Deutschlands beste Fondsgesellschaft“ ausgezeichnet worden. Wenn Sie also bei Ihrer Geldanlage langfristig auf einen vertrauensvollen Partner setzen wollen, entscheiden Sie sich am besten für die Nr. 1: DWS Investments.

www.DWS.de

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1

DWS INVESTMENTS

Deutsche Bank Gruppe

*Die DWS/DG Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen die größte deutsche Anbieter von Publikumsfonds. Quelle: BVL Stand: Ende Mai 2012. Den Verkaufsprospekt mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen erhalten Sie in elektronischer oder gedruckter Form kostenlos bei der DWS Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main. ¹Quelle: Focus-Money, 17/12.

1

WIRTSCHAFT

MENSCHEN & MÄRKTE

PETER RAMSAUER
Verkehrsministerium bei BER-Tests nicht erwünscht
Bundesverkehrsminister **Peter Ramsauer** (CSU) hat kritisiert, Vertretern seines Hauses sei eine Beobachtung des jüngsten Brand-schutz-Tests am neuen Hauptstadt-flughafen verweigert worden. „Wir wollten als Anteilseigner teilneh-men“, sagte ein Ministeriumsspre-cher und bestätigte einen Bericht der „Bild“-Zeitung. Ministeriums-vertreter seien zu dem Test am Dienstag nicht zugelassen gewesen, weil nur „Prozessbeteiligte“ hätten teilnehmen sollen. Der Bund ist mit 26 Prozent an der Flughafengesell-schaft beteiligt, zu jeweils 37 Pro-zent gehört sie ferner den Ländern Berlin und Brandenburg. Die Flugha-fengesellschaft teilte mit: „Das scheint ein Missverständnis zu sein. Wir haben die drei Gesellschafter gestern sehr detailliert, umfänglich und vollkommen gleichberechtigt über die Tests auf dem Laufenden gehalten.“

MICHAEL FREGE
Neckermann bleibt auf Paketen sitzen
Der Geschäftsbetrieb beim insolventen Versandhändler Neckermann ist ins Stocken geraten. Auf dem Fir-mengelände in Frankfurt am Main stapelten sich die versandfertigen Pakete, da DHL seine Arbeit für das Unternehmen einem Bericht des Wirtschaftsmagazins „Der Handel“ zufolge eingestellt hat. Insolvenz-verwalter **Michael Frege** bestätigte den Sachverhalt und bat die Neck-ermann-Kunden um Geduld: „Das Unternehmen wird seine Leistungen in den nächsten Tagen fortsetzen.“ Der Versand der Pakete sei organi-siert und beginne spätestens am heutigen Donnerstag. Angaben zu möglichen Kaufinteressenten oder dem Stand der Sanierung wollte der Insolvenzverwalter nicht machen.

SANDY WEILL
Ex-Citigroup-Chef will Großbanken zerschlagen
Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der US-Bank Citigroup hat über-raschend eine Zerschlagung großer Kreditinstitute gefordert. Das Privat-kundengeschäft und der risikoreiche Investmentbereich sollten getrennt werden, sagte **Sandy Weill** im US-Fernseher CNN. In seiner Zeit an der Spitze der Citigroup hatte Weill das Unternehmen zu einem der größten Finanzdienstleister der Welt aufgebaut.

THEMEN



Hilfestellung
Frankreich greift Autobauern unter die Arme

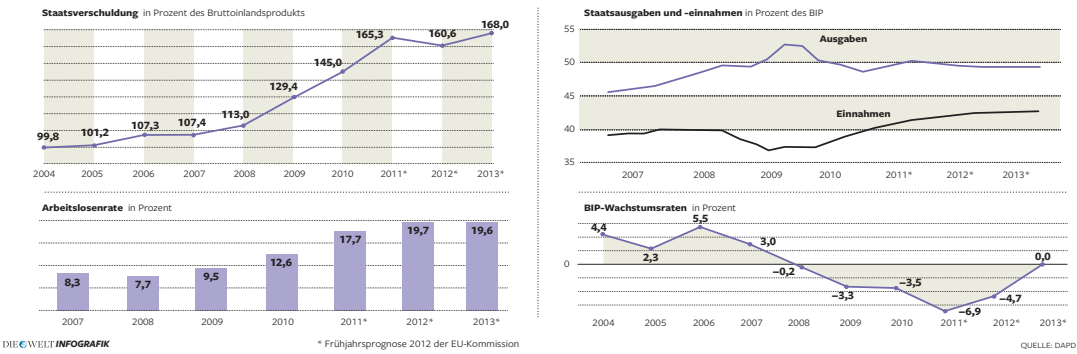
Seite 10



Hühnervergallung
Vorwürfe über unhygienische Zustände bei Wiesenhof

Seite 12

HOHE SCHULDEN UND KEIN WACHSTUM: GRIECHENLANDS WIRTSCHAFTSLAGE



Plan D für Griechenland

Euro-Retter suchen neue Geldquellen – bei der EZB und einer Gruppe privater Gläubiger

■ Ökonomen warnen vor Euro-Kollaps: „Europa steuert schlafwandelnd auf Katastrophe von unabsehbarem Ausmaß zu“

ANJA ETTTEL, JAN HILDEBRAND UND SEBASTIAN JOST

Die Euro-Staaten suchen fieberhaft nach Möglichkeiten, eine Pleite Griechenlands zu verhindern. Nach Informationen der „Welt“ werden momentan verschiedene Optionen diskutiert, wie sich die bestehenden Verbindlichkeiten reduzieren lassen. Dazu soll nach Vorstellungen in der Politik auch die Europäische Zentralbank (EZB) auf Teile ihrer Forderungen verzichten. Zudem wird überlegt, eine Gruppe von privaten Gläubigern, die sich am Schuldenschnitt im März nicht beteiligt hatte, nun doch noch zur Kasse zu bitten. Beide Maßnahmen zusammen wären quasi ein Plan D zur Rettung der Griechen. Derzeit prüft die Troika aus EU, EZB und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Athen die Lage. Schon jetzt ist klar: Trotz des laufenden zweiten Rettungspakets, bei dem bis Ende 2014 insgesamt 164,4 Mrd. Euro fließen sollen, braucht das Land zusätzliche Hilfe. Im Finanzplan der griechischen Regierung soll ein Loch von bis zu 50 Mrd. Euro klaffen. Gleichzeitig nimmt auch die Sorge um Spanien weiter zu. Wie heikel die Situation ist, verdeutlicht ein dramatischer Appell von 17 renommierten Ökonomen. „Europa steuert schlafwandelnd auf eine Katastrophe von unabsehbaren Ausmaßen zu“, heißt es in ihrem Gutachten. Die Wissenschaftler, darunter der Wirtschaftswissenschaftler Peter Bofinger, verlangen von den Regierungen dringend mehr Anstrengungen, um den drohenden Kollaps noch zu vermeiden. Kommt es nicht dazu, droht im Falle Griechenlands die Radikallösung, Option A: Wird die Finanzlücke nicht ge-

schlossen, wäre das Land im Herbst pleite. Doch auch wenn zuletzt immer schärfere Drohungen Richtung Athen ausgesandt wurden, unter anderem von Wirtschaftsminister Philipp Rösler – viele Regierungen der Euro-Zone wollen einen Bankrott nicht riskieren. Auch in Berlin gibt es Bedenken. Schließlich ist die Lage an den Finanzmärkten derzeit extrem angespannt. Eine Pleite Griechenlands könnte die Situation dramatisch verschlimmern, daher hat auch die US-Ratingagentur Moody's gerade gewarnt. Nachdem die Agentur den Ausblick für die Bonitätsnoten Deutschlands, Luxemburgs und der Niederlande auf „negativ“ gesenkt hatte, folgte derselbe Schritt für den provisorischen Euro-Rettungsschirm EFSF. Ohnehin werden im EFSF die Mittel für weitere Stützungsfälle knapp – und der Nachfolger ESM ist noch nicht einsatzbereit.

Um die Pleite zu verhindern, favorisieren in Brüssel viele Plan B: Die Euro-Staaten sollen ein drittes Rettungspaket schnüren und den Griechen so mehr Geld geben. Davon halten allerdings viele Regierungen nichts, allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Der Bundestag müsste einem dritten Rettungspaket zustimmen, doch Merkel bekäme in der schwarz-gelben Koalition wohl keine Mehrheit dafür. Sie müsste den Fortbestand ihrer Koalition aufs Spiel setzen, um Athen zu stützen. Das hält man in Berlin für ausgeschlossen.

Eine dritte Variante, Plan C, wäre ein neuer Schuldenschnitt. Schon im Rahmen des zweiten Hilfsprogramms hatten Banken und Versicherungen auf 100 Mrd. Euro ihrer Forderungen verzichtet. Nun ist bei den privaten Gläubigern allerdings kaum mehr etwas zu holen. Dieses Mal müssten die öffentlichen Gläubiger verzichten. Das wären in erster Linie die Euro-Staaten, die bisher insgesamt Hilfskredite über 126 Mrd. Euro überwiesen haben. Das Problem: Die Darlehen haben eine lange Laufzeit, ein Teilerlass dieser Schulden würde Griechenland deshalb

ATHEN SCHLIESST ABSURDE BEHÖRDEN

Sie haben seit Jahrzehnten den griechischen Staatshaushalt belastet und waren Inbegriff für Vetternwirtschaft. Parteigenossen und Parteifreunde fanden einen Arbeitsplatz, ihren Nutzen kannte eigentlich niemand. Es geht um 213 Behörden, Institutionen und staatlich subventionierte Organisationen, die nun abgeschafft werden. Auf der Schließungsliste stehen unter anderem das „Institut für die Ökonomie der Konstruktionen“, die „Behörde für Technologieforschung der mittelgriechischen Region Thessalien“, die „Organisation der Zentralmärkte und Fischerei“ sowie 65 verschiedene Jugendschutzbehörden, die nun fusionieren sollen. Selbst in Griechenland völlig unbekannt war eine Einrichtung, die sich nebulös „Kapital für die Entscheidung von Lastenträgern“ nennt. Der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras hat damit den ersten Schritt in Richtung Verschlingung des Staates gemacht. Sparen wird Griechenland dabei zunächst nicht viel. Von rund 40 Mio. Euro pro Jahr ist die Rede. Insgesamt sind 5256 Stellen betroffen. Die Staatsbediensteten sollen aber nicht entlassen werden. Sie sollen entweder in Rente gehen oder in andere staatliche Behörden versetzt werden.

kurzfristig nicht entlasten. Lediglich bei den Zinsen könnten die Staaten Athen noch einmal entgegen kommen, der Aufschlag ist mit 150 Basispunkten über Euro-Ribor allerdings schon sehr niedrig.

An einem neuen Schuldenschnitt könnte sich zudem die EZB beteiligen, die im März noch verschont blieb. Sie hält griechische Anleihen in einem Volumen von etwa 40 Mrd. Euro. In Brüssel

findet die Idee, dass die EZB auf einen Teil ihrer Forderungen verzichtet, Anhänger. In der Zentralbank selbst hält man davon allerdings wenig.

In der EU wird deshalb über eine abgeschwächte Variante nachgedacht, als Plan D. Nach Informationen der „Welt“ wird überlegt, dass die EZB nur auf ihre Buchgewinne verzichtet. Sie hat die griechischen Anleihen zu relativ niedrigen Kursen gekauft, zum Beispiel zu 70 Prozent des Nominalwertes. Sie bekommt von Athen allerdings am Ende der Laufzeit die vollen 100 Prozent zurückgezahlt. Die Idee: Die Differenz erhält die griechische Regierung. Wahrscheinlich müsste das Geld über den Umweg der nationalen Notenbanken und Regierungen fließen. Ein ähnliches Modell wurde bereits beim zweiten Rettungspaket gewählt: Einige nationale Notenbanken hatten ebenfalls griechische Anleihen. Ihre Buchgewinne gaben sie an ihre jeweiligen Regierungen, diese reichten sie nach Athen weiter. So sollen am Ende immerhin 1,8 Mrd. Euro zusammenkommen. Bei der EZB wäre nun deutlich mehr zu holen, Schätzungen belaufen sich auf zehn bis 15 Mrd. Euro. Allerdings fallen diese Buchgewinne erst im Laufe der kommenden Jahre an, wenn die Anleihen fällig werden. Gegen eine Vorab-Auszahlung gibt es in Notenbankkreisen erbitterten Widerstand, zumal unsicher denn je sei, dass Griechenland diese Schulden komplett zurückzahlen. Für eine kurzfristige Entlastung des Landes stünde daher nur ein Teil der rechnerischen Buchgewinne zur Verfügung.

Und noch eine weitere Geldquelle haben die Euro-Retter aufgetan. Beim ersten Schuldenschnitt hatten sich einige Investoren nicht beteiligt, die besondere Anleihen nach internationalem Recht halten. Diese Papiere sollen sich noch auf ein Volumen von rund fünf Mrd. Euro belaufen. Hier könnte sich Griechenland nun querstellen. Die Investoren bekämen dann nur einen kleinen Teil ihres Geld zurück – oder sogar gar nichts.

KOMMENTAR

JAN HILDEBRAND

Kleiner Zeitgewinn

Bei einigen deutschen Politikern und Ökonomen gehören Forderungen, Griechenland solle die Euro-Zone verlassen, mittlerweile zum guten Ton. In der Öffentlichkeit treffen die Verfechter des harten Kurses auf Zustimmung. Sind wir nicht alle genervt vom Dauerkrisenherd in Athen, von den ständigen Eingeständnissen, mal wieder sämtliche Auflagen und Ziele nicht erfüllt zu haben, und das dann oft noch verbunden mit dreisten Forderungen nach neuen Hilfen? Ja, die Krise strapaziert nicht nur die Geduld der griechischen Bürger, von denen viele die Sparmaßnahmen und Reformen zu spüren bekommen, sondern auch die der Retter, die das Gefühl haben, Solidarität zu leisten, ohne Erfolge zu sehen.

Aber trotz all der verständlichen Emotionen müssen die Regierungen einen rationalen Blick behalten. Weil es die einfache Lösung, die manche vorgaukeln, nicht gibt. Auch nach einem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion müssten die EU-Staaten weiter Hilfe leisten, wenn sie nicht das Land ins Chaos stürzen lassen wollen. Entscheidend aber ist ein anderer Punkt: Derzeit ist ein denkbar schlechter Zeitpunkt, die Geduld mit den Griechen zu verlieren. Spanien und Italien stehen an den Finanzmärkten enorm unter Druck, die Nervosität ist hoch wie lange nicht mehr. Und da der dauerhafte Rettungsschirm ESM noch nicht steht, ist Europa auch noch denkbar schlecht für eine mögliche Eskalation der Krise gerüstet.

Deshalb versuchen die Euro-Retter nun verzweifelt, die Milliarden zusammenzukratzen, mit denen sich die Finanzlöcher in Athen vorübergehend stopfen lassen. Der Idee, die privaten Gläubiger heranzuziehen, die sich am Schuldenschnitt nicht beteiligt haben, kann man durchaus etwas abgewinnen. Dass man sie im März geschont hat, war ohnehin fragwürdig. So sollte nur die Illusion von einem freiwilligen Gläubiger-verzicht aufrecht erhalten werden. Die Buchgewinne der EZB abzuschöpfen ist schon heikler. Schließlich handelt es sich um Geld, das den nationalen Notenbanken und damit letztlich den Steuerzahlern zusteht. Es wäre also ein gut getarntes, neues Mini-Fiskalpaket.

Klar ist: All diese Maßnahmen werden den Finanzbedarf nicht lange decken. Sie können nur ein wenig Zeit verschaffen über die derzeit kritische Lage hinweg. Langfristig wird man die Frage beantworten müssen, ob Griechenland eine Chance in der Währungsunion hat. Viel wird von der Performance der neuen griechischen Regierung abhängen, über deren Wahl sich ganz Europa vor wenigen Wochen so gefreut hat. Man sollte ihr eine Chance geben. Natürlich muss eine Einstellung des Hilfsprogramms eine Option bleiben – schon um nicht erpressbar zu sein. Das bedeutet aber nicht, dass man den Euro-Austritt Athens in der jetzigen angespannten Situation leichtfertig herbeireden sollte.

jan.hildebrand@welt.de

Die Furcht vor dem Abschwung wächst

Euro-Krise belastet Stimmung deutscher Unternehmen. Ifo-Index fällt zum dritten Mal in Folge

■ Die Vergangenheit lehrt: Nach einem dreifachen Rückgang des Ifo-Index in Folge kippt die deutsche Konjunktur

ANJA ETTTEL
FRANKFURT/MAIN

Die Euro-Krise lehrt die deutschen Unternehmen immer stärker das Fürchten. Der Ifo-Index, der die Stimmung von gut 7000 Managern erfasst, fiel im Juli zum dritten Mal in Folge – in der Welt der Wirtschaft gilt das als schlechtes Omen. In der Vergangenheit war es häufig so, dass nach einem dreifachen Rückgang des Ifo-Index in Folge die deutsche Konjunktur kippte. Mit einem Rückgang von 1,9 Punkten auf 103,3 Zähler notiert das Stimmungsbarmeter nun so schlecht wie seit März 2010 nicht mehr. Besonders auffällig ist zudem, dass die Unternehmenslenker

nicht nur die aktuelle Geschäftslage, sondern auch die Aussichten für die kommenden drei Monate erneut pessimistischer einschätzen. „Die Euro-Krise belastet zunehmend die Konjunktur in Deutschland“, sagte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn. Sein Institut rechnet daher damit, dass sich Deutschland bereits am Rande der Stagnation bewegt.

Als Warnzeichen gilt zudem, dass die pessimistischeren Einschätzungen über fast alle Branchen hinweg zunehmen: Dienstleister, Baufirmen, Großhändler und vor allem Industrie-Unternehmen schätzen ihre Aussichten deutlich skeptischer ein als noch vor ein paar Wochen. Lediglich der Einzelhandel konnte sich dem Abwärtstrend bisher entziehen. Dank Lohnzuwächsen und sinkender Arbeitslosigkeit brummt der Binnenkonsum. Hingegen bekommt gerade die wichtige deutsche Exportwirtschaft die Rezession in vielen Euro-Ländern immer stärker zu spüren. Und auch die Weltkonjunktur schwächelt mehr als ange-

nommen. „Es sieht so aus, als ob die deutschen Unternehmen endlich in der Krisen-Wirklichkeit angekommen sind“, sagt ING-Ökonom Carsten Brzeski. „Die Immunität gegenüber der Euro-Krise schwindet definitiv – der Ifo-Index ist da nur ein Vorbote.“

Allerdings sind es bisher nur die sogenannten weichen Konjunkturindikatoren, die sich rückläufig entwickeln: Dazu zählen Umfragewerte wie das Ifo-Barometer oder der Einkaufsmanager-Index, der in dieser Woche auf den tiefsten Stand seit drei Jahren fiel. Harte Konjunkturdaten wie Industrieproduktion, Nettoexporte oder das Neugeschäft in der Industrie entwickelten sich zuletzt hingegen stabil. Doch eine wachsende Zahl von Ökonomen ist skeptisch, ob dieser Trend angesichts der sich verschärfenden Euro-Krise noch lange anhalten kann. „Das Risiko ist deutlich gestiegen, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal fallen wird“, warnt etwa Jörg Krämer, Cheföko-

nom der Commerzbank. Ähnlich äußert sich Konjunkturexperte Andreas Scheuerle von der Deka Bank: „Bis vor kurzem konnten die deutschen Unternehmen darauf vertrauen, Absatzprobleme auf dem Heimatmarkt Europa durch Exporte in den Rest der Welt aufzufangen. Mit den rückläufigen globalen Frühindikatoren müssen sie dies nun zumindest mit einem Fragezeichen versehen.“

Angesichts der schwierigen Lage traut das Ifo-Institut der deutschen Wirtschaft nur noch ein Mini-Wachstum zu. Sowohl im zweiten als auch im dritten

„Die Immunität gegenüber der Euro-Krise schwindet“

Carsten Brzeski, ING-Ökonom

Quartal werde das Bruttoinlandsprodukt nur um etwa 0,1 Prozent zulegen, hieß es. Anfang des Jahres lag das Wachstum in Deutschland noch bei 0,5 Prozent.

Trotz der sich verdüsternenden Stimmung sieht die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose von 0,7 Prozent für dieses Jahr aber nicht in Gefahr. Der Ifo-Index zeige, dass die Unsicherheit im Euro-Raum gestiegen sei, sagte eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums. Gleichwohl verfüge die deutsche Wirtschaft strukturell über eine hohe Wachstums- und Widerstandsfähigkeit. „Unser Lage ist robust.“ Deshalb stünden die Chancen gut, dass sich die vorsichtige Wachstumsschätzung der Bundesregierung aus dem Frühjahr bestätige.

Ein kleiner Hoffnungsgrünchen sind Ökonomen zufolge vor allem die Export-erwartungen, die sich zuletzt nur noch leicht eintrübten. Wichtigster Grund dafür ist der schwache Euro: Sinkt er, werden die deutschen Exporte in Übersee billiger.

WIRTSCHAFT

KOMPAKT

VOR 50 JAHREN

DIE SCHLAGZEILE VOM 26. JULI 1962

Italien baut Passagierflugzeug

Italien plant den Bau eines Passagierflugzeugs. Nach den bisherigen Verlautbarungen konzentrieren sich die Pläne auf die Entwicklung einer Mittelstreckenmaschine mit einem Aktionsradius von 500 km, die in der Lage sein soll, 40 Passagiere zu befördern.

MAN
Ergebnis bricht im ersten Halbjahr ein

Der Lastwagenhersteller MAN hat in den ersten sechs Monaten des Jahres einen deutlichen Gewinnrückgang verzeichnet. Das Ergebnis brach von 762 Mio. Euro im Vorjahr auf 471 Mio. Euro ein, wie MAN am Mittwochabend in München mitteilte. Besonders stark war das Minus im Bereich Nutzfahrzeuge. Der DAX-Konzern machte die verhaltene Weltkonjunktur und die Verunsicherung vieler Kunden wegen der europäischen Schuldenkrise für den Rückgang verantwortlich. Der Umsatz der MAN-Gruppe lag mit 7,7 Mrd. Euro drei Prozent unter dem Vorjahr. Der Auftragseingang verringerte sich im selben Zeitraum von 8,8 Mrd. Euro auf 8,3 Mrd. Euro. Vom ersten zum zweiten Quartal sank das Ordervolumen von 4,3 Mrd. auf 4,0 Mrd. Euro.

GESUNDHEIT
Apotheker bekommen 190 Millionen Euro

Die Apotheker sollen vom kommenden Jahr an mehr Geld erhalten: Unterm Strich sind es nach den Vorstellungen von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) etwa 190 Mio. Euro. Dies geht aus einem Entwurf zur Änderung der Arzneimittelpreisverordnung vor.

GROSSBRITANNIEN
Britische Wirtschaft erlebt Schock

Die britische Wirtschaft ist im Frühjahr so stark eingebrochen wie seit dem Höhepunkt der Rezession Anfang 2009 nicht mehr. Das Bruttoinlandsprodukt sank zwischen April und Juni um 0,7 Prozent zum Vorquartal und damit zum dritten Mal in Folge. Die Statistik wurde als schwerer Schock gewertet. Experten hatten zwar mit einem weiteren Minus gerechnet, dies jedoch auf 0,2 Prozent unter. Premierminister David Cameron sprach von enttäuschenden Daten. „Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir unsere Anstrengungen verdoppeln, um unsere Schulden in den Griff zu bekommen, das Defizit anzugehen und die Wirtschaft anzukurbeln“, sagte der Regierungschef dem TV-Sender Sky. Finanzminister George Osborne räumte „tiefverwurzelte wirtschaftliche Probleme“ ein. Ökonomen hatten wegen eines zusätzlichen Feiertages anlässlich des 60-jährigen Thronjubiläums der Queen bereits mit einer schwächeren Wirtschaftsleistung gerechnet. Das Ausmaß überraschte die meisten Fachleute jedoch. „Das sind schreckliche Daten“, sagte Commerzbank-Analyst Peter Dixon. Christian Schulz, Berenberg Bank, betonte: „Die Rezession geht nicht nur einfach weiter, sie verschärft sich auch stärker als erwartet.“

Konkret soll das fixe Honorar, das Apotheker pro abgegebener Medikamentenpackung bekommen, um 25 Cent oder drei Prozent auf 8,35 Euro steigen. Es ist die erste Erhebung seit 2004. Den Apothekern reicht das nicht, sie wollen eine Erhöhung um einen Euro. Das Bundeswirtschaftsministerium verteidigt den Vorschlag als „ausgewogen“. Er ist mit Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) abgestimmt und muss nicht vom Kabinett beschlossen werden. *phn*

EMISSIONSHANDEL
EU-Kommission will Preisverfall aufhalten

Die EU-Kommission will den Preisabsturz im CO₂-Handel stoppen und damit das wichtigste Instrument ihrer Klimapolitik retten. Als einen ersten Schritt dazu schlug EU-Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard in Brüssel vor, dass die EU-Behörde ab 2013 unter „außergewöhnlichen Umständen“ die Termine zur Versteigerung von Verschmutzungsrechten an die Unternehmen ändern kann. Der Markt dürfe nicht weiter mit einem Überangebot an Zertifikaten geflutet werden, sagte sie. Nach weiterer Rücksprache mit den Mitgliedsländern will sie im Herbst vorschlagen, wie viele Verschmutzungsrechte bis 2015 zurückgehalten werden sollen.

ROSSMANN
Kartellamt billigt Übernahme von IhrPlatz-Filialen

Das Bundeskartellamt hat Deutschlands zweitgrößter Drogeriemarktkette Rossmann die Übernahme von einem Fünftel aller Filialen der Schlecker-Tochter

IhrPlatz erlaubt. Die Wettbewerbsbehörden hätten keine Bedingungen zum Einstieg in 104 der insgesamt 490 Läden gestellt, hieß es. Die Bonner Behörde bestätigte dies. Rossmann konkretisiert auch seine Pläne zur Übernahme von Personal bei IhrPlatz. 1150 Mitarbeiter würden weiterbeschäftigt, 350 mehr als zunächst angekündigt.

RWE
Start von Offshore-Windpark vorerst auf Eis gelegt

Der Energiekonzern RWE hat den Start eines Windkraft-Großprojektes in der Nordsee vorerst auf Eis gelegt. „Unser Projekt Innogy Nordsee 1 wollten wir eigentlich in der zweiten Jahreshälfte auf den Weg bringen“, sagte RWE-Innogy-Chef Hans Bunting dem „Handelsblatt“. Die endgültige Entscheidung werde sich aber mindestens bis Anfang 2013 verzögern. Grund sei, dass es kein klares gesetzliches Regelwerk gebe. RWE sorgt sich hierbei vor allem um Unklarheiten bei der Haftung für den Fall, dass die Windkraftanlagen nicht rechtzeitig ans Netz gehen können. Der Windpark, der 40 Kilometer vor der Nordseeküste entstehen soll, soll über 162 Windräder verfügen und eine Million Haushalte mit Strom versorgen. Der Stopp des Projekts ist ein Schlag für die Energieindustrie in Deutschland, die bis 2022 den Ausstieg aus der Atomenergie ermöglichen soll.

BOEING
Flugzeugbauer hebt Gewinnprognose an

Der US-Flugzeugbauer Boeing weicht nach einem überraschend starken Quartal Hoffnung auf höhere Gewinne. Nachdem die Flugzeugproduktion zwischen April und Juni um gut ein Viertel zulegte, soll der Gewinn je Aktie in diesem Jahr nun 4,40 bis 4,60 USD erreichen. Bisher hatte das Ziel bei 4,15 bis 4,35 Dollar gelegen. Beim Umsatz peilt die Konzernführung nun 79,5 bis 81,5 Mrd. Dollar an, rund 1,5 Mrd. mehr als bislang. Im zweiten



Keine Ente: Frankreichs Regierung hat angekündigt, Öko-Autos zu fördern – Modelle wie dieser ausgediente Citroën 2CV, die gute alte „Ente“, werden es immer schwerer haben

Frankreich beschenkt Autobauer

Peugeot und Renault leiden unter der Euro-Krise. Nun soll eine Ökoprämie Hilfe bringen

- Ein Rettungsplan der Regierung sieht vor, die Bürger für den Kauf neuer, umweltfreundlicher Autos zu belohnen
- Die Schuldenkrise in Europa reißt die Fahrzeughersteller ins Minus. Auch Ford rechnet mit einem Milliardenverlust

GESCHE WÜPPER
PARIS

Alarmiert von den massiven Restrukturierungen, die Autobauer PSA Peugeot Citroën plant, hat Frankreichs sozialistische Regierung am Mittwoch einen neuen Hilfsplan für die heimische Automobilindustrie bekannt gegeben. Zu den wichtigsten Maßnahmen, mit denen Reindustrialisierungsminister Arnaud Montebourg den Niedergang des kriselnden Industriezweigs stoppen will, gehören Anreize für den Kauf von umweltfreundlichen Autos. So sollen die Prämien für den Kauf von Elektrofahrzeugen von derzeit 5000 auf 7000 Euro angehoben werden, der Bonus für den Erwerb eines Hybridfahrzeugs von 2000 auf 4000 Euro. Montebourg will so vor allem die französischen Autobauer fördern, denn Renault hat in den letzten Jahren verstärkt auf die Entwicklung von Elektroautos gesetzt, PSA auf Hybridaautos.

Allerdings sollen diese Boni nur gelten, wenn die Preise für diese Autos beibehalten und die Fahrzeuge in Frankreich produziert werden. Die Prämienzahlungen sollen bis Ende dieses Jahres gelten und für die Zeit danach im Haushaltsplan 2013 präzisiert werden. Nach Angaben Montebourgs will die Regierung ab dem kommenden Jahr die Strafzahlungen für Au-

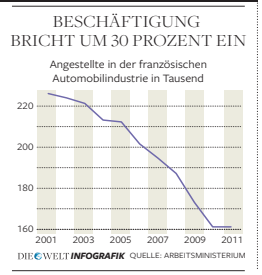
tos mit besonders hohem Schadstoffausstoß so erhöhen, dass die Kosten für die nun beschlossenen Prämien ausgeglichen werden. Die konservative Vorgängerregierung von Ex-Präsident Nicolas Sarkozy hatte 2007 ein Bonus-Malus-System für Autos in Abhängigkeit von ihrem Schadstoffausstoß eingeführt. Unter einer Erhöhung der Strafsteuer auf Autos mit hohem CO₂-Ausstoß würden auch die PS-starken deutschen Marken BMW, Mercedes und Audi leiden.

Ob Frankreich den Niedergang der heimischen Automobilindustrie stoppen kann, bleibt fraglich. Denn die strukturellen Probleme der Branche, deren Produktion seit 2005 von 3,5 Mio. Fahrzeugen jährlich auf zuletzt 2,2 Mio. Fahrzeuge eingebrochen ist, werden damit nicht angegangen. Wie ihre Vorgänger begnügt sich auch die sozialistische Regierung damit, die Symptome zu lindern, nicht aber die Ursachen zu bekämpfen. „Das Grundproblem ist die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. Dieser Plan wird nur die Risse stopfen“, meint Ökonom Marc Touati von der Unternehmensberatung ACDEFI. Es gebe in Frankreich ein Problem wegen der steuerlichen Belastung der Unternehmen und der starken Regulierung des Arbeitsmarktes. Deshalb fordern viele Experten, dass die Arbeitskosten in Frankreich gesenkt werden.

Die beiden französischen Autobauer PSA Peugeot Citroën und Renault leiden wie andere Massenhersteller aus dem Klein- und Mittelwagensegment stärker als ihre deutschen Konkurrenten unter der Schuldenkrise in Europa, da sie in südeuropäischen Krisenländern wie Spanien und Italien stark vertreten sind. Dagegen sind sie in Übersee weniger gut aufgestellt, so dass sie den Rückgang der Autverkäufe in Europa nicht durch eine Absatzsteigerung in Schwellenländern wie China ausgleichen können. Das gilt vor allem für PSA Peugeot Citroën. Der Autobauer kämpft derzeit mit großen fi-

nanziellen Problemen. Er kündigte deshalb vor zwei Wochen massive Restrukturierungen an. Der Konzern will in Frankreich 8000 Arbeitsplätze streichen und ein Werk bei Paris schließen. Zwischen der Regierung und dem Konzern war es darüber zu einem erbiterten Schlagabtausch gekommen. Präsident François Hollande bezeichnete die Restrukturierungspläne als inakzeptabel.

Hollande forderte, die Pläne neu zu verhandeln. Vor allem Reindustrialisierungs-Minister Montebourg übt zuletzt entsprechenden Druck auf den Autobauer aus. Er griff das Management und die Familie Peugeot an. Sie ist mit rund 25 Prozent des Kapitals der Hauptaktionäre des Autobauers. Montebourg warf ihnen vor, 2010 Dividenden kassiert und so die wahre finanzielle Situation des Konzerns verschleierte zu haben. Doch der Minister geriet wegen seiner klassenkämpferischen Parolen in Frankreich mittlerweile in die Kritik. So warf ihm die Tageszeitung „Le Monde“ vor, kontraproduktiv zu handeln. Statt gegen Unternehmer zu wettern, müsse die Regierung angesichts der derzeitigen Krise gemeinsam mit Konzernlenkern nach Lösungen suchen, forderte das Blatt.



Für PSA zumindest sieht die Lage alles andere als rosig aus. Kurz vor der Bekanntgabe des Hilfsplans für die Automobilindustrie gab der Autobauer einen Nettoverlust von 819 Mio. Euro für das erste Halbjahr 2012 bekannt. Damit fiel der Verlust sehr viel höher als erwartet aus. Ein Jahr zuvor hatte der Autobauer im selben Zeitraum noch einen Nettogewinn von 806 Mio. Euro verbucht. Der Umsatz ging um 5,1 Prozent auf 29,6 Mrd. Euro zurück.

PSA-Chef Philippe Varin kündigte nun einen neuen Sparplan über 1,5 Mrd. Euro für die nächsten drei Jahre an. Zusätzlich zu dem geplanten Abbau von 8000 Stellen und der Schließung des Werks bei Paris sollen die Investitionen um 500 Mio. Euro gekürzt werden. Die Anfang des Jahres eingegangene Allianz mit General Motors aus den USA soll die Kosten um zusätzlich 350 Mio. Euro senken.

Renault steht im Vergleich zu PSA noch etwas besser da, da der Autobauer von seiner Allianz mit Nissan und dem Erfolg seiner Billigmarke Dacia profitiert. Doch intern machen inzwischen auch Gerüchte über mögliche Restrukturierungen die Runde. Ob sie begründet sind, wird sich am Freitag zeigen, wenn Renault seine Halbjahresergebnisse veröffentlicht.

Nicht nur PSA und Renault, auch andere Autobauer fahren wegen der Schuldenkrise in Europa massive Verluste ein. So rechnet Ford angesichts der größten Absatzkrise seit fast 20 Jahren für 2012 mit einem Milliardenverlust in der Region. Für das abgelaufene zweite Quartal wies der zweitgrößte US-Autobauer am Mittwoch einen Verlust von 404 Mio. Dollar aus. Im Vorjahreszeitraum stand noch ein Gewinn von 176 Mio. Dollar in den Büchern. Und verbessern dürfte sich die Lage vorerst kaum: Der Konzern geht davon aus, dass die nächsten fünf Jahre im Europa-Geschäft ausgesprochen schwierig werden.

Alles nur ein Ausrutscher?

Daimler muss einen Gewinnrückgang hinnehmen, hält aber an seiner Jahresprognose fest

■ Zehn Prozent mehr Umsatz. Doch Rabatte und hohe Investitionen drückten im zweiten Quartal das Ergebnis

JENS HARTMANN
MÜNCHEN

Es hat noch einmal gereicht. So mancher Analyst hatte damit gerechnet, dass Daimler-Chef Dieter Zetsche bei der Vorstellung der Quartalszahlen am Mittwoch eine Gewinnwarnung aussprechen würde. Doch darauf verzichtete der Konzernchef. Obwohl der erfolgserwähnte Stuttgarter Autobauer im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahreszeitraum satte 13 Prozent weniger verdient hat, bestätigte Zetsche das Jahresziel: ein operatives Ergebnis (Ebit) „in der Größenordnung des Vorjahres“ zu erreichen. Da lag Daimler bei neun Mrd. Euro Gewinn und setzte 2,1 Mio. Fahrzeuge ab.

„Daimler wächst. Unser Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen“, bekräftigte Zetsche – räumte jedoch gleichzeitig ein, dass es angesichts von Euro-

und Staatsschuldenkrise im zweiten Halbjahr nicht unbedingt leichter werde, die Jahresziele auszu erreichen. Von April bis Juni verdienten die Stuttgarter operativ nur noch 2,2 Mrd. Euro (Vorjahreszeitraum: 2,6 Mrd. Euro). Das hat mehrere Gründe: Zum einen gab der Konzern mehr für Forschung und Entwicklung aus, er investierte in Fabriken und neue Modelle. Zum anderen reagiert Daimler auf die Absatzkrise in Europa mit Rabatten. Im ersten Halbjahr lag der operative Gewinn bei 4,4 Mrd. Euro gegenüber 4,6 Mrd. Euro im Vorjahr.

Damit, so Finanzchef Bodo Uebber, sei Daimler „genau auf Kurs“ in Richtung neun Mrd. Euro. Unterm Strich verdiente Daimler im zweiten Quartal 1,5 Mrd. Euro, ein Minus von elf Prozent. Den Umsatz konnte Daimler dagegen um zehn Prozent steigern auf 28,9 Mrd. Euro, beim Absatz legte der Konzern um acht Prozent zu auf 570.300 Fahrzeuge. So setzte die Autoparte Mercedes-Benz Cars insgesamt im zweiten Quartal 370.000 Autos ab – ein Plus von vier Prozent. Mercedes, der Ertragsbringer des Daimler-Konzerns, steigerte zwar den Umsatz um fünf Prozent auf 15,4 Mrd. Euro, musste aber einen Einbruch

beim operativen Gewinn um 16 Prozent auf 1,3 Mrd. Euro hinnehmen.

Auch das Deutschland-Geschäft läuft nicht mehr rund: Der Verkauf sank um zwei Prozent auf noch knapp 81.000 Autos. Während Europa insgesamt schwächelt, zeigen sich Asien und Amerika als die dynamischsten Märkte. Als Schlüsselmarkt gilt China. Um hier stärker aufzutreten und an die Konkurrenten Audi und BMW heranzukommen, will Zetsche den Vertrieb straffen. Hierfür sicherte sich Daimler 75 Prozent an einer mit einem chinesischen Partner geführten Vertriebsgesellschaft.

„Daimler wächst. Unser Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen“

Dieter Zetsche,
Daimler-Vorstandschef

Im Vergleich zur Konkurrenz hat Mercedes eine ältere Modellpalette, die nun nach und nach erneuert wird. So will der Konzern den Rückstand gegenüber BMW und Audi wettmachen. Große Hoffnung setzt Daimler dabei auf die auf jüngere Käufer zugeschnittene A-Klasse, die im September an den Start geht. Die 40.000 Bestellungen binnen vier Wochen hätten alle überrascht, sagte Zetsche. Daimler wird nun, da die Kapazitäten in den Werken in Rastatt und in Ungarn nicht reichen, einen Teil der Produktion nach Finnland zu Valmet auslagern. Dort sollen von 2013 bis 2016 mehr als 100.000 A-Klasse-Fahrzeuge vom Band laufen.

Den Gewinnrückgang bei den Autos konnte zum Teil die Lkw-Sparte Daimler Trucks ausgleichen, die zum operativen Gewinn 524 Mio. Euro (486 Mio. Euro) beisteuerte. Das Absatzplus um gut ein Drittel auf 122.000 Lkw ist allerdings auch der Tatsache geschuldet, dass sich das Japan-Geschäft nach der Tsunami-Katastrophe wieder normalisiert. Ein Rückgang bei Neubestellungen zeigt aber auch, dass das Lkw-Geschäft unter Druck steht. Weiterhin mäßig läuft das Bussgeschäft, das rote Zahlen schreibt.

Apple ist verwundbar

iPhone-Verkäufe liegen unter den Erwartungen. Alle warten und hoffen aufs neue Modell

■ Im dritten Quartal legte der US-Konzern bei Umsatz und Gewinn um 20 Prozent zu. Doch damit zeigt er sich anfällig

■ Für das vierte Quartal sagt das Management einen Umsatz von 34 Milliarden Dollar voraus – auch das liegt unter Erwartung

Apple kann sein Tempo nicht halten. Der kalifornische Elektronikkonzern enttäuschte mit seinen Quartalszahlen erstmals die Erwartungen von Analysten und Anlegern. Zwar steigerte der Konzern Umsatz und Gewinn im Vergleich zum Vorjahr um jeweils mehr als 20 Prozent auf 35 Mrd. und 8,8 Mrd. Dollar, doch damit blieben die Kalifornier unter den Prognosen, die bei bis zu 45 Mrd. Dollar Umsatz lagen. Von April bis Juni verkaufte der US-Konzern insbesondere weniger von seinen iPhone-Smartphones, als die Analysten erwartet hatten. Die Gründe: Zum einen hielten sich viele Europäer wegen der Euro-Schuldenkrise mit Neuschaffungen zurück; zum anderen warten viele Kunden auf das neue iPhone 5, das im Herbst herauskommen dürfte.

„Die Leute wollen das nächste Ding – und darüber bin ich super froh“, sagte Apple-Chef Tim Cook. Welchen Einfluss das Zögern auf die aktuellen Verkaufszahlen gehabt habe, lasse sich nur schwer beziffern. Fest steht aber, dass Apple in seinem dritten Geschäftsquartal nur vergleichsweise mager 26 Mio. iPhones verkaufen konnte. Das lag zwar 28 Prozent über dem Vorjahresquartal – Analysten hatten jedoch mit mehr als 28 Mio. Stück gerechnet. Zur Einführung des iPhone 4S im Weihnachtsquartal 2011 hatte Apple binnen drei Monaten sogar 37 Mio. Handys verkauft.

Als Stütze erwies sich hingegen das iPad-Tablet: 17 Mio. Geräte setzte Apple

ab – das waren 84 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum und neuer Rekord. Das iPhone aber ist der wichtigste Antriebsmotor im Konzern. Deswegen ließ das verlangsamte Absatzwachstum bei den Händlern an der Börse die Alarmglocken läuten. Auch die Prognose für das laufende vierte Geschäftsquartal stellte die Börsianer nicht zufrieden. Die Aktie verlor am Mittwoch im frühen New Yorker Handel zeitweise 4,50 Prozent auf 573,90 Dollar. Die Apple-Investoren können mit dem Kursverlauf der vergangenen Monate dennoch zufrieden sein: Seit Jahresbeginn 2012 hatte das Papier um knapp 50 Prozent zugelegt.

„Wir sind glücklich mit dem Quartal“, betonte Finanzchef Peter Oppenheimer beinahe schon trotz. Von den absoluten Zahlen her hat Apple auch allen Grund, zufrieden zu sein: Der Umsatz stieg um 23 Prozent, der Gewinn lag trotz aller Probleme 21 Prozent über dem Vorjahreszeitraum. Aus Sicht der Börsianer war die Enttäuschung dennoch verständlich: In den vorangegangenen Quartalen hatte Apple 13,1 Mrd. beziehungsweise 11,6 Mrd. Dollar verdient.

Der Konzern hatte zuvor in schöner Regelmäßigkeit die Erwartungen übertroffen und ist dank des Erfolgs von iPhone, iPad, Mac-Computer und iPod zum wertvollsten Konzern der Welt aufgestiegen. Die früheren Erfolge von Apple hätten die Investoren verwöhnt, sagte Daniel Morgan von der Investmentfirma Synovus Trust der Finanznachrichtenagentur Bloomberg. „Da ist es unausweichlich, dass man auch Zahlen vorlegt, die die Leute enttäuschen.“

Auch die Euro-Schuldenkrise machte dem Unternehmen nun aber einen Strich durch die Rechnung. „In Europa lief es nicht so gut“, räumte Cook ein. Der Umsatz auf dem Kontinent stieg um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum – für den erfolgsverwöhnten Apple-Konzern ist das wenig. Es gebe allerdings große Unterschiede bei den einzelnen Ländern, führte Cook aus: „Großbritannien hat sich gut gehalten. Frank-



Das neue iPad ist der erhoffte Verkaufsschlager – auch in China

KOMMENTAR
BENEDIKT FUEST

Unbequemer neuer Alltag

Enttäuschte Anleger – das gab es bei Apple bislang nicht. Die Erwartungen der Investoren wurden immer übererfüllt. Diese Zeiten scheinen nun vorüber. Auch Apple kann nicht auf ewig ungebrems wachen.

Eine Ursache für den Einbruch liegt in der Antizipation der Stammkundschaft: Die neue Mobil-Betriebssystem-Version iOS 6.0 ist bereits in den Startlöchern. Nun erwarten Kunden wie Analysten auch die Ankündigung eines neuen iPhones mit Versionsnummer 5 von den notorisch verschwiegenen Kaliforniern. Auch wenn Apple-Chef Tim Cook im Analysten-Gespräch zu seinen Quartalszahlen nur mysteriös über eine großartige Produkt-Pipeline orakelte: Spätestens zum Weihnachtsgeschäft muss Apple ein neues Gerät bringen, um mit der Konkurrenz Schritt zu halten – das wissen auch die Stammkunden und verzögern aktuell Neuschaffungen. Damit wird Apple zum Opfer der eigenen Geheim-

haltungstaktik. Wüssten die Kunden sicher, dass das neue iPhone erst später im Jahr auf den Markt kommt, wären sie vielleicht weniger zögerlich. Dieses Problem sollte jedoch spätestens mit der Ankündigung des neuen iPhones vom Tisch sein. Es ist also nur temporärer Natur.

Dauerhafter dagegen ist die zweite Ursache für Apples iPhone-Einbruch. Sie liegt im Erstarken der Android-Konkurrenz begründet: Samsung hat Apple bereits im Frühjahr 2012 endgültig als größter Smartphone-Hersteller überholt, aktuell verkaufen die Koreaner fast doppelt so viele Smartphones wie Apple. Den Erfolg von Hardwareherstellern wie Samsung und Google als günstiger Betriebssystem-Lieferant kann Apple dauerhaft nicht vor Gericht stoppen. Die Zeit der einfachen Umsatzrekorde ist vorbei, die Konkurrenz hat gut von Apple gelernt. Nun folgt der tägliche Kampf um Marktanteile.

benedikt.fuest@welt.de

reich, Griechenland und Italien waren schwach. Deutschland ist nur im einstelligen Prozentbereich gewachsen.“ Rund lief es dagegen in China mit einem Umsatzsprung von 48 Prozent.

Vom iPod setzte Apple nur noch 6,8 Mio. ab – ein Minus von zehn Prozent. Die Verkäufe von Mac-Rechnern dagegen legten um zwei Prozent auf vier Mio. Geräte zu. Hier warten die Kunden auf eine neue Generation der MacBooks, die Apple im Juni auf der Entwicklerkonferenz WWDC vorgestellt hat. Am Mittwoch schaltete Apple zudem die neue Version des Mac-Betriebssystems OS X mit dem Beinamen „Mountain Lion“ im hauseigenen App-Store zum Download frei. Deutsche Kunden wurden jedoch am Mittwoch zunächst durch Fehlermeldungen beim Download enttäuscht.

Für das gerade angebrochene vierte Geschäftsquartal sagt der Konzern einen Umsatz von 34 Mrd. Dollar voraus – ebenfalls weniger, als Analysten erwartet hatten. Firmenchef Cook versprach „erstaunliche neue Produkte“. Ins Detail ging er allerdings nicht. Neben neuen iPhones und iPods wird von Apple auch schon seit Monaten ein Fernsehgerät erwartet. Geheimhaltung gehört bei Apple zum Geschäft – erst recht, seitdem Konkurrenten wie Samsung ebenfalls große Erfolge bei Smartphones feiern.

Mit den Rivalen führt Apple einen erbitterten Krieg um Patente vor Gerichten – weltweit über 50 Klagen stehen aktuell zur Verhandlung an. Der wichtigste Prozess wird derzeit vor dem kalifornischen Bezirksgerichtshof in San Jose geführt. Apple selbst gab in einem am Montag öffentlich gestellten Gerichtsantrag zu, dass Samsungs Erfolg den Konzern erheblichen Umsatz kostet. Apples Anwälte argumentieren, dass Samsung die Kalifornier nur dank der Kopie von Apple-Innovationen überholen konnte, und verlangen deswegen 2,5 Mrd. Dollar Schadenersatz für Umsatzauffälle.

Auch ohne dieses Geld könnte Apple aber selbst eine längere Durststrecke bis zum nächsten Verkaufsschlager locker überstehen. Die Kasse ist mit 17 Mrd. Dollar prall gefüllt. Dabei zahlt der Konzern mittlerweile eine Dividende von 2,65 Dollar je Anteilsschein und kauft eigene Aktien zurück. Gegen beides hatte sich der verstorbene Mitgründer und langjährige Chef Steve Jobs stets gewehrt. *dpa/bfu*

Facebook vor der Stunde der Wahrheit

Nervosität vor ersten Quartalszahlen

Zum ersten Mal seit seinem Börsengang im Mai wird Facebook am heutigen Donnerstagabend seine Quartalszahlen vorstellen. Die Anleger sind nervös. Schon in den letzten Tagen schwappte der Kurs des Papiers auf und ab. Zwischenzeitlich sackte er auf gut 28 Dollar ab, nur um dann innerhalb eines Tages wieder auf über 29 Dollar zu steigen. Die Unsicherheit hat einiges zu tun mit dem holprigen Börsenstart des Sozialen Netzwerks: Schon nach zwei Tagen stürzte die Aktie von ihrem Ausgabe-Kurs von 38 Dollar ab. Zuerst galten technische Probleme der US-Technikbörse Nasdaq als Ursache, doch dann kamen erhebliche Zweifel an Facebooks optimistischer Unternehmensbewertung von 108 Mrd. Dollar auf.

Kurz darauf der nächste Schlag: Im Juni veröffentlichte die US-Medienanalysefirma ComScore Zahlen, die zeigten, dass Facebook in den sechs Monaten zuvor auf dem Heimatmarkt erstmals knapp fünf Prozent weniger Besucher verbucht hatte – mehr als die Hälfte von Facebooks Werbeeinnahmen kommt bislang jedoch vom US-Markt. Auch wuchs die Zahl der Nutzer weltweit deutlich langsamer als noch ein Jahr vorher.

Dementsprechend negativ fielen Analystenkommentare am Vorabend der Quartalszahlen aus: Analysten der Citigroup erwarteten eine deutliche Verlangsamung von Facebooks Wachstum. Die Experten von JP Morgan fürchten einen Umsatzseinbruch, und Staranalyst Gene Munster von Piper Jaffray warnte Facebook-Chef Mark Zuckerberg: Nicht nur müsse Facebook nun in Umsatz und Nutzerzahlen die niedrig angesetzten Erwartungen der Experten deutlich übertreffen, auch müsse das Netzwerk endlich eine überzeugende Antwort für den Mobilmarkt parat haben. *bftu*

+ WOCHENEND-PLUS

Wir schenken Ihnen am Wochenende klassische Musik von iTunes.



5 Aufnahmen aus dem Album „100x Klassik für den Urlaub“

EXKLUSIV DIESEN SAMSTAG IN DIE WELT! Kaufen Sie am kommenden Samstag DIE WELT mit dem Download-Link für 5 wunderbare Aufnahmen klassischer Musik und laden Sie diese kostenlos bei iTunes herunter.

Der Download ist nur am Samstag, dem 28. Juli, möglich.

Diesen
Samstag!

DIE WELT

DIE WELT GEHÖRT DENEN, DIE NEU DENKEN.



5 Highlights aus „Beethoven für alle“, dirigiert von Daniel Barenboim

EXKLUSIV DIESEN SONNTAG IN WELT AM SONNTAG! Kaufen Sie am kommenden Sonntag die WELT am SONNTAG mit dem Download-Link für 5 Highlights dieses faszinierenden Albums und laden Sie diese kostenlos bei iTunes herunter.

Der Download ist nur am Sonntag, dem 29. Juli, möglich.

Diesen
Sonntag!

Entdecken Sie klassische Musik bei iTunes: www.itunes.de/musik-klassik

WELT am SONNTAG

EIN BESONDERER TAG VERDIENT
EINE BESONDERE ZEITUNG.

WIRTSCHAFT

- Die Vorwürfe der Informanten beziehen sich auf einen Schlachthof östlich von Magdeburg. Hier werden täglich mehr als 100.000 Tiere getötet
- Eine zu hohe Geschwindigkeit am Fließband soll dazu geführt haben, dass Broiler zu Boden fallen, dann aber trotzdem verarbeitet wurden

ANETTE DOWIDEIT
UND JÖRG EIGENDORF

W o es schnell gehen muss, kann schon einmal etwas hinten runter fallen – im wahrsten Sinne des Wortes. Diese Erfahrung zumindest machte angeblich Karsten Schneider, der bis vor wenigen Monaten in einem der großen Schlachtbetriebe des Geflügelkonzerns Wiesenhof angestellt war. „Bei der Zerlegung habe ich des Öfteren gesehen, dass Brustfleisch auf den Boden gefallen war, und nicht immer nur eine oder zwei – da lagen manchmal zig Kilo, 50 bis 100 Kilo auf dem Boden“, schildert Schneider, der in Wahrheit anders heißt, seine Erfahrungen aus dem vergangenen Winter.

Er habe dies gegenüber der Produktions- und Schichtleitung angesprochen, sagt er. „Die haben dazu nur gesagt: Was sollen wir machen?“ Das Fleisch solle trotzdem weiter verarbeitet werden, hätten die Vorgesetzten gesagt – behauptet Schneider, dessen eidesstattliche Versicherung der Redaktion vorliegt.

Keimfreie Geflügelproduktion?

Die deutsche Geflügelproduktion ist hoch technisiert, strengstens kontrolliert und keimfrei – so präsentieren sich die großen Geflügelkonzerne für gewöhnlich in der Öffentlichkeit. Was hinter verschlossenen Betriebstoren passiert, weicht von diesem Bild jedoch möglicherweise immer wieder ab. Der deutsche Marktführer PHW-Gruppe, der bundesweit jede Woche nach eigenen Angaben 4,5 Millionen Hähnchen schlachtet und einen Jahresumsatz von zuletzt mehr als zwei Mrd. Euro erzielte, ist in den vergangenen Monaten mit seiner bekanntesten Marke „Wiesenhof“ in die Schlagzeilen geraten.

In der Kritik steht die Hygiene an einem der Standorte. Im März wurde die Anlage von den Aufsichtsbehörden sogar für kurze Zeit geschlossen. Es war der erste Produktionsstopp in der Firmengeschichte, offiziellen Angaben zufolge waren Umbaumaßnahmen damals der Auslöser.

Nun äußern sich zum ersten Mal ehemalige Mitarbeiter des Betriebs zu den Arbeitsbedingungen, die sie dort bis vor wenigen Monaten erlebten. Konkret geht es um den Schlachthof im sachsen-anhaltischen Möckern, östlich von Magdeburg, wo etwa 450 Mitarbeiter täglich mehr als 100.000 Tiere schlachten. Zwei Angestellte der Schlachthanlage berichten übereinstimmend, dass dort immer wieder große Mengen Fleisch auf den Boden fielen und trotzdem anschließend weiter verarbeitet wurden. So etwa die ehemalige Mitarbeiterin Kirsten Hengsdorff, die



Ein Foto aus dem Schlachthof Möckern: Wiesenhof-Mitarbeiter behaupten, dass hier Fleisch umetikettiert worden sei

„Da lagen manchmal Kilos auf dem Boden“

Wiesenhof steht seit Monaten wegen Hygienemängeln in der Kritik. Nun äußern sich ehemalige Mitarbeiter – und behaupten, dass sie bis zu den Waden im Fleisch standen

erst vor wenigen Wochen ihren Dienst im Unternehmen quittierte: „An der Stelle, wo die Hühner als Brathähnchen eingetütet werden, fallen die in Fächer. Doch das Band läuft so schnell, dass die Frauen, die am Band stehen, es nicht schaffen, die Fächer in dem Tempo zu räumen. Die Fächer werden so schnell gefüllt, dass die Hähnchen letztlich auf den Boden fallen. Wir haben manchmal abends bis zu den Waden in den Hühnern gestanden“, sagt Hengsdorff, die in Wirklichkeit ebenfalls anders heißt.

Alles frei erfunden?

Wiesenhof lässt über ein Anwaltsbüro mitteilen, es sei „frei erfunden und überdies auch technisch abwegig“, dass auf den Boden gefallene Hähnchenteile zurück in den Produktionskreislauf gelangten. Um dies zu untermauern, lässt das Unternehmen aus seine neun Seiten lange „Personalhygiene-Ordnung“ inklusive Schulungsnachweis schicken. Darin wird erklärt, welche Maßnahmen (Kopfbedeckung, Papiermaske, keine Piercings etc.) Mitarbeiter einhalten müssen und dass auf den Boden gefallene Produkte „zu verwerfen“ seien.

Die zuständige Aufsichtsbehörde im Landkreis Jerichower Land teilt mit, dass Schlachttiere in den genannten Größenordnungen überhaupt nicht erst auf den Boden fallen könnten. Der Grund dafür seien die baulichen Voraussetzungen der Anlage, wie der Behörden-

leiter Jörg Börstler auf Nachfrage erklärt, also zum Beispiel Auffangtrichter.

Als Entgegnung auf die Schilderungen der Mitarbeiter, dass auf den Boden gefallenes Fleisch weiterverarbeitet worden sei, hat das Unternehmen seinerseits 17 Vorarbeiter der Möckerner Produktionsstätte eine eidesstattliche Versicherung unterschreiben lassen. Darin heißt es, dass diese Unterzeichner den Mitarbeitern niemals Anweisungen erteilt hätten, auf den Boden gefallene Fleischstücke wieder in die Produktion zu geben. Allerdings ist eine eidesstattliche Versicherung von 17 Personen zu einem vorformulierten, einheitlichen Text wenig glaubwürdig. Gerichte erkennen eidesstattliche Versicherungen eher an, wenn sie persönlich formuliert sind und individuelle Erkenntnisse beschreiben.

Liefen die Bänder zu schnell?

Kritiker werfen dem Unternehmen vor, eine zu schnelle Arbeitstaktung, etwa die zeitweise hohe Laufgeschwindigkeit der Anlagen, hätte dazu geführt, dass es immer wieder zu hygienisch problematischen Situationen gekommen sei. „Es gilt: Je mehr Huhn pro Zeiteinheit verarbeitet wird, desto mehr Stundenlohn bekommen die Mitarbeiter“, sagt der Magdeburger Anwalt Uwe Bittner, der bereits mehrere ehemalige Wiesenhof-Angestellte rechtlich vertrat.

Die zuständige Gewerkschaft NGG will sich nicht zum Fall Möckern äußern

– ihr Pressesprecher signalisiert aber, dass die Arbeitsbedingungen in den Schlachthanlagen häufiger Thema bei den Gewerkschaften vor Ort seien.

Wiesenhof schreibt, der beschriebene Zusammenhang sei „technisch und sachlich abwegig“. Die Bänder liefen in einer festen, vorgegebenen Geschwindigkeit.

„Schmutz fliegt umher“

Vor wenigen Tagen hatte das Unternehmen bei einem Pressetermin mitgeteilt, derzeit werde in Möckern weniger schnell produziert als möglich: 140.000 Tiere werden demnach pro Tag dort nun getötet und verarbeitet. Geschäftsführer Michael Schönewolf sagte, dies sei eine Reaktion auf die derzeit niedrigen Einkaufspreise und die hohen Einkaufskosten für die per Lastwagen angelieferten

„Die Fächer werden so schnell gefüllt, dass die Hähnchen letztlich auf den Boden fallen.“

Eine Wiesenhof-Mitarbeiterin

ten Tiere. An anderer Stelle im Betrieb ist zu erfahren, der Durchlauf sei noch weitaus stärker gedrosselt worden, auf zeitweise weniger als 100.000 Tiere.

Der Standort hat in den vergangenen Monaten turbulente Zeiten erlebt: Im April vergangenen Jahres berichtete das Magazin „Stern“ über Hygienemängel in der Anlage. Demnach solle es Schwarzschiimmel an Decken und Wänden gegeben haben, auf Hühnerfleisch seien Kotspuren entdeckt worden. Wiesenhof bestreitet auch das.

In diesem März legten die zuständigen Aufsichtsbehörden den Betrieb für eineinhalb Tage still. 800.000 bereits geschlachtete Tiere mussten vernichtet werden. Ein für Wiesenhof bisher einmaliges Vorkommnis, das sich im Zusammenhang mit Umbaumaßnahmen abspielte. Einer unserer Informanten beschreibt, er habe beobachtet, wie Schleifarbeiten in der Nähe von Tierkörpern durchgeführt worden seien.

Die Aufsichtsbehörde schreibt dazu, der Schlachtbetrieb sei nicht wegen Hygienemängeln geschlossen worden. Vielmehr seien ausschließlich Bauarbeiten die Ursache gewesen. Uns liegt allerdings ein internes Mängelprotokoll der Behörde vom 28. Februar vor. Darin steht unter anderem: „Schmutz fliegt umher“. Aufsichtsbehördenleiter Börstler sagt dazu, dies sei kein Widerspruch, denn der Schutz sei lediglich in einem Produktionsbereich geflogen, der nicht mehr benutzt wird und zum fraglichen Zeitpunkt demontiert wurde.

Umetikettiertes Fleisch?

Die ehemaligen Angestellten machen dem Unternehmen noch weitergehende Vorwürfe: Sowohl Schneider als auch Hengsdorff berichten, dass sie erlebt hätten, wie Fleisch umetikettiert und so das Haltbarkeitsdatum verlängert worden sei. Schneider versichert an Eidesstatt, er habe im Februar selbst beobachtet, wie alte Etiketten durch neue ersetzt worden seien.

Wiesenhof schreibt, Haltbarkeitsdaten seien „in keinem Fall unzulässig“ verändert worden. Was allerdings den Schluss zulässt, dass es „zulässige“ Umetikettierungen gegeben hat. Und die Aufsichtsbehörde schreibt dazu einen ziemlich prophetischen Satz: „Von Seiten der zuständigen Veterinärbehörde wird eindeutig festgestellt, dass es weder in der Vergangenheit, noch jetzt, noch zukünftig unzulässige Umetikettierungen gab, gibt oder geben wird.“ Darauf angesprochen, wie die Behörde voraussagen kann, was in der Zukunft im Betrieb passieren könnte, sagt Bereichsleiter Börstler, dass ständig zwölf Mitarbeiter des Veterinäramts – zwei amtliche Tierärzte und zehn amtliche Fachassistenten – im Betrieb seien. Seiner Einschätzung nach sei es unmöglich, Tüten aufzureißen und Fleischteile neu zu verpacken, ohne dass die Kontrolleure dies bemerken.

Die in Möckern produzierten Geflügelfleischwaren gehen nicht nur an Supermärkte, sondern auch an Großabnehmer wie die Imbisskette Kentucky Fried Chicken. Die Fast-Food-Kette kann die Kritik nach eigenen Angaben nicht nachvollziehen. KFC Deutschland führe selbst „laufend strenge Sicherheitskontrollen bei allen seinen Lieferanten“ durch, die noch strenger seien als die gesetzlich festgeschriebenen.

Google kommt noch mal davon

Einigung mit EU im Kartellverfahren

STEFANIE BOLZEN
BRÜSSEL

Im Streit mit Europas Wettbewerbsbehörden ist Google vorerst mit einem blauen Auge davongekommen. Die EU-Kommission, die dem Konzern Marktmanipulation vorwirft, stellte den Amerikanern einen Vergleich in Aussicht. „Google hat uns technische Lösungen zugesagt. Wir prüfen diese jetzt und hoffen auf eine Einigung“, teilte EU-Kommissar Joaquín Almunia am Mittwoch in Brüssel mit. Die Prüfung soll einige Monate dauern. Der Spanier fügte allerdings warnend hinzu, dass „wir auch in Zukunft die Aktivitäten von Google im Fokus behalten werden.“

Damit scheint das US-Unternehmen einer Kartellstrafe von bis zu 2,5 Mrd. Euro für den Moment entkommen zu sein. Im November 2010 hatte Almunia das Verfahren gegen Google wegen des Verdachts der Wettbewerbsverzerrung eingeleitet. Zuletzt hatte die Behörde den Druck auf den US-Konzern sogar noch verschärft: Google müsse seine Korrekturen nicht nur bei Computern anwenden, sondern auch bei Produkten für mobilen Markt, also für Smartphones und Tablets. „Es ist egal, ob die Nutzer Computer oder Smartphones oder Tablets bei ihrer Suche benutzen. Die Probleme sind dieselben“, bestätigte Almu-

EU-Kommissar
Joaquín Almunia
will Google auch
weiterhin im
Auge behalten



nia. Beobachter werten sein Vorgehen als kurzfristige Kampfansage an die Amerikaner, die sich bisher in ihren selten Stellungnahmen wenig konzipiert gezeigt hatten. Offenbar sahen die Google-Manager aber jetzt ein, dass sie der Kommission entgegenkommen müssen. Anfang Juli hatte sich Google in einem Brief an Almunia zu Zugeständnissen bereit erklärt, etwa in Hinsicht auf den Vorwurf, dass Google seine eigenen Produkte – beispielsweise Google Shopping – bei der Recherche durch die Nutzer bevorzugt, indem es sie auf den obersten Rängen platziert.

Die EU-Kommission machte am Mittwoch aber auch klar, dass Google sich auf dem Kompromiss nicht ausruhen kann. Der spanische EU-Kommissar betonte: „Smartphone-Apps sind in der Prüfung nicht eingeschlossen. Das heißt aber nicht, dass eine solche Prüfung nicht noch kommen kann.“

ANZEIGE

WELT-Konferenz IT-Sicherheit in der Wirtschaft

Am 6. September 2012
in Berlin

In Partnerschaft mit:

MATRIX42
Telefonica

Veranstaltungspartner:

Partner
Jutta Rubach & Partner
Marketing - Kommunikation & Networking

Am 6. September 2012 veranstaltet DIE WELT in Kooperation mit Matrix42, Rohde & Schwarz SIT und Telefonica Germany eine hochkarätige Konferenz zum Thema „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“.

Diskutieren Sie mit, zu Themen wie mögliche Meldepflichten für Cyber-Attacks oder die Vermischung von privater und beruflicher Nutzung von IT.

Passend zur IFA erläutern Experten Sicherheitsaspekte, die aus der rasanten Entwicklung der Technik resultieren. Bundesinnenminister Dr. Friedrich eröffnet die Konferenz und thematisiert neue Schritte.

Die Veranstaltung richtet sich an Entscheider aus Unternehmen, Politik und Verwaltung. Die Teilnahme ist kostenfrei; die Anzahl der Tickets ist limitiert.

Sichern Sie sich noch heute einen exklusiven Teilnahmeplatz bei der Ganztagesveranstaltung im Atrium der Deutschen Bank in Berlin. In Ihrer Werbung teilen Sie uns bitte Ihre aktuellen beruflichen Kontaktdaten mit und senden diese an: itsicherheit@welt.de

Einsendeschluss: 20. August 2012

Referenten sind u.a.

Dr. Nicolai Bieber, Mitglied der Geschäftsleitung, Booz & Co.

Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundesminister des Innern (BMI)

Ulrich Hamann, Vorsitzender der Geschäftsführung, Bundesdruckerei

Michael Hange, Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)

Marc Irmisch, Vice President Small & Medium Enterprises & SoHo, Telefonica Germany

Dirk Kretschmar, Mitglied der Geschäftsleitung, Rohde & Schwarz SIT

Lutz Neugebauer, Bereichsleiter Sicherheit, Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM)

Herbert Uhl, Vorstandsvorsitzender, Matrix42

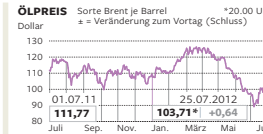
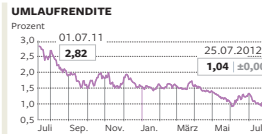
Hinrich Völcker, Chief IT Security Officer, Deutsche Bank

Moderation

WELT-Wirtschaftsredaktion, WELT-Gruppe

DIE WELT

FINANZEN



Zinsen in Prozent	25.07.	24.07. Schluss
Rendite 10-jähr. Bundesanleihe	1,271	1,247
Bund-Future	144,56	145,03
1-Monats-Euribor	0,165	0,169
3-Monats-Euribor	0,427	0,435
Treasuries 10 Jahre	1,407	1,391
Treasuries 30 Jahre	2,462	2,458

KOMPAKT

LEBENSVERSICHERUNGEN

Rechtsprechung bei Kündigung gekippt

Lebensversicherer dürfen ihre Kunden bei einer frühzeitigen Kündigung ihrer Verträge künftig nicht mehr mit Brosamen abspelen. Der Bundesgerichtshof (BGH) kippte seine bisherige Rechtsprechung, die es den Versicherern erlaubt hatte, die Abschlusskosten mit den ersten Beiträgen zu verrechnen, die die Kunden zahlten. Das hatte zur Folge, dass Kunden, die in den ersten Jahren ihre Verträge kündigten, nur einen Bruchteil der eingezahlten Summe wieder zurückerhielten, weil von dem Geld erst die Provisionen für die Vermittler gezahlt wurden. Das sei „eine unangemessene Benachteiligung des Versicherungsnehmers“, hieß es in dem Urteil des Versicherungssenats des BGH (Az.: IV ZR 201/10). Der BGH erklärte, er habe seine Rechtsprechung zu dem Fall „weiterentwickelt“. Noch 2001 und 2005 hatte das oberste deutsche Berufungsgericht die als „Zillmerung“ bekannte Praxis gebilligt. Im konkreten Fall hatte die Verbraucherzentrale in Hamburg gegen den Deutschen Ring geklagt. Das Gericht stellte ausdrücklich klar, dass die Klauseln bei bestehenden und auch bei neuen Verträgen unwirksam seien.

HEDGEFONDS

Schäuble: Investments nichts für Privatanleger

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will Privatanlegern per Gesetz Beteiligungen an den als risikoreich geltenden Hedgefonds verwehren. „Ein Vertrieb von Anteilen oder Aktien an Hedgefonds an Privatanleger nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ist in jedem Fall ausgeschlossen“, heißt es in einem Referentenentwurf des Finanzministeriums, mit dem eine EU-Richtlinie umgesetzt werden soll. Anteile an solchen „Single-Hedgefonds“ sollen nur noch für professionelle Anleger zum Erwerb stehen. „Um den Anlegerschutz zu stärken, sollen Privatanleger nicht mehr direkt in diese risikoreiche Anlageklasse investieren können“, heißt es. Das Bundeskabinett werde sich nach der Sommerpause mit dem Vorhaben befassen, sagte ein Ministeriumssprecher. Indirekt sollen solche Engagements aber über Beteiligungen an Dach-Hedgefonds möglich bleiben, die ihrerseits in verschiedene Single-Hedgefonds investieren.

PLASTIKGELD

Kartenbetrug erfolgt zunehmend über Internet

Jede 100. Kredit- oder EC-Karte wird in Europa zum Tatwerkzeug bei Betrügereien. Nach dem ersten Bericht der Europäischen Zentralbank zum Kartenbetrug wurden in den Jahren 2007 bis 2010 im europäischen Zahlungsverkehrsräum 1,2 Prozent aller ausgegebenen Karten betrügerisch genutzt. Die EZB bezifferte den Schaden in Europa durch Kartenbetrug für 2010 auf 1,26 Mrd. Euro. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 12,1 Prozent, wie die EZB in Frankfurt am Main mitteilte. Rund die Hälfte des erfassten Milliarden Schadens entfiel im Jahr 2010 auf Betrügereien, bei denen per Mail, Telefon oder via Internet mit Daten der Karte gezahlt wurde. Ein Drittel der Schäden entstand bei Kartenzahlung an Terminals und nur ein Sechstel an Geldautomaten. Dabei wuchs in den vier Jahren der Anteil der Betrügereien, bei denen die Täter Internet oder Telefon zur Datenermittlung nutzten. Der Anteil dieser Delikte am Gesamtschaden stieg in dem Vierjahreszeitraum von 47 auf 52 Prozent.

Crash-Angst durch den Computer

Hochfrequenzhandel löst wundersame Kurskapriolen an den Börsen aus. Branche soll strenger überwacht werden

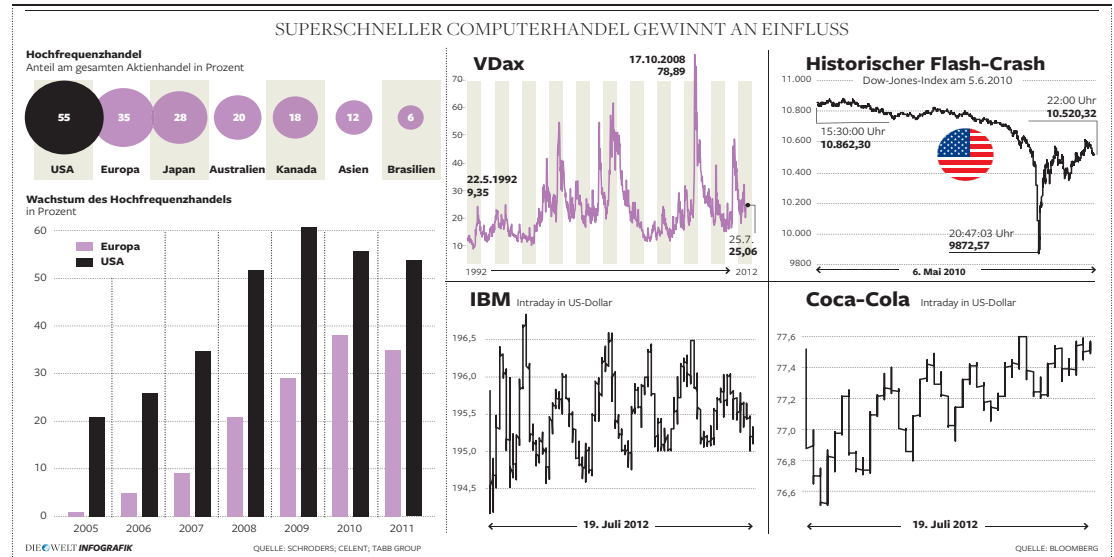
■ Mehr Maschinen als Menschen bestimmen das Geschehen. Hinter jedem zweiten Trade steckt ein Computer

■ Kritiker werfen den Algo-Tradern Marktmanipulation durch Scheinaufträge und Insiderwissen vor

HOLGER ZSCHÄPITZ

Seit diese Dinge passieren in diesen Tagen an der Wall Street. Wie von Geisterhand bewegen sich die Börsenkurse von Weltkonzernen nach einem festen Rhythmus. Ohne Nachrichten schwanken etwa in der vergangenen Woche die Notierungen von Coca Cola, IBM und McDonalds. Im Halbstundentakt ging es vom Tageshoch zum Tages Tief und wieder zurück. An einem Handelstag wechselten Aktien der drei Multis im Wert von 3,4 Mrd. Dollar die Hände. „Da muss wohl ein großer Computerhändler ein Programm installiert haben, das in 30-Minuten-Intervallen große Stückzahlen an Aktien kauft und wieder verkauft“, sagt Bruce Weber von der US-Universität Delaware gegenüber der Nachrichtenagentur Bloomberg. „Auf alle Fälle sind solche Kapriolen nicht dazu angetan, das Vertrauen der Investoren in die Börse zu stärken“, sagt Weber.

Für Anleger ist eine solche Zick-Zack-Bewegung eine neue Erfahrung. Schließlich bringen die drei Konzerne fast eine halbe Billion Dollar auf die Börsenwaage und sind für 14 Prozent des Dow Jones Index verantwortlich. Doch in Zukunft müssen sich Anleger wohl daran gewöhnen, dass es zu wundersamen Entwicklungen auch bei Blue Chips kommt. Denn der so genannte Hochfrequenzhandel, kurz HFT, gewinnt an Bedeutung. Der HFT besteht aus vollautomatisierten Computern, die auf der Grundlage komplizierter mathematischer Algorithmen innerhalb von Millisekunden Wertpapiere kaufen oder verkaufen. Die teure Computersoftware ist so programmiert, dass kleinste Preisdifferenzen zwischen Wertpapieren blitzschnell gehandelt werden. Die Maschinen reagieren schneller als ein Wimpernschlag auf aktuelle Konjunkturdaten. Nicht ein Mensch deutet neueste Unternehmensmeldungen, sondern eine aufwendige Worterkennungssoftware.



software. Inzwischen zeichnet der HFT für fast die Hälfte aller Handelsaktivitäten an der Wall Street verantwortlich. In Europa wird jede dritte Transaktion von einer Maschine statt Menschen initiiert. „Aktienkurse sind zunehmend das Ergebnis von Computerprogrammen und Algorithmen“, sagt Joseph Saluzzi von der Handelsfirma Themis Trading. „Der Markt wird zur Geisel der Computer.“

Zur automatischen Kauf und Verkauf zwischen den Rechnern sorgt zunehmend für Unbehagen. Nicht wenige Experten fürchten, dass in Zukunft Computer schwere Turbulenzen auslösen könnten. Wenn immer mehr Investoren mit Hilfe ähnlicher Programme handeln, könnte dies sogar einen Crash auslösen.

Im öffentlichen Bewusstsein ist das Phänomen spätestens seit dem sogenannten „Flash Crash“ im Mai 2010. Damals brach der Dow Jones Index an der Wall Street binnen weniger Minuten erst um zehn Prozent ein, um danach den Großteil der Verluste wieder wettzumachen. Wie von Geisterhand waren zu-

schienzeitlich fast eine Billion Dollar an Marktwert verschwunden (siehe Grafik).

Nicht erst diese Episode belegt, dass die neue Marktmacht zu Lasten der „normalen“ Sparer geht. Denn immer stärker schwankende Kurse, abzulesen etwa am Index VDax, stellen per se ein Risiko dar. Nicht nur das. Gegen die Hochfrequenzhändler können klassische Investoren nur verlieren. Denn die Anbieter gehören zu den größten Kunden der Börsen und werden von diesen mit großen Mengen an Daten versorgt. Die Handelsinformationen werden mithilfe ausgeklügelter Programme ausgewertet. Auf diese Weise lassen sich bestimmte Entwicklungen antizipieren. Außerdem wissen die Computer aufgrund der ausgewerteten Verhaltensmuster sofort, ob es sich bei ihrem potenziellen Gegenüber um einen erfahrenen Anleger handelt oder aber ein Greenhorn. Durch ihre privilegierte Stellung bei den Börsen haben die Hochfrequenzhändler zudem einen tieferen Einblick in die Orderbücher. Sie können sehen, wo Investoren ihre Kauf- und Ver-

kaufslimite gesetzt haben und diese Informationen gezielt nutzen. Hat etwa ein Anleger bei Aktie X eine Verlustbegrenzung bei 100 Dollar gesetzt, können die Computer versuchen, das Wertpapier bewusst kurz unter die 100-Dollar-Marke zu drücken und die Stopp-Loss-Order sozusagen abfischen. Der Kleinanleger ist der Dumme, weil er seine Aktie zu einem ungünstigen Preis losgeworfen ist.

„Die Börsen verkaufen ihre Daten an die Hochfrequenzhändler zum Schaden der seriösen Anleger“, sagt Saluzzi. Benachteiligt seien nicht nur die Halter einzelner Aktien. Gerade auf börsengandelte Indexfonds, die ETF, hätten es Computerhändler abgesehen. Hier käme es häufig zu Mini-Differenzen zwischen dem Fondswert und dem zugrunde liegenden Index, den die Maschinen ausnutzen, zum Schaden der ETF-Halter.

Überdies werden Kritiker den Computertagern vor, den Markt bewusst zu täuschen. So würden beispielsweise Scheinaufträge platziert, die einen fallenden Aktienrendite signalisieren. Kommt

dann ein „langsamer“ Käufer, ist diese Liquidität plötzlich weg und der Anleger kauft zu einem höheren Kurs. Oft würden Scheinverkaufsaufträge platziert, um andere Aktionäre zum Verkauf zu locken und sich selbst günstig einzudecken.

Die Branche hält dem entgegen, dass sie zusätzliche Liquidität an den Märkten schaffe. So seien die Geld-Brief-Spannen deutlich gesunken. Doch die Hochfrequenzhändler werden wohl um eine stärkere Regulierung nicht herum kommen. Die neue europäische Finanzmarktrichtlinie MiFid sieht vor, dass sich die Anbieter registrieren lassen müssen. So wollen die Aufsichtsbehörden die Computertagern und deren Algorithmen besser überwachen und mehr Transparenz schaffen. Darüber hinaus existieren Gedankenspiele, mit Hilfe einer Finanztransaktionssteuer, die Handelsaktivitäten in Millisekunden unattraktiv zu machen. In Deutschland ist im Gespräch, eine Mindesthaltedauer einzubauen, um Chancengleichheit mit anderen Finanzmarktakteuren zu erreichen.

EU droht Zins-Saboteuren mit Gefängnis

Konsequenz des Libor-Skandals: Zins-Richtwerte sollen künftig anders kontrolliert und berechnet werden

Bürsel zieht die Lehren aus dem jüngsten Barclays-Skandal und klopft sich betrügerische Banker vor: Mit drakonischen Geld- und Haftstrafen will die EU-Kommission der tatsächlichen oder versuchten Manipulation wichtiger Zinssätze im Interbankengeschäft vorbeugen. Alle Mitgliedstaaten seien angehalten, entsprechende Regeln in ihr nationales Recht aufzunehmen, sagte Justizkommissarin Viviane Reding in Brüssel und fügte hinzu: „Wir werden keine Schlupflöcher mehr erlauben.“ Auch das für Betrugsversuche anfällige System der Zinssatz-Berechnung soll auf den Prüfstand.

Bislang gibt es keine europaweit einheitlichen Regeln zur Ahndung derartigen Finanzgebrechens. So verfügen die Kontrollbehörden in einigen Ländern nicht über alle erforderlichen Ermittlungs- und Sanktionsbefugnisse. In anderen sind für manche Spielarten von Insidergeschäften und Marktmanipulationen gar keine strafrechtlichen Konsequenzen vorgesehen. Da Finanzgeschäfte heutzutage aber grenzüberschreitend

ablaufen und sich so Lücken auftun, verlangt die EU Nachbesserungen. In den ersten vergangenen Oktober vorgestellten Gesetzesvorschlägen gegen Marktmissbrauch sollen Zins-Saboteure nun explizit und unmissverständlich mit aufgenommen werden.

Auslöser dieses Schrittes war die aufgeflogene Beeinflussung des wichtigen Interbankenzinssatzes Libor durch Mitarbeiter der britischen Barclays-Bank. Nach Aussage von EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia laufen zu den kartellrechtlichen Ermittlungen wegen einer möglichen Manipulation des europäischen Pendantes Euribor und des japanischen Tibor-Richtwerts durch brancheninterne Absprachen. Nach jetzigem Stand sehe es so aus, dass „ein Verstoß möglich ist“, sagte Almunia.

Die Bedeutung der Richtzahlen, die den durchschnittlichen Zinssatz der Banken für Geldverleih-Geschäfte untereinander auf Schätzungsbasis beziffern, ist immens: Von ihnen hängen Finanzprodukte im Umfang von mehr als 500 Billionen Euro ab. „Praktisch jedes Fi-

nanzgeschäft auf der Welt wird von ihm tangiert“, sagte Reding. Weil das zu auch Hypotheken, Immobilien-Darlehen oder Kreditkarten-Zinsen gehörten, zahle bei Manipulationen am Ende auch der einfache Hauslehaber und Student mit Bildungskrediten drauf.

Mit Blick auf den publik gewordenen E-Mail-Verkehr betrügerischer Banker, die sich für ihre gemeinsamen Absprachen gegenseitig auf die Schulter klopfen, geriet Reding in Rage. „Diese E-Mails sollten uns innehalten lassen. Ploppende Champagnerflaschen wegen künstlich manipulierter Zinssätze zeigen schon ein sehr dreistes Verhalten.“ Einige Banker ähnelten mit ihrer abzockeri-

schen „Kasino-Mentalität“ eher korrupten „Gangstern“ als kundenorientierten Finanzexperten.

In den Augen der EU hat die private Selbstregulierung der Finanzmärkte versagt, nun soll eine öffentliche Aufsicht her. „Die totale Abwesenheit jeglicher Moral und das skandalöse Verhalten“ hätten das Vertrauen in die Marktakteure erschüttert, schimpfte der für Binnenmarktfragen zuständige Kommissar Michel Barnier und brachte eine neue staatliche Kontrollinstanz ins Spiel. Wie genau diese aussehen könnte, werde unter Beteiligung von Experten der Europäischen Zentralbank geprüft. Dasselbe gelte für die bisherige Berechnungsme-

thode von Libor, Euribor und Co. Tatsächlich beruhen die Zinssätze nämlich nicht auf echten Transaktionen, sondern werden aus Schätzungen der wichtigsten Banken ermittelt – beim Libor sind das gerade einmal 18 weltweite Institute, beim Euribor immerhin 43 Geldhäuser aus dem Euroraum.

Weil anstatt echter Zinsen lediglich Einschätzungen der Banken über ihre Finanzierungsbedingungen zugrunde liegen, sind frisierte Werte verlockend. Mit dem Thema der Richtwert-Berechnung und künftigen Kontrolle befassen sich deshalb auch Europas Notenbanken bei einem Treffen Anfang September in Frankfurt.

Über den neu gefassten Gesetzesvorschlag aus Brüssel müssen nun die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament beraten. Er soll Barnier zufolge noch vor Jahresende beschlossen werden und sicherstellen, dass bei Zins-Manipulation unmissverständlich der Gang ins Gefängnis, ein Eintrag ins Vorstrafenregister und drastische Geldbußen drohen. *dapd*

„Ploppende Champagnerflaschen wegen künstlich manipulierter Zinssätze zeigen schon ein sehr dreistes Verhalten“

Viviane Reding, EU-Justizkommissarin

BÖRSE

INDIZES

Indizes	19.50 25.07.	Schluss Vortrag	%/-	Hoch/Tief 52-W.
Dax	6406,52	6390,61	0,25	7382,80 - 4965,80
Latex DAX	6420,14	6348,69	1,27	7301,95 - 5044,75
MDAX	10475,22	10400,08	0,71	10945,93 - 7783,39
TeCDAX	757,00	748,63	1,01	851,39 - 616,87
Latex TeCDAX	757,00	745,70	1,52	851,81 - 616,87
S&P	4816,89	4821,13	-0,09	5444,21 - 4108,02
Latex S&P	4816,89	4811,11	0,10	5427,48 - 4123,27
Hofax	3295,13	3286,45	0,26	3754,90 - 2555,61
Latex Hofax	3295,13	3288,31	0,22	3754,90 - 2555,61
Euro-Stock-50	5697,1	5681,4	0,28	6511,22 - 444,13
Stoxx 50	2372,85	2378,54	-0,22	2563,27 - 1983,56
Croco 50	2189,09	2151,54	0,35	2763,99 - 1935,89
Nasdaq Comp	1341,19	1338,31	0,22	1422,38 - 1074,77
Dow Jones	12719,38	12617,32	0,81	13338,66 - 10044,49
Nasdaq Comp	2864,51	2862,99	0,05	3134,17 - 2298,89
S&P 500	1341,19	1338,31	0,22	1422,38 - 1074,77
Bovespa	5258,21	5263,63	-0,10	6869,99 - 4793,49
BSE Sensex	16846,05	16918,08	-0,43	18894,00 - 15135,86
Shanghai	2360,08	2375,99	-0,67	3002,49 - 2254,57
Hang Seng	18877,33	18893,20	-0,14	22888,33 - 16710,35
Nikkei 225	8365,00	8488,09	-1,44	10025,15 - 8135,79
RTX	1910,61	1905,41	0,27	2813,19 - 1654,27

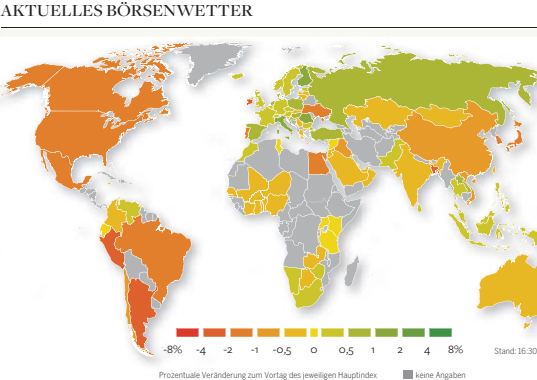
DAX

Name	WKN	Xetra 19.50 25.07.	%/-	Div. €/RnE	EPS Jahres 19.50 25.07.	KGV	Hoch/Tief 52-W.	Markt- kap.
Adidas	A18W99	58,91	0,20	1,00/1,7	3,83/4,51	15,51	64,30/42,42	12,325
Allianz	840001	74,20	0,05	2,50/6,1	11,31/22,60	6,60	94,40/42,42	33,783
BASF	840411	56,16	0,30	2,50/5,5	5,58/6,22	10,16	68,63/42,19	51,582
Bayer	840001	57,05	0,87	1,65/2,9	5,21/5,73	10,95	60,44/35,36	43,177
Beiersdorf	520004	52,84	1,14	0,70/1,3	2,05/2,31	25,83	55,67/36,36	14,116
BMW	555900	55,89	1,29	2,30/4,1	7,83/8,02	7,17	73,95/45,49	35,867
Commerzbank	883200	1,14	0,35	-	0,25/0,30	4,58	2,83/1,12	6,634
Daimler	710000	37,62	1,11	2,20/5,8	5,16/5,80	7,31	53,59/29,02	40,116
Deutsche Bank	540004	22,51	0,49	0,76/3,3	4,50/5,26	5,02	35,15/20,09	29,253
Deutsche Boerse	581005	40,00	0,00	2,93/5,7	4,33/4,64	9,29	53,03/43,83	7,720
Deutsche Post	555200	14,05	0,64	0,70/1,0	1,24/1,38	11,38	14,98/9,98	16,867
Deutsche Telekom	555750	5,89	0,25	0,70/1,0	0,64/0,66	13,90	10,47/4,99	38,062
E.ON	565900	16,25	0,09	1,00/6,2	1,90/1,73	8,66	19,65/10,50	32,506
Fres.Med Care	576580	58,97	1,03	0,46/1,2	3,17/3,45	18,32	59,24/25,56	17,659
Fresenius Vz	576560	84,47	0,42	0,95/1,1	5,35/5,95	15,83	88,03/8,80	14,968
HeidelbergCem	604700	55,81	0,54	0,80/1,0	3,13/4,03	11,48	64,68/32,92	6,714
Henkel Vz	640843	56,11	0,51	0,80/1,0	3,06/3,94	15,58	58,23/36,52	21,930
Infineon	621000	5,35	0,34	0,12/2,2	0,70/3,43	14,46	7,96/4,89	5,817
K+S	634808	38,63	0,81	1,30/3,4	3,12/3,49	12,49	56,80/31,14	7,394
Linde	648300	116,35	0,60	2,50/2,2	7,90/8,77	14,49	136,9/4,63	21,525
Lufthansa	604800	9,72	1,19	0,25/2,6	0,41/0,98	23,60	14,77/5,88	4,451
MAN	597000	78,17	0,47	2,30/2,9	5,34/6,38	14,10	103,05/7,8	11,011
Merck	669990	78,79	0,16	0,91/1,9	7,33/7,97	10,73	87,45/55,92	17,096
Metro	727590	75,74	0,05	0,89/1,9	1,35/6,7	7,04	84,68/2,62	6,562
Münchener Rück	840302	109,40	0,97	6,25/5,7	14,81/15,73	7,38	118,07/1,90	19,620
RWE	787000	30,30	1,25	0,06/0,7	4,04/4,08	14,78	33,22/11,15	18,392
SAP	736460	50,44	0,65	0,70/1,5	3,08/3,52	16,41	54,42/32,63	61,557
Siemens	726100	67,32	0,48	0,35/0,4	6,16/6,95	11,01	74,92/41,33	61,944
ThyssenKrupp	750000	13,84	0,54	0,45/0,3	-1,03/1,04	1,7	32,24/1,45	7,121
VW Vz	765403	133,65	1,25	3,06/2,3	24,62/4,8	5,45	149,88/4,0	61,017

MDAX

Name	WKN	Xetra 19.50	%/-	Dix. €/Stk.	EPS Jahres 19.50	KGV	Hoch/Tief 52-W.	Markt- kap.
Aareal Bank	540811	12,15	0,57	1,17/1,23	7,15	21,90/0,01	0,727	1,005
Audi	646650	40,26	0,29	1,20/3,1	5,51/4,86	7,38	45,73/23,3	18,110
Axel Springer	590135	36,41	1,36	1,70/4,7	3,06/3,21	11,93	39,87/24,44	3,602
BayWa	519406	29,16	0,36	0,60/1,1	1,81/2,14	16,18	33,50/21,51	1,005
Billiger	590000	6,53	0,03	2,50/2,9	5,96/5,83	10,84	76,92/49,79	2,970
Brenntag	621044	24,86	0,10	2,02/2,3	6,75/7,44	11,36	36,96/30,94	4,577
Celastrol	033100	13,79	0,15	0,26/1,8	1,24/1,45	13,13	15,85/9,18	2,335
Continental	549300	68,45	1,20	1,50/2,2	9,57/10,18	7,14	76,78/38,50	13,690
Deutz	630000	4,06	1,13	0,01/0,48	7,50	7,23/3,00	0,302	0,687
Draht	609900	32,19	0,37	1,10/3,1	1,29/1,96	24,95	36,65/26,36	1,269
Dt. Wohnen	040600	13,74	0,07	0,22/1,6	0,51/0,60	26,77	14,45/8,19	2,012
Dt. Euroshop	748020	29,97	0,25	1,10/3,1	1,63/1,70	18,34	31,09/22,05	1,547
Dürr	586520	56,24	0,86	1,00/2,1	5,52/5,98	10,28	54,62/40,04	0,973
EADS	938914	27,95	0,28	0,45/1,4	1,88/2,55	4,85	31,66/9,05	1,785
Ehrlich/Klinger	786602	21,99	1,01	0,40/1,8	1,51/1,75	14,55	25,64/6,43	1,393
Fielmann	572200	71,03	0,12	2,50/3,5	3,14/3,29	22,65	80,85/60,00	1,400
Frappot	577300	44,57	1,12	1,25/2,8	2,55/2,90	17,47	48,07/30,07	4,106
Fuchs Vz	570043	42,12	0,40	1,00/2,8	2,77/2,99	15,16	46,21/26,78	2,895
GAGFAH	A00007	2,76	0,28	0,03/0,28	2,46	8,49/3,43	1,755	0,667
Ges. Group	600200	21,92	0,32	0,55/2,5	1,85/2,11	11,73	64,86/3,61	3,999
Gerresheimer	A00046	38,99	0,24	0,60/1,5	2,54/2,97	15,40	40,41/27,1	1,224
Geyer Weber	380410	33,15	0,42	0,60/2,0	1,69/2,50	19,56	34,82/8,68	1,522
Gildemeister	138700	11,63	0,66	0,25/2,1	3,37/4,36	8,35	16,44/4,44	0,687
GSW Immo	090111	29,00	0,83	0,90/1,1	1,47/1,58	12,97	29,99/9,51	1,465
Hannover Rück	623212	47,13	0,44	0,10/4,5	6,15/6,16	7,66	48,85/28,58	1,684
HLA	A05848	17,34	0,16	0,65/0,7	1,12/1,31	15,57	20,54/9,19	3,119
Hochtief	600000	36,44	0,01	2,52/3,99	14,48	58,70/35,60	2,816	0,667
Hugo Boss AG	A10007	82,55	2,31	2,88/3,5	4,70/5,31	17,54	89,59/25,51	5,812
Kabel Deutschland	K02888	48,71	0,32	1,50/2,0	3,34/3,29	14,89	51,71/31,74	4,400
Klöschner & Co	K03000	37,44	1,12	0,60/1,8	2,16/2,42	4,2	17,96/6,65	0,667
Kronos	630000	37,44	1,12	0,60/1,8	3,16/3,60	11,82	58,85/33,11	1,183
KUKA	620440	18,05	0,74	1,30/1,47	3,67	16,97/10,10	0,612	0,667
Lanxess	540004	53,97	1,62	0,85/1,6	7,04/7,68	7,67	64,43/30,41	4,490
Leoni	540808	29,07	0,19	1,50/2,5	5,30/5,41	5,52	42,47/20,51	1,400
MTU Aero Engines	A00911	59,45	1,85	1,20/2,1	4,33/4,93	13,68	60,84/40,01	3,521
ProSiebt	707717	16,04	1,83	1,17/1,3	1,88/2,07	8,57	20,40/10,00	3,527
Puma	696960	213,10	0,76	2,00/0,19	16,71/1,76	13,21	277,18/89,21	3,174
Rational	080100	181,15	0,01	5,50/0,8	60,78/5,22	23,27	193,81/5,35	2,040
Rheinmetall	703000	38,19	0,24	1,80/4,7	5,38/5,86	7,09	63,90/30,00	1,512
Rhin-König	704200	17,68	1,03	0,45/2,1	1,03/1,20	17,20	22,61/5,10	2,444
Salzgitter	620000	27,59	0,68	0,62/1,4	1,27/2,95	21,33	45,97/1,47	1,658
SGL Carbon	723000	33,34	0,57	0,20/0,6	1,19/1,42	28,01	48,26/29,25	2,351
Stadion	900000	2,50	2,00	0,02/1,2	0,16/1,76	7,4	3,63/1,38	1,948
St. Pauli	723100	25,53	2,70	0,37/1,5	2,61/3,95	9,71	27,41/14,06	1,507
Synce	729700	27,31	0,53	0,70/2,6	2,55/2,50	10,74	28,94/19,16	5,171
Südmetall	599900	24,99	1,85	0,62/2,5	1,48/1,64	16,83	25,51/5,92	2,953
TUI	746000	47,81	0,81	0,03/0,60	1,484	6,80/3,11	1,196	0,934
Vorsch	710000	71,21	0,21	2,50/3,5	4,86/5,63	14,61	90,10/82,76	1,489
Wacker Chemie	W0688	47,52	0,42	0,20/2,2	3,36/3,80	16,19	141,04/5,80	2,729
Wincor Nindorf	A0016	28,22	0,32	1,70/6,0	2,22/2,87	12,71	44,62/6,41	0,934

© Alle Rechte vorbehalten - Axel Springer AG, Berlin - Jede Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.as-infopool.de/lizenzierung



Prozentuale Veränderung zum Vortag des jeweiligen Hauptindex ■ keine Angaben Stand: 16.30 Uhr 26.07.12

DEUTSCHE AKTIEN

HT 52 Wochen	Name	DW Euro	19.50 25.07.	%/-	HT 52 Wochen	Name	DW Euro	19.50 25.07.	%/-
46,60-15,41	26 Energy	0,33	0,39	0,16	7,40-4,08	Integrals	0,1	5,68	0,17
0,00-0,05	BU Holding	0,01	0,43	0,02	1,35-1,195	Interplay	0,0	2,09	0,01
3,16-1,15	ASC	0,1	0,00	0,00	14,60-9,37	Infineon	0,1	13,29	0,07
1,23-0,65	Siemens	0,33	0,39	0,16	7,40-4,08	Integrals	0,1	5,68	0,17
1,95-0,84	ad pper	0,01	0,00	0,00	7,35-7,51	Intelligence	0,125	0,10	0,28
1,29-0,15	Siemens	0,33	0,39	0,16	1,01-3,80	ION Navigation	0,1	1,55	0,05
7,75-5,64	ad pper	0,01	0,00	0,00	1,01-3,80	ION Navigation	0,1	1,55	0,05
10,18-7,37	ad pper	0,01	0,00	0,00	1,01-3,80	ION Navigation	0,1	1,55	0,05
4,89-2,00	Advisio Tech.	0,2	0,23	0,07	1,01-3,80	ION Navigation	0,1	1,55	0,05
4,29-2,45	Advanced Inf.	0,12	0,27	0,15	0,23-0,23	Ionics	0,1	0,23	0,01
3,49-1,65	ASC	0,1	0,00	0,00	1,01-3,80	ION Navigation	0,1	1,55	0,05
1,21-0,80	Akers	0,65	0,90	0,30	1,01-3,80	ION Navigation	0,1	1,55	0,05
11,88-8,41	Airbus	0,1	0,00	0,00	1,01-3,80	ION Navigation	0,1	1,55	0,05
10,18-7,37	Air Berlin	0,1	0,00	0,00	1,01-3,80	ION Navigation	0,1	1,55	0,05
7,75-5,64	Airbus	0,1	0,00	0,00	1,01-3,80	ION Navigation	0,1	1,55	0,05
10,18-7,37	Alfor	0,1	0,00	0,00	1,01-3,80	ION Navigation	0,1	1,55	0,05
1,21-0,80	All for the Sea	0,15	0,16	0,14	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,95-0,84	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,29-0,15	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
11,88-8,41	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
11,88-8,41	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
11,88-8,41	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
11,88-8,41	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
11,88-8,41	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
11,88-8,41	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
11,88-8,41	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
11,88-8,41	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
11,88-8,41	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
11,88-8,41	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
11,88-8,41	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
11,88-8,41	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
7,75-5,64	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
10,18-7,37	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,89-2,00	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
4,29-2,45	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
3,49-1,65	Algerie holding	0,48	0,58	0,10	0,60-0,60	Kano Logistik	0,15	0,03	0,02
1,21-0,80	Algerie holding	0,48	0,58						

WELT DIALOG

Nachhaltige Energiewende

Lösungen für das Energiesystem von morgen



Der nachhaltige Erfolg der Energiewende ist zum großen Teil von der gesellschaftlichen Akzeptanz abhängig. Deshalb werden im Energie-Dialog mit Experten von RWE, Siemens und der Deutschen Energie-Agentur (dena) Leserfragen rund um dieses Thema geklärt.

Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz – das sind die drei Hauptanforderungen des Energiesystems in Deutschland. Auch der zukünftige Energie-Mix muss und wird sich daran orientieren.

Für die Herausforderung der Energiewende, die einen radikalen Umbau der deutschen Energieversorgung notwendig macht, ist der nachhaltige Umgang mit den zur Verfügung stehenden Energieressourcen zwingend notwendig. Fünf Eckpunkte bilden das Fundament für eine erfolgreiche Gestaltung der Energieversorgung in Deutschland:

1. Steigerung der Energieeffizienz
2. Reduzierung des CO₂-Ausstoßes
3. Entwicklung und Ausbau von Energiespeichern
4. Weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien
5. Konzeption und Bau intelligenter Netze



„Deutschland ist gut beraten, weiterhin in Klimaschutzmaßnahmen zu investieren“

Stephan Kohler, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena)

Für ein Einfamilienhaus suche ich eine Möglichkeit, um Energie zu speichern. Welche Forschungsergebnisse gibt es, die auch in die Praxis übernommen werden können?

Die Experten-Antwort von RWE: Um durch Photovoltaik erzeugten Strom zwischenspeichern und z. B. nachts oder bei wolkeigem Himmel den Haushalt mit selbst erzeugtem Strom zu versorgen, bieten sich auch Batteriezwischenspeicher an. Je nach Speicherkapazität sind die Batterien unterschiedlich leistungsfähig. Eine Batterie, die einen 4-Personen-Haushalt etwa einen Tag mit Strom versorgen kann, ist heute ungefähr so groß wie ein Kühlschrank. Zu unterscheiden sind Blei-Säure-Systeme und Lithium-Ionen-Systeme. Beide Systemvarianten sind heute am Markt erhältlich. Die am weitesten fortgeschrittenen Systeme, in der Regel Li-Ion, haben heute eine Lebensdauer von rund zwanzig Jahren. Künftig werden intelligente Hausautomatisierung und Stromsteuerung in engem Zusammenspiel mit einer hauseigenen Stromerzeugung in Form von PV-Anlagen oder Mikro-Kraftwerken immer mehr zum Einsatz kommen.

Andreas D. fragt:

Umfrage-Ergebnis

Sind Elektroautos die Zukunft der Mobilität?

28 % Ja

31 % Nein

42 % Sie sind nur ein Baustein

Quelle: WELT ONLINE

Viele Leser haben ihre Fragen an die Experten geschickt. Dabei spiegeln sich alle Bereiche von der Stromerzeugung bis hin zum Energieeinsatz in den eigenen vier Wänden wider und werden angeregt diskutiert. Zum Teil werden sogar ganz konkrete Einzelfälle angesprochen: Zum Beispiel dann, wenn nach staatlichen Fördermitteln für Mikro-Blockheizkraftwerke in Privathäusern gefragt wird. Dazu erklärt Ingo Alpheus von RWE Effizienz:

„Die Höhe des Investitionszuschusses ist dabei an die elektrische Leistung der Anlagen gekoppelt: Kleine Anlagen von 1 kW elektrischer Leistung (für Ein- und Zweifamilienhäuser) erhalten einmalig 1500 Euro Zuschuss, größere Anlagen mit 5 kW elektrischer Leistung hingegen 2500 Euro.“



„Energie macht nicht an den Grenzen halt. Deshalb kommt der weiteren Vernetzung mit unseren Nachbarn eine große Bedeutung zu“

Dr. Michael Süß, Mitglied des Vorstands der Siemens AG und CEO Sektor Energy

Aber nicht alle Fragen sind individuell und fallbezogen. So interessiert viele Leser, wie der scheinbare Widerspruch aufgelöst werden soll, dass einerseits der CO₂-Ausstoß reduziert werden soll, andererseits aber weiterhin der größte Anteil der Energieversorgung über konventionelle Gas- und Kohlekraftwerke gedeckt werden muss. Stephan Kohler von der Deutschen Energie-Agentur (dena) erklärt: „Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, aber auch durch die Modernisierung des konventionellen Kraftwerksparks und den effizienteren Einsatz von Energie in allen Anwendungsbereichen kann Deutschland seine Emissionen mittel- und langfristig deutlich verringern.“

Angeht die Euro-Krise, die massiven Einfluss auf Wirtschaft und Finanzmärkte hat, befürchten viele Leser, dass der Klimaschutz ins Hintertreffen geraten könnte und es nicht so leicht sein wird, Investitionen für den Klimaschutz zu finanzieren. Klimaschutz muss sowohl von

Stromerzeugern als auch von Verbrauchern gelebt werden. Zudem ist es von wesentlicher Bedeutung, dass Klimaschutz weltweit betrieben wird. Denn CO₂ und andere Emissionen kennen keine Ländergrenzen.

Laut der Deutschen Energie-Agentur (dena) ist Deutschland gut beraten, weiterhin in Klimaschutzmaßnahmen zu investieren bzw. günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Denn die Auswirkungen des Klimawandels treffen auch Deutschland. Außerdem gehören Deutschlands Unternehmen in den Bereichen der Umwelt- und Klimaschutztechnologien zu den Marktführern. Diese Technologien sind weltweit gefragt, auch weil Deutschland aufgrund seiner Vorreiterrolle hier schon wichtige Erfahrungen sammeln konnte.

RWE zum Beispiel hat in den letzten Jahren mehr als 15 Milliarden Euro in den Ausbau von erneuerbaren Energien und in die Modernisierung des Kraftwerksparks investiert.

„Wer ein Blockheizkraftwerk im Keller seines Eigenheims installiert, bekommt einmalig mindestens 1500 Euro staatliche Förderung dazu“

Ingo Alpheus, Vorsitzender der Geschäftsführung der RWE Effizienz GmbH



Der Energie-Dialog: Sie fragen – Experten antworten

Wie die Energiewende in Deutschland nachhaltig gestaltet werden kann, steht diesmal als Hauptthema im Zentrum vom aktuellen WELT DIALOG. Ihre Fragen dazu beantworten bis zum 27.07.2012 unter www.welt.de/energiedialog Energie-Experten von RWE, Siemens und der Deutschen Energie-



Agentur (dena). Lesen Sie hier ausgewählte Beispiele aus dem laufenden Energie-Dialog.

Wir können die Energieversorgung Deutschlands nicht allein stemmen. Aber wie gut ist denn die Vernetzung in Europa wirklich?

Die Experten-Antwort von Siemens: Die deutschen Stromnetze sind im internationalen Vergleich ausgesprochen gut mit denen der Nachbarländer vernetzt. Europaweit müssen aber noch Leitungen dazukommen, was teilweise auch bereits passiert. Beispielsweise ist vergangenes Jahr ein Seekabel zwischen den Niederlanden und Großbritannien in Betrieb gegangen.

Martina H. fragt:

Ist die Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energie möglich?

Die Experten-Antwort von dena: Potenziell sind regenerative Energiequellen in der Lage, die Stromversorgung zu 100 Prozent zu übernehmen. Allerdings nur unter bestimmten Bedingungen. Gerade in der Stromversorgung geht es um den Aufbau einer neuen Infrastruktur und die Integration von neuen Speichertechnologien, die für den Ausbau der Erneuerbaren erforderlich sind. Dieser Wandel wird Jahrzehnte dauern. So müssen insbesondere die Stromversorgungsnetze in den kommenden Jahren deutlich ausgebaut werden. Als integrierter Industriestandort benötigt Deutschland eine hohe Versorgungssicherheit, Netzstabilität und konkurrenzfähige Preise für die Industrie, aber auch sozialverträgliche Strompreise für die Bevölkerung. Daher wird, bis die oben genannten Bedingungen erfüllt sind, Deutschland einen Teil des Strombedarfs über fossile Kraftwerke auf Kohle- und Erdgasbasis decken.

Robert R. fragt:

Die Partner im Energie-Dialog bedanken sich für die vielen spannenden Fragen und interessanten Beiträge.

Energie-Dialog



Diskutieren Sie mit uns auf www.welt.de/energiedialog



SPORT

AUSZEIT

Hey Leute, ich bin's!

Wenn ein Bürgermeister die Fahrgäste um etwas mehr Geduld im Nahverkehr bittet

JENS HUNGERMANN

Mittwochmorgen, U-Bahn-Station St. Pancras/London, North Line. Der Bahnsteig ist gerammelt voll, der nächste Zug lässt auf sich warten. Plötzlich scheppert fröhlich eine Stimme aus den Lautsprechern. „Hey Leute, hier spricht der Bürgermeister! Dies ist der größte Moment in London's Leben seit 50 Jahren.“ Tatsächlich, es ist Boris Johnson, der da spricht. Und er hat wirklich „London's Leben“ gesagt.

Nur: der größte Moment, wartend auf einem Bahnsteig? Schon schade, irgendwie. Aber dann fährt Johnson auch schon fort: „Wir heißen jeden Tag eine Million Leute in unserer Stadt willkommen, und das wird einen Riesendruck auf unser Streckennetz bedeuten. Seien Sie nicht überrascht, planen Sie Ihre Reise auf GetAheadoftheGames.com!“

Nett von ihm, oder? Und ein schönes Vorbild für andere (sogenannte) Weltstädte. In Berlin zum Beispiel sind von Januar bis Mai 950.000 Zugkilometer der S-Bahn ausgefallen. Vielleicht scheppert demnächst Klaus Wowereits Stimme aus Lautsprechern: „Hallo, Leute, hier spricht Euer Regierender! Bisschen blöd, dass jetzt kein Zug kommt. Aber kein Grund für schlechte Laune. Packen'se sich doch 'ne Schrippe mehr ein, genießen'se die schöne Aussicht in unserer sexy Stadt und freuen'se sich, dat'se nich' vom BER fliegen müssen – dit dauert nämlich noch länger. Tschüssi!“

KOMPAKT

FUSSBALL

Bayern lassen im Kampf um Bender nicht locker

Bayern Münchens Vorstandschef Karl-Heinz Rummenigge hat einen Transfer von Lars Bender von Bayer Leverkusen trotz der Absage des Ligarivalen und des Nationalspielers selbst nicht abgelehnt. „Dass der Spieler großes Interesse hat, nach München zu kommen, das wissen wir. Aber ob das am Ende des Tages zu einem Transfer führen wird, kann ich nicht voraussagen“, sagte der 57-Jährige: „Die Frage sei nach wie vor, ob es einen ‚Preis gibt, bei dem beide Vereine ‚Ja‘ sagen zu einem Transfer“.

OLYMPIA

Rassistischer Kommentar: Griechin gefeuert

Wegen eines rassistischen Twitter-Kommentars ist die griechische Dreispringerin Voula Papachristou am Mittwoch vom nationalen Verband von den Olympischen Spielen ausgeschlossen worden. Papachristou hatte den Satz „Mit so vielen Afrikanern in Griechenland werden die Mücken aus dem West-Nil zumindest Essen von zu Hause bekommen“ getwittert. Die Athletin hat den Beitrag inzwischen gelöscht.

Britische Frauen

gewinnen Eröffnungsspiel

Bereits zwei Tage vor der Eröffnungsfeier in London haben die britischen Fußballerinnen den Gastgeberinnen einen gelungenen Auftakt der Olympischen Spiele beschert. In Cardiff gewann die britische Auswahl in der Gruppe E gegen Neuseeland mit 10:0 (5:0). Vize-Weltmeister USA siegte nach einem 0:2-Rückstand noch mit 4:2 (2:2) gegen Frankreich in Gruppe G. Weltmeister Japan bezwang Kanada mit 2:1 (2:0).

US-Basketballer deklassieren Spanien

Mit einer eindrucksvollen Demonstration hat Goldfavorit USA die Ansprüche auf den Olympiasieg unterstrichen. In der Nacht zu Mittwoch bezwangen die Amerikaner Hauptkonkurrent Spanien in der Neuauflage des Finals von 2008 in Peking (18:107) in Barcelona mit 100:78 (48:40).

ALLGEMEIN

Aus technischen Gründen finden Sie die Golf-Kolumne von Adrian Grosser während der Olympischen Spiele in London unter: www.welt.de/golf



Langer Atem: Britta Steffen startet in London bei ihren vierten Olympischen Spielen

KELLER TRÄGT DIE DEUTSCHE FAHNE

Mit Natascha Keller wird nach zwölf Jahren erstmals wieder eine Frau die deutsche Mannschaft als **Fahnenträgerin** bei olympischen Sommerspielen anführen. „Das ist das i-Tüpfelchen meiner Karriere“, sagte die Hockey-Rekordnationalspielerin. Keller wird am Freitag bei der Eröffnungsfeier in London vor den rund **200 deutschen Athleten** ins Olympiastadion einmarschieren. „Es wird eine tolle Motivation für mich und meine Mannschaft“, sagte die 35-Jährige Berlinerin, die zum fünften Mal an Olympischen Spielen teilnimmt. Im deutschen Team

kam die Wahl durch den DOSB für Keller gut an: „**Oleee Taschi** trägt die deutsche Fahne! Glückwunsch!“, twitterte Nina Hasselmann. Moritz Fürste schrieb: „Sie ist eine fantastische Botschafterin für unseren Sport.“

Keller tritt in große Fußstapfen. 2008 in Peking hatte Basketball-Superstar **Dirk Nowitzki** die Fahne getragen. „Ich habe schon Bedenken, ob ich es so hinkriege wie Dirk Nowitzki, der größer und stärker ist als ich bin“, sagte Keller. 2000 hatte die Ruderin Birgit Fischer in Sydney die deutsche Fahne getragen.

Dutt macht den Chorleiter

Neuer Sportdirektor des DFB möchte schon in der Jugend das Mitsingen der Nationalhymne trainieren lassen

■ **Leverkusens ehemaliger Trainer tritt die Nachfolge von Matthias Sammer an: „Ich muss meinen eigenen Weg finden“**

JÖRN MEYN

Vier Tage ist es erst her, da erklärte Robin Dutt im Interview mit der „Welt“, dass der Job als Bundesligatrainer sein absoluter Traumberuf ist. Obwohl es eine kräftezehrende Arbeit sei, von der sich der 47-Jährige nach seinem Rauswurf bei Bayer 04 Leverkusen ein paar Spieltage vor Schluss der vergangenen Saison erst einmal erholen musste. Nach der bitteren Erfahrung beim Werkklub, so Dutt, „wusste ich, dass ich in diesem Sommer keinen Job machen werde“.

Am Mittwochmittag wurde mal wieder der Beweis erbracht, dass es im Fußballgeschäft manchmal schneller geht, als gedacht, und morgen schon wieder alles anders sein kann. Der Deutsche

Fußball-Bund (DFB) stellte in Frankfurt am Main überraschend seinen neuen Sportdirektor vor, und der hieß Robin Dutt. Der gebürtige Kölner tritt die Nachfolge von Matthias Sammer an, der Anfang des Monats den Posten des Sportvorstands beim FC Bayern übernommen hatte. Dutt, dessen Vater aus Indien stammt, erhält einen Vertrag für vier Jahre und beginnt seinen Dienst offiziell am 1. August. Als Sportdirektor wird Dutt beim DFB alle Auswahlmannschaften unterhalb der A-Nationalmannschaft verantworten.

„Beim DFB sind Konzepte vorhanden, die in den letzten Jahren wahnsinnig erfolgreich waren“, sagte Dutt und lobte damit die Arbeit Sammers, in dessen Amtszeit der Gewinn der EM-Titel bei den Nationalmannschaften U 21 (2009), U 19 (2008) und U 17 (2009) fiel. Als Hauptaufgabe nannte Dutt deshalb auch zunächst, „diese Konzepte weiter voranzutreiben“. Nach Sammers überraschendem Abgang beim DFB war über mögliche Nachfolger spekuliert worden. Oliver

„Ich war voller Druck, Angst und Emotionen“

Obwohl sie Olympiasiegerin wurde, hat Britta Steffen auch schlechte Erinnerungen an Peking und freut sich nun auf London

Britta Steffen war die Rettung. Bei den Olympischen Spielen 2008 bewahrte sie das deutsche Schwimmteam mit ihren zwei Goldmedaillen vor der totalen Blamage. Die Berlinerin zählte zwar zu den großen Favoritinnen, dass sie aber sowohl die 50 als auch die 100 Meter Freistil gewann, war dann doch ein überraschender Triumph. Nach dem Debakel bei den Weltmeisterschaften 2011, als sie das 100-Meter-Finale verpasste, gilt die 28-Jährige nun wieder als große Medaillenhoffnung bei den Olympischen Spielen in London. Ihren ersten Start hat sie Samstag in der 4x100-Meter-Freistilstaffel.

DIE WELT: Frau Steffen, die Niederländerin Ranomi Kromowidjojo hat dieses Jahr beeindruckende Zeiten über die 50 und 100 Meter hingelegt. BRITTA STEFFEN: Ja, das war wirklich Wahnsinn!

Aber Sie sind die Doppelolympiasiegerin. Mit welchem Anspruch gehen Sie in Ihre Einzelrennen?

Ich werde mich nicht kampfflos geschlagen geben. Es wird aber sehr schwierig werden, denn Ranomi ist über die 100 Meter Freistil fast eine Sekunde schneller geschwommen als der Rest der Welt. Das ist schon unglaublich.

Mit Ihren Erfolgen gehen Erwartungen einher. Das ist ein ziemlicher Druck, an dem auch viele Sportler zerbrechen. Wie nah waren Sie dem schon einmal?

Ich glaube, dass es in der heutigen Zeit durch die Vernetzung der Medien relativ schnell geht, dass du ausbrennst, weil du jederzeit mit diesem kleinen Telefon deine Mails checken, Nachrichten lesen und Mails schreiben kannst. Du bist ja total greifbar und teilweise finde ich es heftig, wie internetsüchtig und nachrichtenteil manche Leute sind.

Wie informieren Sie sich?

Ich bin nicht der Newsticker-Leser und muss ständig auf Zack sein. Ich bevorzuge es, abends Nachrichten zu hören – im Radio.

Und wie nah waren Sie dennoch schon einmal dran, sich ausgebrannt zu fühlen?

Ich glaube, dass es wirklich stark vom Umfeld abhängig ist. Wenn du Menschen hast, die dich erden, bei denen du einfach mal alles herauslassen kannst, dann geht es auch wieder. Wenn du immer alle alleine mit dir herumträgst, kann es sehr schwierig werden. Es gibt Wochen, in denen alles läuft und Tage, an denen alles schiefgeht. Aber mit mei-

ner Mutter bin ich da auf der richtigen Seite. Papa unterstützt dann Mama, und Mama unterstützt mich – so baut einer den anderen auf.

Bei den Olympischen Spielen 2008 war der Druck so groß, dass Sie in Ihr Tagebuch schrieben: „Die 100 Kraul werden mein letztes Rennen sein.“ Können Sie das heute noch nachvollziehen?

Das kann ich super nachvollziehen, weil alles so sehr aufgebaut wurde, nachdem die Ergebnisse der deutschen Mannschaft nicht gut waren. Jeden Tag, wenn ich vom Training kam und an den Medienleuten vorbeiging, kam der Spruch: „Na, ich bin mal gespannt, was du jetzt machst.“ Aus anderen Ländern kamen Trainer zu mir und sagten: „Jetzt kannst nur noch du die Ehre der deutschen Schwimmer retten.“ Das baute einen ziemlichen Druck auf. Es war mit die härteste Zeit, die ich durchlebt habe. Ich habe mich mit allen gestritten, die mir wichtig waren – außer mit meiner Familie.

Auch mit Ihrem Trainer und Freunden?

Auch mit meinem Trainer Norbert Warnatzsch, mit meiner Psychologin Frau Janofske. Und ich habe mich mit meinem damaligen Freund total zerstritten. Mit allen.

Warum war das so?

Weil ich so voll war mit Emotionen, Druck und Angst, dass ich froh war, wenn alles vorbei sein würde. Ich wollte die 100 Meter Freistil ja nicht mal mehr schwimmen. Aber dann musste ich ja.

Kann es Ihnen noch mal so ergehen?

Nein. Das Schwierige an Olympischen Spielen ist, dass sie nur alle vier Jahre kommen. Meine ersten Spiele hatte ich mit 16 Jahren – das war, als über Franziska van Almsick in einer Zeitung stand: „Franzi von Speck – als Molch holt man kein Gold“. Da dachte ich mir: „Super, wenn du ein Nationalheld bist und dann läuft es mal nicht so gut, treten sie dich alle in den Boden.“ Ich habe mein großes Vorbild nur weinen gesehen. Das hat mich sehr stark geprägt. 2004 bin ich am ersten Tag auf der Tribüne ausgerutscht, habe mir den Fuß verknackt, und die vier Jahre Vorbereitung waren umsonst.

2008 in Peking war dann nach Erfolgen in den zwei Jahren zuvor die Erwartungshaltung groß.

Und es war klar, dass von mir eine Medaille, am besten Gold, erwartet wurde.

Es war für mich schwierig, damit umzugehen. Da kam viel zusammen, ohne meine Familie, und auch ohne Norbert und Frau Janofske, die sich trotz allem wahnsinnig Mühe mit mir gegeben haben, wäre das nichts geworden.

Warum sind Sie sich so sicher, dass Sie in eine Gefühlswelt wie 2008 nicht noch einmal geraten?

Der Punkt ist, dass ich alle Titel habe, die du als Schwimmer erreichen kannst. Derzeit halte ich auch die beiden Weltrekorde über 50 und 100 Meter Freistil.

Dann hätten Sie doch sagen können: Ich habe alles, ich höre auf.

Der Drang, mich noch einmal zu stellen, ist da. Ich liebe die Herausforderung und es gibt nichts Größeres für mich, als dieses Leben so zu leben, wie ich es gerade fühle. Meinen Geist und meinen Körper zu trainieren und Ziele und Visionen zu haben. Ich kann nicht ewig schwimmen, und deshalb möchte ich die Zeit noch nutzen. Ich könnte vielleicht noch mal vier Jahre nach London weiter machen, dann aber wahrscheinlich nur noch über die 50 Meter antreten, weil die Jugend einfach nachkommt. Aber ich arbeite an mir, werde versuchen, das Beste aus mir herauszuholen und bin auf das Ergebnis gespannt.

Es ist das wirklich so einfach, sehen Sie das so gelassen? Der Erfolg gibt mir eine gewisse Art von Freiheit. Olympiasiegerin bin ich ewig. Wenn dieses Mal andere schneller sind, muss ich in den sauren Apfel beißen und das akzeptieren. Als Athlet solltest du dich auch mit anderen freuen können, wenn sie Wahnsinnsleistungen bringen.

Sie haben mit Paul Biedermann einen Partner an Ihrer Seite, der die Herausforderungen für einen Topathleten ebenfalls kennt. Was haben Sie von ihm gelernt?

In den ganzen Jahren (Steffen wiederholt ihre Frage und lacht.) Ich tu gerade so, als seien wir eine Ewigkeit zusammen. Ich habe eine ganze Menge gelernt. Er ist absolut professionell, sobald ein Wind weht, greift er zu seinem Schal und legt sich den um den Hals. Manchmal fand ich das wirklich übertrieben, aber Paul hat ja Recht. Er ist halt Vollprofi und so was von genau und vorsichtig und auf seine Gesundheit bedacht – da habe ich viel gelernt, auch wenn ich ihn am Anfang belächelt habe.

Interview: Melanie Haack

„Ich bin froh, dass der DFB diese kompetente Lösung gefunden hat“

Joachim Löw, Bundestrainer

Bayer 04 Leverkusen gesammelt habe. Als Spieler hatte es Dutt nie über die Verbandsliga hinausgebracht.

DFB-Präsident Wolfgang Niersbach zeigte sich zufrieden mit der Personalentscheidung: „Ich freue mich, dass wir in so kurzer Zeit einen in der Bundesliga anerkannten Topfachmann für diese wichtige Position präsentieren können“, sagte Niersbach. „Ich bin mir sicher, dass Robin Dutt mit seinen Qualitäten die erfolgreiche Arbeit von Matthias Sammer fortsetzen und aufgrund seiner Erfahrung neue Impulse einbringen kann“, so der 61-Jährige.

Vor seiner offiziellen Vorstellung hatte sich Dutt mit Bundestrainer Joachim Löw auf eine gemeinsame Strategie verständigt. Beide werden in Zukunft eng zusammenarbeiten.

Löw, dem ein angespanntes Verhältnis zu Sammer nachgesagt wurde, freute sich über die Verpflichtung: „Ich bin froh, dass der DFB so schnell und gut gehandelt und diese kompetente Lösung gefunden hat“, sagte Löw. Zwischen beiden gäbe es Parallelen, wie man sich den

Fußball vorstellt, so Dutt. „Wir haben eine gemeinsame Wellenlänge entdeckt“, sagte der neue Sportdirektor, der keine Angst vor den großen Fußstapfen seines Vorgängers zu haben scheint: „Matthias Sammer hat hervorragende Arbeit geleistet. Aber ich muss auch meinen eigenen Weg finden.“

Einen ersten Versuch der Profilschärfung unternahm Robin Dutt sogleich am Mittwoch. Nachdem der DFB-Ehrenpräsident Gerhard Mayer-Vorfelder jüngst gefordert hatte, dass das Mitsingen der Nationalhymne vor Länderspielen für die Nationalspieler zu Pflicht werden müsse, äußerte sich auch Dutt zu der Debatte. „Das ist ein interessantes Thema“, sagte er. Deshalb werde er in Zukunft Nachwuchsspieler für das Mitsingen der Hymne sensibilisieren: „Wenn man es erst im A-Bereich thematisiert, ist es grundsätzlich zu spät.“ Eine gemeinsame Singpflicht werde es aber nicht geben. „Das muss aus Überzeugung kommen. Wenn man Sportler zu etwas zwingt, wird nie das herauskommen, was man erreichen will.“



Meister der Inszenierung: Sprint-Olympiasieger Usain Bolt liebt das Spiel mit der Kamera. Sein 100-Meter-Endlauf ist am 5. August

Kamera an, das Spektakel beginnt

ARD und ZDF zeigen 900 Stunden olympischen Sport aus London

■ Viele Entscheidungen können die Zuschauer anhand von sechs Livestreams im Netz verfolgen

■ Das Zweite setzt bei der sportlichen Analyse auf Löws Sportpsychologen Hermann

JENS BIRSCHWALE

S tallgeruch hat er. Danny Boyle begann seine Karriere einst als Regisseur im Londoner Theaterhaus der „Joint Stock Theatre Company“, später zeichnete er für solche Blockbuster wie „Trainspotting“, „The Beach“ oder „Slumdog Millionaire“ verantwortlich. Wer die Filme mal gesehen hat, wird wenig verwundert darüber sein, dass Boyle bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in London am Freitag auf etliche Klischees baut. Die für England angeblich so typischen Kühe, Ziegen und Schafe auf einer Weide werden im Olympia-stadion ebenso zu sehen sein wie ein Cricket-Spiel und eine Mini-Version des Musik-Festivals in Glastonbury.

Seit Monaten feilt der für die Eröffnungsfeier zuständige Regisseur an dem zum Sportspektakel passenden Startschuss. Zuletzt aber musste Boyle das Programm noch einmal reduzieren. Auf

eine kleine Fahrrad-Stuntshow werden die Besucher nun verzichten müssen, weil die Eröffnungsfeier sonst nicht wie vorgesehen in drei Stunden zu Ende gegangen wäre. In Deutschland können die Zuschauer das Ganze am Freitag ab 21.15 Uhr verfolgen. Es ist gleichzeitig der Auftakt für einen heftigen TV-Marathon. Inklusive ihrer Berichterstattung im Internet senden ARD und ZDF 900 Stunden olympisches Sportprogramm. Allein in den beiden Hauptprogrammen sind 260 Stunden Live-Sport vorgesehen. „Unser Ziel ist es, dass die Fernseh-schauer den Sport so miterleben, als seien sie hautnah dabei“, sagt ZDF-Chef-redeakteur Peter Frey.

Ein ehres Unterfangen, das seinen Preis hat. Rund 20 Millionen Euro lassen sich ARD und ZDF die 17 Tage London kosten, insgesamt sind sie mit 480 Mit-arbeitern vor Ort – vor vier Jahren in Pe-king waren es noch knapp 700. Während die privaten Sender den Gigan-tismus bei der Übertragung aus Lon-don anpreisen, wählen sie sich bei den Öffentlich-Rechtlichen auf dem richti-gen Weg. Zumal sie nun sogar den Spar-tenkanal Eurosport übertreffen, der von den 302 Entscheidungen in den 26 Sportarten insgesamt 435 Stunden (da-von 249 live) berichten wird.

Bei den Moderatoren setzen beide Sender auf Altbewährtes – Gerhard Del-ing und Michael Antwerpes für die ARD,

Rudi Cerne und Michael Steinbrecher für das Zweite. Bei den Experten dage-gen gibt es einige Neuerungen. Für das ZDF arbeiten Christian Keller (Schwim-men), der seit einem Trainingsunfall querschnittsgelähmte Ronny Ziesmer (Turnen), Kathrin Boron (Rudern) und Philipp Crone (Hockey) sowie der Sport-psychologie Hans-Dieter Hermann. Die ARD setzt auf Franziska van Almsick (Schwimmen). Insbesondere von Her-mann, sonst für Joachim Löw bei der deutschen Fußball-Nationalmannschaft im Einsatz, versprechen sie sich beim ZDF viel. „Er kann für uns einen Blick in den Athleten hineinwerfen“, sagt ZDF-Sportchef Dieter Gruschwitz. Zudem solle Hermann den Zuschauern auch be-stimmte Rituale der Sportler erklären.

Technische Innovationen sind bei den Übertragungen laut Gruschwitz dagegen nicht geplant. Neu ist allerdings, dass so-wohl ARD und ZDF verstärkt auf das In-ternet setzen. Was bei den vergangenen Spielen meist auf Digitalsender wie Eins-Plus oder ZDFdokü ausgelagert wurde, ist nun in sechs parallelen Livestreams auf den Online-Seiten beider Anbieter umfassend zu verfolgen. Die Bilder über-nehmen ARD und ZDF dabei von der gastgebenden Sendeanstalt Olympic Broadcasting Services, nicht immer ist dabei ein deutscher Kommentator zu hören. Verschmerzbar, meinen sie bei den Öffentlich-Rechtlichen, schließlich gehe es im Wesentlichen um eine mög-lichst umfassende Berichterstattung. „Es gibt so viele olympische Wettkämpfe, aber nur ein Bild. Das Streaming wird uns helfen, dieses Problem zu lösen“, sagt ARD-Teamchef Walter Johannsen. „Das Angebot bietet dem Publikum eine bislang nicht gekannte Vielfalt.“

Dazu gehört auch, dass jeder Stream angehalten und nach einer Pause an der-selben Stelle weiter angesehen werden kann. Darüber hinaus haben die Nutzer die Möglichkeit, in einem laufenden Stre-am vor- und zurückzuspringen. Voraus-setzungen, um das Sportspektakel bei so den Abwinken verfolgen zu können, sind nach Angaben der Sender ein aktueller Browser, ein aktueller Flashplayer und ein DSL-Anschluss mit einer Datenüber-tragungsrate von mindestens zwei Mbit/s.

Swing, London, swing!

Welt-Serie: Sonya First spielt ihre Lieder für Sportler und Touristen

■ Die 19 Jahre alte Studentin träumt davon, einmal die Olympiahymne zu komponieren

S onya First hat Liam Gallagher ei-nes voraus. Die 19 Jahre alte ei-nikerin wird ihre Lieder vor vielen tausend Olympiatouristen spielen. Ganz so privilegiert wie Damon Albarn, Gal-laghers liebster Feind, ist sie jedoch nicht. Der Brit darf nämlich mit seiner Band Blur bei der Abschlussfeier der Olympischen Spiele auftreten. Aber wäh-rend von dem jüngeren der Gallagher-Brüder nur ein überlebensgroßes Plakat in einem Schaufenster nahe des Olym-piarkaps hängt, holt First ein-fache ihre Gitarre aus dem Koffer und spielt los. Ihre Bühne ist die Straße.

Sonya First könnte jetzt auch für die Universität ler-nen, anstatt hier in der Nähe der Stratford Station zu spie-len. Andererseits ist dieser Auftritt wahrscheinlich das beste Training – sie studiert Musik, im Speziellen Gesang. Was gibt es da Besseres, als sich sein Publikum selbst zu suchen und die Reaktionen abzuwarten. Zumal First nicht nur bekannte Lieder großer Künstler spielt, sondern auch ihre eigenen Songs. „Ich liebe es, auf der Straße zu spielen. Hier sind immer Men-schen, die dir zuhören“, sagt die 19-Jähri-ge. Und durch die Spiele in der Stadt werden es täglich mehr Zuhörer. Wenn

es hier in der Nähe der Stratford Station, wo ein großer Teil der Olympiatouristen aussteigen wird, zu voll sein sollte, zieht sie jedoch um. „Richtung South Bank“, sagt sie.

Eigentlich aber möchte First genau hier mittendrin sein, wo alles passiert. „Jeder ist total gespannt und aufgeregt. Die Spiele haben so viel Tradition. Dass ich ein Teil davon sein kann, ist eine Eh-re. Es wird großartig“, sagt die gebürtige Russin.

Ohne Musik ging es bei ihr noch nie: Mit sechs Jahren lernte First Klavier und Mandoline, mit neun Jahren versuchte sie erstmals, eigene Lieder zu schreiben. Mit 14 Jahren brachte sie sich selbst bei, Gitarre zu spielen. „Ich lebe und atme die Musik“, sagt sie. Eines Tages möchte die junge Frau eine professionelle Sän-gerin und Musikerin sein.

Muse haben diesen Schritt längst geschafft. Die briti-schen Kunstrockers liefern mit ihrem Song „Survival“ die of-fizielle Olympiahymne. Im-mer dann, wenn die Sportler ins Stadion einlaufen, wird sie zu hören sein. „Ich träume natürlich davon, dass auch ich eines Tages die Hymne für die Olym-pischen Spiele schreiben darf“, sagt First. Wie sie klingen würde? „Positiver als das Lied von Muse“, sagt sie. Einen Tick zu kämpferisch, zu bombastisch ist es für ihren Geschmack.

Für diese Olympischen Spiele hat First aber erst einmal eine andere Hoff-

nung: Dass einer der Topathleten, viel-leicht sogar ein Olympiasieger, zufällig an ihr vorbeischlendert. „Egal, wer es ist“, sagt sie, „ich würde für ihn spie-len.“ Dass solch eine Begegnung un-wahrscheinlich ist, stört sie nicht – ei-gen-tlich würde sie sowieso am liebsten für eine ehemalige Athletin spielen. „Kelly Holmes war eine großartige Sportlerin und eine inspirierende Persönlichkeit“, sagt First über die ehema-lige Leichtathletin und Doppelolympia-siegerin.

Sportbegeistert? Ja, das ist die junge Frau. Aber sie selbst macht lieber weiter Musik. Die kommenden Tage in London werden ihr auf jeden Fall genügend Ma-terial für neue Lieder bringen. Die Olym-pischen Spiele seien eine Inspirations-quelle, sagt sie. Und als die Studentin zum Abschied „Wonderwall“ von Oasis antimmt, ist Liam Gallagher dann doch irgendwie dabei. mel

Lesen Sie morgen in Teil 5: *Taxifahrer Muham-med Ahmed, der von Beck-ham als Gast träumt*

Sie nimmt Olympia als Inspiration

MELANIE HACK



DER VERANSTALTUNGSKALENDER FÜR OLYMPIA 2012 LONDON

Mittwoch, 25. Juli

Fußball (F)
Vorrunde

Donnerstag, 26. Juli

Fußball (M)
Vorrunde

Freitag, 27. Juli

20.30 Eröffnungsfeier*
Bogenschießen (F+M)
Vorkämpfe

Samstag, 28. Juli

9.15 Schießen
Luftgewehr, 10 m (F)
Luftpistole, 10 m (M)

11.00 Radsport (M)
Straßenrennen, 250 km

15.00 Judo
bis 60 kg (M), bis 48 kg (F)

16.00 Bogenschießen (M)
Mannschaft

16.30 Gewichtheben (F)
bis 48 kg

19.00 Fechten (F)
Einzel, Florett

20.30 Schwimmen
400 m Lagen (M)
400 m Freistil (M)
400 m Lagen (F)
4 x 100 m Freistil (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (F), Handball (F),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Tennis (F+M), Tischtennis (F+M),
Turnen (M), Volleyball (F)

Sonntag, 29. Juli

10.00 Schießen (F)
Luftpistole, 10 m
Skeet

13.00 Radsport (F)
Straßenrennen, 140 km

15.00 Judo
bis 66 kg (M), bis 52 kg (F)

16.00 Bogenschießen (F)
Mannschaft

16.30 Wasserspringen (F)
Synchronspringen, 3 m

16.30 Gewichtheben (F)
bis 55 kg

19.00 Fechten (M)
Einzel, Säbel

20.30 Gewichtheben (M)
bis 65 kg

20.30 Schwimmen
100 m Schmetterling (F)
100 m Brust (M)
400 m Freistil (F)
4 x 100 m Freistil (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Montag, 30. Juli

10.00 Schießen (M)
Luftgewehr, 10 m

15.00 Judo
bis 73 kg (M), bis 57 kg (F)

16.00 Wasserspringen (M)
Synchronspringen, 10 m

16.30 Gewichtheben (F)
bis 58 kg

17.30 Turnen (M)
Mannschaft

20.00 Fechten (F)
Einzel, Degen

20.00 Gewichtheben (M)
bis 62 kg

20.30 Schwimmen
200 m Freistil (M)
100 m Rücken (F)
100 m Brust (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (F+M), Basketball (F),
Beach-Volleyball (F+M),
Bogenschießen (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Kanu Slalom (M),
Pferdesport Vielseitigkeit,
Rudern (F+M), Schwimmen (F+M),
Segeln (F+M), Tennis (F+M),
Tischtennis (F+M), Turnen (F),
Volleyball (M), Wasserball (M)

20.00 Gewichtheben (M)

bis 94 kg

20.30 Leichtathletik (F)
Diskuswurf

20.30 Schwimmen
50 m Freistil (F)
1500 m Freistil (M)
4 x 100 m Lagen (F)
4 x 100 m Lagen (M)

20.55 Leichtathletik
Weitsprung (M)

21.35 Siebenkampf (F)
22.15 10.000 m (M)
22.55 100 m (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wasserspringen (F)

Vorkämpfe in weiteren Disziplinen:
Badminton (M), Basketball (M),
Beach-Volleyball (F+M), Boxen (M),
Fußball (M), Handball (M),
Hockey (F), Leichtathletik (F+M),
Pferdesport Springen,
Radsport Bahn (M), Segeln (F+M),
Tischtennis (F+M), Volleyball (M),
Wasserball (M), Wassers

WISSEN

KOMPAKT

UMWELT
Grönland-Eis schmolz so stark wie noch nie zuvor
Fast die gesamte Oberfläche des grönländischen Eises war Mitte Juli zumindest angetaut, berichtet die Nasa. Das Ausmaß sei größer als jemals in den zurückliegenden mehr als 30 Jahren. Anders Levermann vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) bewertete die Daten als sehr außergewöhnliches Extremereignis. „Dass wir solche Extremereignisse unter globaler Erwärmung sehen, ist nicht verwunderlich und sogar zu erwarten“, sagt Levermann. Erst kürzlich hatten die PIK-Forscher festgestellt, dass die Erderwärmung dem Grönlandeis wohl stärker zusetzt als bislang angenommen. „Extremereignisse wie das jetzt beobachtete sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt“, so Levermann. Möglicherweise würden Prozesse beschleunigt. In einem durchschnittlichen Sommer schmelze das Eis natürlicherweise etwa auf der halben Oberfläche Grönlands, sagen Nasa-Experten. In großer Höhe friere der größte Anteil des Wassers aber schnell wieder. Nahe der Küste wird einiges Wasser von Eisbarrieren zurückgehalten, etwas Wasser fließt in den Ozean. „Aber in diesem Jahr hat das Schmelzen an der Oberfläche einen dramatischen Sprung gemacht.“

UMWELT
Riesiges Tal beschleunigt antarktische Eisschmelze
Eine besondere geografische Formation könnte für das rapide Abschmelzen der westlichen Antarktis verantwortlich sein. Versteckt unter dem Ferrigno-Gletscher haben britische Wissenschaftler einen bis zu 1500 Meter tiefen Graben im Untergrund entdeckt. Dieser Einschnitt reiche bis zur Küste und sei dort mit dem sich erwärmenden Ozean verbunden. Dadurch könne er das Schmelzen des Eises bis weit ins Innere des Kontinents hinein verstärken, berichten die Forscher in „Nature“.

MEDIZIN
Alkohol schädigt bereits die Nerven von Ungeborenen
Schäden bei ungeborenen Kindern durch Alkoholkonsum in der Schwangerschaft sind häufiger als bislang angenommen. Die Zahl von Kindern mit Hirnstörungen sei alarmierend hoch, schreiben Forscher im Journal „Alcoholism: Clinical & Experimental Research“. Devon Kuehn und Edward Riley von den National Institutes of Health hatten in Chile 101 Schwangere ausgewählt, die nach eigenen Angaben täglich mindestens 48 Gramm Alkohol tranken. In einer Kontrollgruppe wur-

ARCHÄOLOGIE
Skelett der „Mona Lisa“?
In einem verlassenen Frauenkloster in Florenz haben Archäologen das Skelett einer Frau ausgegraben, die möglicherweise einst Leonardo da Vinci für seine berühmte „Mona Lisa“ Modell gestanden hatte. Die italienischen Forscher sind auf der Suche nach den Überresten von Lisa Gherardini del Giocondo, die nach Ansicht vieler Experten als Vorbild für das bekannte Porträtmalereie dient haben könnte. DNA-Vergleiche mit den Töchtern Gherardinis sollen klären, ob es sich bei dem Skelett um die Gesuchte handelt.

CHEMIE
Chemikalien in bayerischen Badeseen entdeckt
Kurz vor Beginn der Sommerferien sind in zwei bayerischen Badeseen Chemikalien gefunden worden. Bei Analysen des Fraunhofer-Instituts für Verfahrenstechnik und Verpackung wurden im Stoibermühlsee nördlich des Münchner Flughafens und im Lindacher See unweit des Flughafens Manching bei Ingolstadt erhöhte Werte für polyfluorierte Tenside (PFT) nachgewiesen, berichtet das BR-Fernsehmagazin „Kontrovers“. Auch die Fische waren belastet. Vermutlich stammen die Chemikalien aus Feuerlöschschäumen. Die Stoffe stehen im Verdacht, Krebs zu erregen.

den 101 abstinente Schwangere erfasst. 80 Prozent der trinkenden Frauen brachten Kinder mit mindestens einer Anomalie auf die Welt. Störungen des zentralen Nervensystems traten bei 44 Prozent der Kinder auf – aber nur bei rund 14 Prozent der Kinder abstinenter Mütter. Die dem Alkohol ausgesetzten Kinder zeigten zudem viel häufiger Verhaltensauffälligkeiten.

TIERE
Neu entdeckte Spinnenart wird nach Lorient benannt
Der Spinnenforscher Peter Jäger hat einen neu entdeckten Gliederfüßer nach dem deutschen Humoristen Vicco von Bülow alias Lorient benannt. Die Spinne heißt *Octalia lorient*.

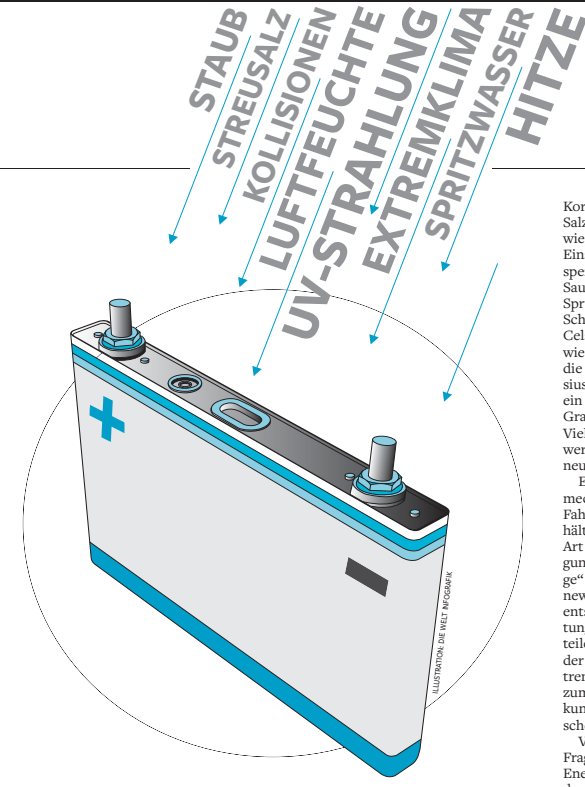
- Was passiert, wenn die Batterie eines Autos mit 50 Kilometer pro Stunde gegen eine Laterne geschleudert wird?
- Für die Versuche in Offenbach wird extra der feinste Staub der Welt aus Arizona beschafft

KLAUS JOPP
OFFENBACH

Mit Ohren betäubendem Lärm kracht der schwarze Kasten auf den Fußboden. Eine massive Delle entsteht sofort bei dem Aufprall aus mehreren Metern Höhe, weil in den Boden ein Stahlrohr einbetoniert ist. Der brachiale Test dient der Sicherheit künftiger Akkumulatoren von Elektrofahrzeugen. Der schwarze Kasten entspricht einer 150 Kilogramm schweren Elektroabatterie, die sich mit einer Geschwindigkeit von 50 Kilometern pro Stunde um einen Laternenpfahl „wickelt“. Den Prüflingen stellt sich dabei die spannende Frage, ob die Batterie in Brand gerät oder nicht. „Lithium-Ionen-Batterien mit einer bestimmten Zellchemie neigen dazu, bei Unfällen sozusagen heiß zu laufen. Die Batterie brennt dann von sich heraus“, erklärt Heiko Sattler. Erst im Mai ist ein Elektroauto des chinesischen Automobilbauers BYD, das von einem zweiten Fahrzeug gerammt worden war, in Flammen aufgegangen und explodiert. Fachleute führen das Feuer auf einen Kurzschluss der Lithium-Ionen-Akkus zurück. Nach Angaben eines Augenzeugen war der beteiligte Sportwagen mit über 150 Kilometern pro Stunde auf einer Autobahn unterwegs, als es zu dem Unglück kam, bei dem drei Menschen in der Elektrotaxe ihr Leben verloren.

Solche Unglücke soll das Batterie- und Umwelttestzentrum verhindern, das der Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik (VDE) jetzt in Offenbach eröffnet hat. „Hier werden Batterien und Brennstoffzellen der unterschiedlichsten Größe auf Herz und Nieren getestet, von ganz, ganz kleinen Ausführungen für Laptops bis hin zu Großsystemen für Fahrzeuge inklusive Lastkraftwagen und Busse“, so Sattler, der das Kompetenzzentrum Batterien und Brennstoffzellen leitet.

Zu den wichtigsten Einrichtungen gehört der Fallturm, in dem unter anderem das Verhalten bei schweren mechanischen Beschädigungen erforscht werden soll. Hier können zu untersuchende Batterien in bis zu zehn Meter Höhe hochgezogen und dann ausgeklippt werden. Gerade die Umstände, die zur Entflammung führen, sind von großem Interesse. Deshalb hält eine Hochgeschwindigkeitskamera jede Sekunde fest und ermöglicht den Ingenieuren eine detaillierte Auswertung der Fallversuche. Denn eines steht fest: Wenn es erst einmal brennt, ist das Löschen sehr, sehr schwierig. „Dann kann man eigentlich



Folterkammer für Batterien

Ob die Akkus künftiger Elektrofahrzeuge tatsächlich sicher sind, kann jetzt in einem neuen Forschungszentrum getestet werden

nur noch abwarten, bis das Feuer ausgebrannt ist“, betont Fachmann Sattler. Das sollte für den Straßenverkehr der Zukunft aber keine Option sein. Bis 2020, so noch immer der Plan der Bundesregierung, sollen eine Million Elektrofahrzeuge über Deutschlands Straßen rollen – und bis 2025 sechs Millionen. Da müssen die Zulassungskriterien für Elektrofahrzeuge deutlich verschärft werden, um sichere E-Mobilität zu garantieren.

Auch wenn sich heute gerade einmal 4500 Elektroautos im Verkehr verlieren, bleibt die Politik optimistisch: „Es befinden sich 15 verschiedene Modelle von deutschen Herstellern in der Pipeline“, sagt Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr. Die Prüfstände im Testlab können sogar Lastwagen-Batterien bis 400 Kilogramm Gewicht und Abmessungen von 1,2 mal 1,2 Meter Seitenlänge aufnehmen. Die Kraftpakete lassen sich mit definierten

Kräften zerquetschen oder durch das Eindringen eines Metalldorns zerstören. „Nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Langzeitstabilität von Traktionsbatterien ist hier ein wichtiges Thema“, so Wilfried Jäger, Vorsitzender der Geschäftsführung des VDE Prüf- und Zertifizierungsinstituts. Spezielle Prüfstandsauflagen erlauben es, alle Fragen zu beantworten, die über die Lebensdauer der Batterie entscheiden. Also zum Beispiel: Ist das Powerpaket ausreichend gegen Spritzwasser oder eindringenden Staub geschützt? „Staub ist tückisch, in Verbindung mit Feuchtigkeit kann er sogar elektrisch leitend werden und zu Kriechströmen führen“, weiß Experte Sattler. Zur Anwendung kommen Talkum, Portland-Zement und Arizona-Staub, der als feinsten Staub der Welt gilt und aus den USA beschafft wird. Halten die verwendeten Kunststoffe auch bei längerer Einwirkung von UV-Strahlung?

Korrodieren Bauteile bei einem hohen Salz- und Feuchtigkeitsgehalt der Luft, wie er bevorzugt im Winter nach dem Einsatz von Streusalz häufig eintritt? In speziellen Klimakammern lässt sich der Saure Regen ebenso nachstellen wie Sprühtests mit Salznebeln durchführen. Schnelle Temperaturwechsel mit 18 Grad Celsius pro Minute sind ebenso möglich wie ein Wasserdruck von 100 bar. Wird die Batterie auch noch bei 70 Grad Celsius anspringen? Welchen Einfluss hat ein Temperaturschock von bis zu 24 Grad pro Minute auf die Dauerfestigkeit? Viele Fragen sind schon akut, andere werden sich erst im Regelbetrieb des neuen Testzentrums herausstellen.

Eine wichtige Größe sind auch die mechanischen Belastungen, wie sie im Fahrzeug durch schlechte Straßenverhältnisse auftreten. Schlaglöcher aller Art lassen sich in einem großen Schwingungsprüfstand simulieren. Die „Prüflinge“ werden hier Kräften bis zu 120 Kilonewton ausgesetzt, was zwölf Tonnen entspricht. Zudem lässt sich die Richtung der Belastung in Sekundenbruchteilen wechseln. Als weitere Härte kann der gesamte Schwingungsprüfstand extrem klimatisiert werden – so lässt sich zum Beispiel ermitteln, welche Auswirkungen eine Schotterpiste unter arktischen Bedingungen auf Batterien hat.

Von großer Bedeutung ist auch die Fragestellung, wie sich elektrochemische Energiespeicher im Laufe der Zeit verändern, abhängig davon, wie schnell und wie oft sie be- und entladen werden. „Die meisten Prüfinrichtungen sind daher so gestaltet, dass die Batterie während der Tests geladene und entladen werden kann. So lässt sich auch die Wechselwirkung der Batteriealterung mit anderen Einflussgrößen wie Temperatur oder Luftfeuchtigkeit untersuchen“, erklärt Jäger. Sogenannte Zyklisierer laden und entladen die Akkus deshalb nach einem frei programmierbaren Rhythmus mit Spannungen von bis zu 1000 Volt und Stromstärken bis zu 800 Ampere.

Das neue Testlab, dessen Bau rund 9,6 Millionen Euro gekostet hat, steht den Automobilherstellern ebenso zur Verfügung wie Zulieferern, wissenschaftlichen Instituten und Behörden. „Wir bieten ein Expertenetzwerk in den Bereichen Wissenschaft, Normung sowie Prüfung und Zertifizierung, zudem haben wir 120 Jahre Erfahrung zum Thema elektrische Sicherheit – diese Kompetenz wollen wir jetzt auch für das Thema Elektromobilität einsetzen“, verspricht Hans Heinz Zimmer, Vorstandsvorsitzender des VDE. Die Resonanz auf dieses Angebot ist groß, viele Unternehmen und Institutionen sind bereits an einer Zusammenarbeit interessiert: „Die Aufgaben rund um die Elektromobilität sind so vielfältig, dass wir auf leistungsfähige, kompetente Partner angewiesen sind“, bestätigt etwa Ricky Hudi, Leiter der Abteilung Elektrik/Elektronik bei Audi. Der Erfolg von Elektrofahrzeugen wird nicht zuletzt davon abhängen, wie sicher Batterien im Einsatz auf der Straße tatsächlich sind. Unfälle wie in Shenzen dürfen hierzulande nicht passieren.

WISSENSCHAFTSREDAKTION: TELEFON: 030 - 2591 73636 | E-MAIL: WISSENSCHAFT@WELT.DE | INTERNET: WELT.DE/WISSENSCHAFT

ANZEIGE

Film ab für 100 Jahre Geschichte.



WELT EDITION präsentiert: Die DVD-Edition
"Deutsche Geschichten – Das 20. Jahrhundert
in sieben großen Filmen"

Erleben Sie mit unserer neuen DVD-Reihe 100 Jahre Deutsche Geschichte, so spannend und berührend erzählt wie nie. Sieben Spielfilme mit hochklassiger Besetzung, von Barbara Auer über Ulrich Mühle bis hin zu Burt Lancaster, Otto Sander, Katharina Thalbach und vielen mehr.

Alle Filme sind von unserer Redaktion ausgewählt und in einem hochwertigen Heftbuch besprochen.

Bestellen Sie jetzt und freuen Sie sich auf einen großartigen Fernsehabend. Ab sofort überall im Handel oder direkt auf www.welt.de/shop

WELT EDITION

Jetzt bestellen: www.welt.de/shop oder direkt unter 0800/182 72 63**

* Z.Zt. versandkostenfrei bei Standardversand innerhalb Deutschlands. ** Kostenlos aus dem dt. Festnetz (Mo.-Sa. 8-22 Uhr).

FEUILLETON

KOMPAKT

MEDIEN

Satiremagazin „Pardon“ wird wiederbelebt

Zum 50. Geburtstag soll die Satirezeitschrift „Pardon“ zurückkehren: Der Verleger Wolfram Weimer, Gründungsherausgeber der Zeitschrift „Cicero“ sowie Ex-Chefredakteur von „Die Welt“ und „Focus“, will Ende November vorerst eine Jubiläumsausgabe des Magazins herausbringen, wie die Weimer Media Group am Mittwoch in München mitteilte. „Für das Projekt haben sich zahlreiche Satiriker, Comedians, Karikaturisten, Journalisten und Schriftsteller zusammengefunden“, hieß es. Weimer nannte „Spiegel.de“ Zusage von Harald Schmidt, Eckart von Hirschhausen und Hellmuth Karasek. „Pardon“ wurde 1962 in Frankfurt gegründet. Erich Kästner schrieb das Vorwort zur Erstausgabe, Lorient gestaltete das erste Titelblatt. 1982 wurde das Magazin eingestellt. Von 2004 bis 2007 war es erneut auf dem Markt.

VERLAGE

Die Duden-Redaktion soll nach Berlin übersiedeln

Dem Mannheimer Traditionsverlag Bibliographisches Institut (BI) steht eine große Umstrukturierung bevor. Wie der Berliner Mutterkonzern Cornelsen mitteilte, soll das komplette Geschäft mit gedruckten Produkten – darunter auch die Print-Ausgabe des Duden – nach Berlin verlagert werden. Weiter ist geplant, den Geschäftsbereich Kinder- und Jugendbuch zu verkaufen. Nach Angaben des Betriebsrates würden von den derzeit etwa 190 Mitarbeitern noch rund dreißig Beschäftigte am bisherigen Standort bleiben. Sie arbeiten im Bereich Sprachtechnologie, der laut Unternehmensführung in Mannheim bleibt.

KULTURPOLITIK

2,6 Millionen für Gastkuratoren an Museen

Mit fast 2,6 Millionen Euro will die Kulturstiftung des Bundes Gastaufenthalte ausländischer Experten an deutschen Museen fördern. Das Geld soll 19 Projekten in elf Bundesländern zugute kommen. Die ausländischen Kuratoren und Wissenschaftler werden für 18 Monate eingeladen, um neue Herangehensweisen, Präsentations- und Kooperationsformen zu erproben, teilte die Kulturstiftung am Mittwoch mit. Ein begleitendes Akademieforschungsprogramm sorgt dafür, dass die „Fellows“ auch untereinander in Kontakt kommen. Zudem sollen die beteiligten Museen zum Ideenaustausch angeregt werden.

ARCHÄOLOGIE

5.000 Jahre altes Pharaonen-Boot entdeckt

Das bislang älteste Holzboot aus pharaonischer Zeit ist nahe der Pyramiden von Gizeh in Ägypten gefunden worden. Das sechs Meter lange und 1,5 Meter breite Schiff datiert in die Zeit des altägyptischen Königs Hor-Den (um 2870–2820 v. Chr.), teilte der für Altertümer zuständige Minister Mohamed Ibrahim Ali laut der Online-Zeitung „Egypt Independent“ mit. Ein französisches Team entdeckte die hölzernen Überreste aus der ersten Dynastie bei Grabungen.

THEMA



CONCORD / KUNSTHAUS GÖTTINGEN

Kino

Überflieger: Joseph Vilsmaier betrachtet Bayern aus der Luft

Seite 22

Warum wir die Invasion der Olympier fürchten

Zwischen Bürokratie und Propaganda: Die Spiele, die morgen in London beginnen, sind alles, nur nicht britisch. *Von Daniel Johnson*

Singapur, 6. Juli 2005: London schlägt Paris, New York, Madrid und Moskau im Rennen um den Austragungsort der Olympischen Spiele 2012. Premier Tony Blair verkündet begeistert: „Nicht oft in meinem Job kann ich einen Freudentanz aufführen und den, der neben mir steht, umarmen.“ London, 7. Juli 2005: Vier Selbstmordattentäter, britische Moslems, töteten 52 Menschen und verletzten mehr als 700. Auf den Tag der Hybris folgte der Tag der Nemesis.

Morgen beginnen in London die Olympischen Spiele. So sehr sie auch vor sieben Jahren herbeigesehnt wurden: Heute können es viele Londoner kaum erwarten, dass sie endlich vorbei sind.

Deutsche können dieses britische Unbehagen vielleicht besser als andere verstehen. Die Spiele 1936 und 1972, in Berlin und in München, sind berühmt-berüchtigt aus Gründen, die wenig mit Sport zu tun haben. Eine der vielen Arten, auf die das Internationale Olympische Komitee die britischen Gastgeber irritiert hat, ist die Weigerung, eine Schweigeminute einzulegen um des vierzigsten Jahrestags des Massakers an israelischen Athleten in München zu gedenken. Israel befürchtet, dass seine Athleten wieder zur Zielscheibe werden könnten. London hat zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, Hochsicherheits-Panics-Rooms sind eingerichtet für die rund 50.000 VIPs, darunter 140 Staatsoberhäupter – doppelt so viele, wie die Spiele in Peking 2008 besuchten.

Von Anfang an war klar: Sicherheit wird die größte Herausforderung. Immerhin finden die Spiele im langen Schatten von Terroranschlägen statt – New York, Washington, Madrid, Bombay und, natürlich, London selbst. Es war deswegen ein Schock, als sich vor kurzem herausstellte, dass G4S, die Großfirma, die beauftragt worden war, für Sicherheit zu sorgen, ihren Auftrag nicht würde allein erfüllen können. Die Regierung war plötzlich gezwungen, jeden verfügbaren Soldaten zu mobilisieren. Der ursprüngliche Plan hatte 13.500 Truppen plus 12.500 Polizisten und 10.000 G4S-Sicherheitsleute vorgesehen. Jetzt sind 3500 weitere Militärkräfte eingesetzt worden, vorgestern noch mal 1500: Insgesamt also eine Truppe, die größer ist als Großbritanniens Armee in Afghanistan. Das stärkste Kriegsschiff der Royal Navy, die HMS Ocean, ankert in der Themse bei Greenwich, um als Helikopterbasis zu dienen; die Royal Air Force im nahen Northolt ist auf Alarmbereitschaft Rot, auf hohen Gebäuden wurden Raketen zum Abfangen von Flugzeugen installiert. Aber nicht nur das Militär, auch die Polizei ist strapaziert: aus Manchester und anderen größeren Städten wurden Kräfte abgezogen, um Scotland Yard zu unterstützen.

Als ich neulich mit der Innenministerin Theresa May sprach, vermutete ich,



Ausnahmezustand: eine der für Funktionäre und Athleten reservierten Spuren

sie werde wohl erleichtert aufatmen, wenn die Spiele vorbei seien. Sie widersprach nicht, beharrte aber darauf, dass die Verantwortlichen auf alle Eventualitäten vorbereitet seien. „Und was“, fragte ich, „wenn es wieder Unruhen gibt, so wie die Riots im letzten Jahr, jetzt, wo die gesamte Polizei mit Olympia beschäftigt ist?“ Frau May wechselte das Thema. Fest steht zumindest, dass Gegendern, die weiter entfernt sind von den Austragungsorten, mit sehr dünnem Polizeischutz werden auskommen müssen.

Was das zeigt? London hat sich in Friedenszustand noch nie so belagert angefühlt. Gleichzeitig gibt es wenig Anzeichen für den berühmten „Blitz spirit“, der im Krieg alle näher aneinander rücken ließ. Stattdessen benehmen sich die olympischen Organisatoren wie eine Besatzungsarmee, während Londoner Unterorganisations wie Kollaborateure Funktionäre durchs Land schicken, um Deals mit Sponsoren zu verhandeln.

Das unpopulärste Zeichen der olympischen Invasion, die über London herein gebrochen ist: Jede große Straße in und um London hat nun eine gesonderte Spur, die „Games Lane“, die für VIPs, Funktionäre und Athleten reserviert ist. Im Land der Magna Carta hat das den Beigeschmack des Diktatorischen – wegen die „Games Lanes“ auch inzwischen gerne „ZIL lanes“ genannt werden, nach den Limousinen, in denen sich sowjetische Apparatschiks umherfahren ließen. Normale Bürger, die sich auf diese Spur verirren, zahlen jedenfalls eine Strafe von 130 Pfund.

Hinzu kommt, dass in der gesamten Stadt Straßen gesperrt sind, Busse umgeleitet werden und Parkplätze geschlossen. Die Botschaft: Denken Sie gar nicht erst dran, mit dem Auto durch London zu fahren! Die olympische Propaganda sagt Londonern, sie sollten lieber anders zur Arbeit kommen, Fahrradfahren oder besser noch: laufen. Denn ähnlich chao-

tisch sieht es im öffentlichen Nahverkehr aus: Seit Wochen sind Londoner gewarnt worden, dass die Tube noch viel grässlicher überfüllt sein wird als sonst – es heißt, es könne bei besonders zentralen Stationen mehr als eine Stunde dauern, überhaupt hineinzukommen. Vorgestern gab es bereits das erste größere U-Bahn-Chaos, als Signale vor den Stationen am olympischen Park ausfielen.

Niemand – am wenigsten die Organisatoren, die doch eigentlich die Verantwortung tragen sollten – kann wissen, ob die Stadt in den nächsten Wochen in Chaos versinkt. Grenzbeamten haben Streiks angekündigt, Fahrer von U-Bahnen und Taxis haben Ähnliches angekündigt. Das Hauptproblem ist genauso einfach wie schwerwiegend: London ist natürlich groß genug, um 600.000 zusätzliche Besucher aufzunehmen. Aber sie wollen eben alle zur selben Zeit zum selben Ort. Und nur die wenigsten Londoner können es sich leisten, einfach zu Hause zu bleiben oder ihre Geschäfte für eine Zeit zu schließen, wie es Bürgermeister Boris Johnson kleineren Läden nahegelegt hat. Tickets zu den Sportveranstaltungen sind übrigens schwer zu bekommen. Kurzum: Denen, die in London leben, arbeiten und Steuern zahlen, wird rundherum der Eindruck vermittelt, ihre Präsenz während der Spiele sei bestenfalls überflüssig, schlimmstenfalls unwillkommen.

Dann noch die Unabsehbarkeit der Kosten: Als London zum letzten Mal Gastgeber der Spiele war, 1948, bei den sogenannten „austerity games“ kurz nach Kriegsende, mussten die Athleten ihre eigenen Handtücher mitbringen. Heute gehören zu den Örtlichkeiten zwei riesige Bierhallen für das amerikanische Team. Die versteckten Kosten, die entstehen, wenn der wichtigste Finanzplatz Europas in den Ausnahmezustand versetzt wird, werden gigantisch sein. Schon jetzt ist das offizielle olympische Budget von 2,4 Milliarden Pfund im Jahr 2005 auf 11 Milliarden angewachsen, Tendenz steigend.

Mal wieder hilft uns der Humor, speziell der der Cockneys. Die BBC, die mit fast eintausend Beschäftigten in rund 2500 Stunden über die Spiele berichten wird, hat in ihrem Programm dann doch noch eine Comedy-Show zugelassen, „Twenty Twelve“, die sich über den Hype und die platte Jargon-Sprache der Veranstalter amüsiert. In Pubs wird ohnehin schon gelacht über die Strategien der PR-Agenten. Ein besonders guter Witz kommt aber aus der Wirklichkeit: Das Internationale Olympische Komitee hat gerade seine Sponsorenverträge mit McDonald's und Coca Cola erneuert – soviel zum antiken Ideal von „mens sana in corpore sano“.

Im Gegensatz zum „Diamond Jubilee“ zu Beginn des Sommers erregen die Spiele keinerlei patriotischen Gefühle: Die Prestige, um die es hier geht, gehört nur den Bürokraten und Politikern, nicht den Briten selbst. Zwischen Politik und Propaganda wirken die Spiele selbst fast wie ein nachträglicher Einfall. Die Briten – immerhin ja mit den Wenlock Olympian Games von 1860 so etwas wie die Begründer der Spiele der Neuzeit – sind mit Recht stolz auf ihr Geschenk an die Welt: Sportsgeist und Fairness. Aber die Olympischen Spiele 2012? Für London ist dieses griechische Erbe jetzt schon ein Albtraum.

Daniel Johnson ist Herausgeber des englischen Magazins „Standpoint“.

KOMMENTAR

HENRYK M. BRODER

Sex im Museum

Die Älteren unter uns, die sich noch an die Sechzigerjahre erinnern können, wissen, wofür „Jazz in der Kirche“ steht: den Versuch, junge Menschen in Gottesdienste zu locken. Heute spricht man von „Zielgruppen-Marketing“, einfachere Gemüter sagen auch gerne: „Man muss die Menschen dort abholen, wo sie sind.“

Nun hat das israelische Nationalmuseum in Jerusalem bekannt gegeben, es werde sich anlässlich einer Ausstellung über das Leben der streng orthodoxen „Chassidim“ auch dem orthodoxen Publikum öffnen, das heißt, separate Besuchszeiten für Männer und Frauen anbieten. Nur bei Bedarf, z.B. am Dienstagmorgen, wenn das Museum normalerweise geschlossen ist. Der Marketingchef des Museums sagte einer israelischen Zeitung, dies sei eine Chance, „die Hand auszustrecken und zu sagen: Bitte kommt“. Eine schöne Geste, sollte man meinen. Ein Zeichen des Entgegenkommens der Mehrheitsgesellschaft gegenüber einer Minderheit. Wenn dem nur so wäre. Tatsächlich liegt ein mehrfaches Missverständnis vor. Die Verantwortlichen im Israel-Museum sind offenbar der Meinung, die Orthodoxen würden in Scharen in das Museum strömen, wenn es dort nur wie in einer orthodoxen Synagoge zuginge, wo Männer und Frauen getrennt beten. Und dass sie sich für nichts anderes so brennend interessieren wie das Leben der orthodoxen Juden, also ihr eigenes.

Aber kein Orthodoxer muss ein Museum besuchen, um sich darüber kundig zu machen, wie Orthodoxe früher gelebt haben oder heute leben. Er muss sich nur in seiner Umgebung umsehen. Abgesehen davon, dass seine Vorfahren keine mobilen Telefone benutzt haben, hat sich im Leben der Orthodoxen wenig bis nichts verändert. Sie erziehen ihre Kinder zur Frömmigkeit und rechnen täglich mit der Ankunft des Messias. In der Welt der Orthodoxen sind Museumsbesuche ebenso wenig vorgesehen wie All-inclusive-Ferien in der Karibik. Die Einladung an die Orthodoxen, das Museum zu besuchen, könnte die Angesprochenen aber auf eine Idee bringen: „Machen wir gerne“, werden sie antworten, „aber nur, wenn wir in Bussen zum Museum fahren können, in denen Männer und Frauen getrennt sitzen“.

Fundamentalisten und Orthodoxe aller Glaubensrichtungen zeichnen sich dadurch aus, dass es ihnen nicht genügt, nach ihren Vorstellungen zu leben, sie wollen auch alle, die anders leben, dazu zwingen. Kommt man ihnen entgegen, reagieren sie nicht, indem sie sich auch bewegen, im Gegenteil, sie sehen sich in ihrer Position bestätigt – und erheben neue Forderungen. Deswegen sollten alle „Geschäfte“ mit Orthodoxen auf der Basis von Gegenseitigkeit gemacht werden. Wir bauen Moscheen in Duisburg, wenn in Riad Kirchen gebaut werden. Wir führen separate Besuchszeiten für Männer und Frauen in Schwimmbädern ein, wenn die Orthodoxen in ihren Vierteln Besuchszeiten für gemischte Gruppen einführen. Und was wir wahnsinnig gerne erfahren möchten: Wie kommt es, dass die Orthodoxen so viele Kinder haben, wenn sie auf die Trennung der Geschlechter so großen Wert legen?

feuilleton@welt.de

Ich kann beim besten Willen kein Hakenkreuz erkennen

Meese inszeniert „Parsifal“, Rauch gestaltet ein Bühnenbild: Die neuen Pläne der Bayreuther Festspiele

MANUEL BRUG

Der Künstler Jonathan Meese inszeniert 2016 den neuen Bayreuther „Parsifal“, Andris Nelsons wird am Pult stehen. Es singen Klaus Florian Vogt (Parsifal), Petra Lang (Kundry) und Georg Zeppenfeld (Gurnemanz): Das ist die spektakulärste von vielen Spielplanneigkeiten, die die Intendantinnen Eva Wagner-Pasquier und Katharina Wagner bei der alljährlichen Pressekonferenz am Tag der Bayreuther Festspielpremiere zu verkünden hatten. Der Maler und Bildhauer Meese ist übrigens kein Opern- und Theaterrichter; er hat für Frank Castorf und die Rhm-Oper „Dionysos“ die Bilder entworfen und 2005 im Magazin der Berliner Staatsoper parallel zu Bernd Eichingers missratener „Parsifal“-Inszenierung in Echtzeit eine

Performance „Jonathan Meese ist Mutter Parsifal“ gefahren. Damals sagte er noch: „Ich verstehe die Musik nicht! Ich bin völlig hilflos! Ich verstehe auch nichts von der Bühne!“ Inzwischen hat ihn auch Stefan Herheims Bayreuther „Parsifal“-Inszenierung in kreative Ekstase versetzt.

Wie um die anhaltende Kritik an ihrer Führung zu kontern, haben die Bayreuth-Chefinnen die Premieren bis 2020 weitergeplant – sie haben dafür das Einverständnis des Stiftungsrats, obwohl ihre Verträge vorläufig 2015 enden. „Erst danach werden die von uns von Anfang an initiierten Wunschteams Wirklichkeit“, sagte Katharina Wagner der „Dionysos“. 2017 wird es neue „Meistersinger“, 2018 „Lohengrin“, den – als letztes der in Bayreuth gespielten Werke – dort erstmals Christian Thielemann dirigieren wird. Wie die „Welt“ aus Berliner Theaterkreisen erfuhr, wird der Maler Neo Rauch das Bühnenbild gestalten, mit einem berühmten Theaterregisseur wird verhandelt. 2019 gibt es einen neuen „Tannhäuser“, 2020 ist wieder ein „Ring“ zu schmieden.

Im Jubiläums-„Ring“ 2013 ist jetzt anstelle von Angela Denoke Catherine Foster offiziell als neue Brunnhilde vorgestellt worden. Am 22. Mai 2013 spielt das Festspielorchester unter Christian Thielemann im Festspielhaus das Geburtskonzert zu Wagners 200., danach gibt es eine Feier mit Ständen von Klaus Florian Vogt in der Stadthalle. Nach den diesjährigen Festspielen gastiert das gesamte Ensemble mit „Lohengrin“, „Holländer“ und „Tristan“ vom 1. bis zum 6. September im Gran Teatre del Liceu in Barcelona.

Wie die „Welt“ weiter erfährt, steht auch der neue Verwaltungschef für die Festspiele fest, den die Chefinnen zur Bedingung einer Verlängerung ihrer Verträge gemacht haben: Patrick Wasserbauer von den Bühnen Köln.

Für den wegen seiner umstrittenen Tätowierungen am Wochenende spektakulär abgetretenen „Holländer“ Evgeny Nikitin ist die Tür des Festspielhauses noch nicht zugeschlagen, wie zumindest am Grünen Hügel zu erfahren war. Freilich wartet die Festspielleitung noch auf eine Erklärung des Sängers. Der hat in einem ersten Interview mit der Deutschen Welle sein angebliches Hakenkreuz auf der Brust bestritten: „Das sollte ein echter Stern werden, mit einem Wappen in der Mitte.“ Weiter sagte er: „Ich bin ein Künstler, kein Neonazi.“ Zu den gern auch in rechten Kreisen ge-

brauchten Runen auf seinem Oberkörper, auch zu dem von der Hitlerjugend wie den Reichsführerschulen verwendeten Tyr-Symbol – erst auf neueren Fotos zu sehen, noch nicht aber auf dem Video von 2007 – äußerte er sich nicht.

Inzwischen wurde eine weitere Tätowierung an Nikitins Unterarm entschlüsselt. Sie zeigt eine Darstellung des nordischen Gottes Odin, die sich als Abbildung zur CD „Det Som Engang Var“ der norwegischen Black-Metal-Band Burzum findet. Der Macher der Einmann-Band, Varg Vikernes, saß für einige Jahre wegen Mordes, Brandstiftung und anderer Delikte im Gefängnis. Er sorgte durch Kirchenverbrennungen und den Mord an einem ehemaligen Bandkollegen Anfang der Neunziger für Aufsehen und wurde daraufhin zu einer Art Leitfigur für Neonazis.

FEUILLETON

POP IN KÜRZE

FRANK OCEAN
Von Kleopatras Suchen und Finden der Liebe
Angeblich ist Hip-Hop eine homophobe Angelegenheit, wie Fußball. Vielleicht sind es aber auch nur Fußballfunktionäre und Musikindustrielle, die so was behaupten und beklagen, um als bessere Menschen dazustehen. Die Gefahr des Outings jedenfalls wird überschätzt. Frank Ocean trat jüngst den Beweis an, kurz vor der Veröffentlichung seines ersten Albums. Ocean schrieb im Internet über die prägende Liebe seines Lebens, einen 19-jährigen Mann. Von Rappern, Rapperfrauen und Produzenten wurde er dazu beglückwünscht. Ocean hätte sich als Debütant mehr Aufregung gewünscht, um auf sich aufmerksam zu machen. Dringend nötig wäre es für „Channel Orange“ nicht gewesen. Die herausragende Platte erzählt parallel zwei spannende Geschichten: Es geht darum, dass im öffentlichen Leben Sex zu ernst genommen wird und Liebe zu ironisch. Und es geht darum, was aus dem R&B geworden ist und wie man ihn behandeln sollte, dass noch etwas aus ihm wird. „Pyramids“ erzählt von einer Nachtclubtänzerin namens Kleopatra und stellt sie in die Konfektionsmusik der Großraumdiskotheken, wo sie weder Liebe findet noch vernünftige Musik. Der Rest klingt so visionär, wie R&B nur klingen kann.

Frank Ocean: Channel Orange (Island)

IAN GILLAN & TONY IOMMI
Ausrangierter Gitarrenrock zum Spendensammeln
1988 bebt in Armenien die Erde. Es gab Benefizaufnahmen wie „Rock Aid Armenia“ mit „Smoke On The Water“ in der Wiedervorlage. Beteiligt waren Musiker der Bands Deep Purple und Black Sabbath. Im armenischen Gjumri fehlt es heute noch an vielem, auch an einer Schule für Musik. Den Missstand soll „Who Cares“ beheben helfen. Ein Projekt von Ian Gillan (Deep Purple, Gesang) und Tony Iommi (Black Sabbath, Gitarre). Hinzu kamen der kürzlich verstorbene Jon Lord (ebenfalls Deep Purple, Orgel) sowie Musiker von Iron Maiden und Metallica. Gespielt wurden zwei neue Songs: „Out Of My Mind“ gegen das Vergessen und „Holy Water“ über die biblische Geschichte Armeniens. Die Hardrockveteranen füllen das Doppelalbum mit Stücken auf, die sie nicht mehr gebrauchen konnten: Mit „Zero The Hero“, einem der schlimmen Songs von 1983, mit einem noch schlimmeren „Smoke On The Water“, aufgenommen 1999.

Ian Gillan & Tony Iommi: Who Cares (Edel)

RAHSAAN ROLAND KIRK
Eine Seelenreise bis zum Ende der Zeit
Als Rahsaan Roland Kirk vor 35 Jahren starb, blieb er der Menschheit in Erinnerung als Pionier des Multitaskings. Er konnte zugleich verschiedene Saxofone blasen, dazu Quer- und Nasenflöten, Kindertröten und Schalmee. Dabei war Kirk vom zweiten Lebensjahr an blind. Die progressive Rockmusik war davon so beeindruckt, dass sie Kirk zu ihrem geistigen Großvater erklärte. Ian Anderson von Jethro Tull tauchte die hölzerne Gitarre gegen eine edle Querflöte und pustete auf einem Bein Kirks „Serenade To A Cuckoo“. Jetzt kann man die Serenade wieder im Original hören. Die „Rahsaan Roland Kirk Anthology“ fasst bündig dessen Schaffensabend zusammen. Von den bürgerbewegten Sechzigerjahren bis zum ersten Schlaganfall. Kirk als Erzähler: Sein Stück „Blacknuss“ stellt die Rassenfrage, indem es sich auf die 36 schwarzen Tastentöne des Klaviers beschränkt und damit Soulthymnen zitiert. „Volunteered Slavery“ versklavt „Hey Jude“ von den Beatles. mp

Rahsaan Roland Kirk: Spirits Up Above: The RRK Anthology – The Atlantic Years 1965–1976 (Rhino)



Keine Wolke trübt den Himmel: Fünfzig Stunden flog Vilsmaier mit dem Hubschrauber über seine Heimat

ELMAR KREKELER
Vielleicht sollte man sich doch mal hier bewerben. Daheim, wo man Bayern gern für eine gigantische Lüge hält, weil's so sauber und so reich ist, regnet's Schönlust seit Tagen, ist der Sommer ein grünetüchter Winter, daheim ist es grau und kalt. Hier hängt ein ziemlich weißes Wölkchen oben am blauen Himmel und löst sich langsam, ganz langsam im Vorbeiziehen auf. Es ist lindwarm. Irgendwo um die Ecke haben's damals zu Derrick's Zeiten besonders gern die Leute in ihren Villen ermordet, weil schon in den Achtzigern der Mörder der Millionär zu sein hatte. Schräg hinten, jenseits des feinen Rasens wird Tennis auf Asche gespielt. Bälle ploppten, sonst hört man nix. Es ist Mittag in München, Mittag in Grünwald. Und wir fragen uns noch mehr als ohnehin schon, warum Josef Vilsmaier, der Mann, dem wir in seinem Hauptquartier und im prallen Sonnenlicht gegenüber sitzen, überhaupt diesen Film drehen musste, den er jetzt gedreht hat. Einen Film über Bayern. „Bavaria“ heißt er stolz und so ist er auch. Es ist Vilsmaier's erster abendfüllender Dokumentarfilm. 50 Stunden ist der 73-Jährige mit Hubschraubern und einer stündhaft teuren Kamera über die bayerischen Städte, Wälder, Kirchen, Klöster, Schlösser, Flüsse und Industrieanlagen geflogen. Anderthalb Stunden Film hat er daraus geschnitten, eine traumbildreiche Traum- und Bildungsreise, bajuwarische Leistungsschau, gigantische Urlaubs-postkarte und bemerkenswert verkürzte Liebeserklärung in einem. Schön und langsam und bunt und nett. Trotzdem sitzt man jetzt da und fragt ihn, diese niederbairisch, fränkische Mischung, den Urbayern, den gebürtigen Münchner, was es soll. Sie haben doch alles, die Bayern. Die besten Autos, die brummdenste Wirtschaft, die wahrscheinlich wenigsten Arbeitslosen, die höchsten Berge, die vermutlich größte Schlösser- und Klösterdichte der Republik und die zweitbeste Fußballmannschaft. Ihr Sendungs- und Selbstbewusstsein braucht keine Vitaminkur.

Weil es ihn noch nicht gab, diesen Film, hat er ihn gedreht, sagt er. Nicht als Film gewordenes „Mia san mia“ will der kugelblitzige Stoppelbart dabei seine Bayernhymne verstanden wissen. Das hat sowieso der FC Bayern erfunden, sagt er, das „Mia san mia“. Irgendwann nach der zwanzigsten Meisterschaft auf dem Marienplatz muss es gewesen sein. Das sagt aber doch keiner sonst im Land, sagt Vilsmaier. Und weil sonst im Land keiner in daheim Urlaub macht, weil sich sonst im Land keiner am Wochenende ins Auto setzt und sich sagt: „So, jetzt fahren wir nach Mittelfranken zum Schloss Ding“, fliegt Vilsmaier seinen Bayern halt jetzt voraus. Das schadet nicht, das bildet ungemie. Die schönste Nebensache der Welt sei das für ein paar Wochen und ein Jahr gewesen, ein Geschenk. Sein Heimatland noch besser kennen zu lernen. Und das von oben, da sieht alles sowieso ganz anders aus. Am Anfang haben sie sich das ja auch ganz einfach vorgestellt, der Hannes Burger, der ihm die Texte schreiben sollte, der Hans Ostler, der Hubschrauberpilot. Losfliegen, filmen, schneiden, ein paar verbindende Worte, fertig. So einfach war das aber gar nicht. Was erzählen wir denn, was wollen wir zeigen, was lassen wir weg, wie kriegen wir die Konkurrenz zur Kondensmilch- und Weißbier-Bayemidylle hin, wie eine Geschichte zusammen. Eine Landkarte mit 300 Aufklebern, einen für jeden Überflieger, hatten sie dann irgendwann, die hängt noch hinten, oben in seinem Büro. Sie wollten von Passau, im bajuwarischen Urschleim, in den Wäldern, in denen aus versprengten Kelten, versprengten Römern und eingereihten Bajuwaren entstanden bis zur Zugspitze fliegen, kreuz und quer durch die Geschichte und über die Landkarte. Beinahe ohne Absicht. Einfach weil's so schön ist. Denn wer je geglaubt hat, in Vilsmaier, dem großen Gefühlsmenschen und Bildkompositoren des deutschen Kinos, gebe es auch nur einen Funken aufklärerischen Furors, kann an dieser Stelle spätestens getrost das Lesen einstellen. In den ganzen neunzig Minuten gibt es nämlich keinen einzigen irritierenden Augenblick.

Es ist schön hier, lass uns bleiben

Bayern von oben:
Eine Urlaubsreise zu Joseph Vilsmaier und den Schauplätzen seines Films „Bavaria“

Das Bayern-Klischee, sagt Vilsmaier, ist nämlich gar keins, weil alles ja wahr ist, weil es das alles noch so gibt im 21. Jahrhundert, das Wettplattin, den Leonardirrit, die Jungs in der Krachledernen, die sich versuchen mit je einem Finger und Gewalt über den Tisch zu ziehen. So ist alles schön in diesem Film. Die Obdachlosen sitzen bei Suppe und guten Gesprächen in der Wärmestube. Selbst die Juden sind wieder in der Mitte Münchens angekommen. Und die einzige sichtbare Migrantin von „Bavaria“ dreht fröhlich Würstchen in Nürnberg, sie ist nicht muslimanischer, sondern asiatischer Herkunft.

Eine Traumreise soll „Bavaria“ sein. Und weil man bei Träumen auch nie nach Logik fragt, nicht nach der Geschichte, die sie erzählen, nach ihrem Spannungsbogen, nach ihrem Neuigkeitswert, sollte man das bei „Bavaria“ auch nicht tun. So richtig überrascht allerdings hat ihn unterwegs nun auch wieder nichts, sagt er nüchtern. „Ich kenn das doch alles.“ Manchmal ein besonderer Moment, ein besonderer Blick. Glick hat er gehabt zum Beispiel, als er München im Morgengrauen und im Winternebel filmen konnte. Da hat es 35 Minus gehabt und eine ganz seltsame, seltsame Wetterlage. Und man sieht, wie die Stadt im Dunst erwacht. An magischen Momenten mangelt es nicht. Den magischsten Moment allerdings kann man leicht übersehen und beinahe wäre er der Schere zum Opfer gefallen. Das war als sie das Dotal abflogen. Da kannte er sich aus. Das ist er aufgewachsen. Als Bergbauernbub, und sie flogen über das Haus, in dem er einen Teil seiner Kindheit verbracht hat. Klein ist es und weiß. Und als sie drüber flogen, da war es ihm wie ein Zeitreise. Da sah er sich in kurzen Hosen mit einer Schüssel im Arm die Hühner füttern. Und jetzt, hat er gedacht, fliegt hier drüber und filmt. Schöner war das als der Watzmann. Hatte er eigentlich rausgeschmeißt, für sich behalten wollen. Und dann doch drin gelassen, als sie ihn nach Monaten breit geredet hatten, die Texte selber zu sprechen. Und weil „Bavaria“ immer persönlicher wurde, blieb das Rottal und das kleine weiße Haus drin. Und weil er sich Mühe gibt beim Hochdeutschsprechen versteht ihn sogar. Aber irgendwas Hässliches muss es doch gegeben haben, fragt man nach. Hat es auch, gibt er zu. In der Oberpfalz. Da haben sie Schiefer abgebaut, die Landschaft ausgebagert, kilometerweit, schrecklich, eine Naturkatastrophe. Und dann sind sie drüber geflogen mit dem Hubschrauber. Diese Farbe. Irgendwie so – gelblich. Und Baggerseen mit Inseln hat es da, grün überwuchert. Wie in der Süde hat das ausgesehen, sagt er. Und damit da am Ende keiner auf die Idee kommt, das sei schön und denkt „da fahrma hi“, hat er die Bilder rausge-

schmissen. Und das Hasenberg, der Problembärenkiez Münchens, oder Neu-Perlach, Münchens größte Seelensiloan-sammlung? „Sind Sie schon mal drüber geflogen? Sieht gut aus, so geometrisch, so ordentlich.“ Es ist ja nicht so, dass der Vilsmaier ein Hurra-Bayer wäre. Je älter er wird, sagt er, desto stärker erwischt er sich beim Patriotismus. Er mag sein Land, es ist ja auch schön. Aber Stolz darauf? Da kann man doch nichts für. Das hat die Natur einfach prima eingerichtet. Dass er gern nach Hause kommt, hat aber weniger mit dem Land als mit den Freunden zu tun, die hier sind. Und weil er ein Heimwehmensch ist. Andererseits, sagt er, hätte auch alles ganz anders laufen können. Fern der Heimat. Vilsmaier wäre nämlich einmal beinahe in den kanadischen Wäldern verschwunden. Jung war er da noch. Da hatte er eine Anzeige in der Zeitung gelesen. Holzfäller wurden in Halifax gesucht. Vilsmaier wollte mit einem Freund hin und mit seinem Akkordeon, damit er ein bisschen Geld verdienen könnte, falls es mit dem Baumfällen nicht so klappt. Wurde dann nichts draus, weil der Freund kein Visum bekam. Sonst, wer weiß, wäre er jetzt Waldbesitzer und täte mit dem Bulldog herum fahren. „Würd mir auch gefallen.“ Da haben wir aber noch mal Glück gehabt. Weil wir sonst nicht hier sitzen würden und den Sommer beideln müssten. Und weil die deutschen Fernsehsender nicht wüssten, wie sie Beiträge über den Länderfinanzausgleich bebildern sollten. Kaum waren die ersten Szenen der Traumreise auf dem Markt, wurde Vilsmaier's „Bavaria“ auch schon missbraucht. Als bekannt wurde, Horst Seehofer würde eine Verfassungsklage gegen den Länderfinanzausgleich anstrengen wolle, griffen die beiden einflussreichsten deutschen Nachrichtensendungen unabhängig voneinander zur Illustration und zum Beweis von Bayerns Reiz und Reichtum auf Szenen aus „Bavaria“ zurück. Das wird so weiter gehen. Wann immer wir Bayern sehen, werden wir „Bavaria“ gezeigt bekommen. Vilsmaier's ultimativen Heimatfilm. Eigentlich schön.

Ein Kammerspiel im Zentrum der Macht

Arbeit am Mythos: Arte strahlt die umstrittene Serie „The Kennedys“ mit Katie Holmes als Jackie Kennedy aus

SVEN FELIX KELLERHOFF

Der Mythos Kennedy lebt. Obwohl gegenwärtig kein Vertreter der „First Family“ ernsthaft Chancen auf ein politisches Spitzenamt hat. Anders sind die heftigen Reaktionen nicht zu erklären, die die Miniserie „The Kennedys“ in den USA ausgelöst hat. Sie führten sogar dazu, dass die ursprüngliche Ausstrahlung beim renommierten History Channel abgesetzt wurde und die Serie auf einem viel kleineren Kanal gesendet werden musste. Ab heute kann man sich beim deutsch-französischen Kulturkanal ein eigenes Bild machen, denn Arte strahlt die acht Folgen gebündelt an drei Abenden aus. Echte Geheimnisse über den berühmtesten amerikanischen Polit-Clan des 20. Jahrhunderts verrät der solide produzierte kanadische Achtteiler allerdings kaum. In den vergangenen Jahrzehnten nämlich haben Journalisten und Historiker schon viel von dem Hochglanzlack

absplittren lassen, mit dem sich die Kennedys lange geschmückt haben. So ist die Einflussnahme des macht-bewussten Patriarchen Joseph „Joe“ Kennedy auf die amerikanische Politik zwischen 1930 und 1960 bekannt. Ebenso die eher unangenehmen Charaktereigenschaften des ältesten Kennedy-Sohnes Joe Junior, der schon früh zum kommenden Präsidentschaftskandidaten aufgebaut wurde. Als er 1944 als Bomberpilot in Europa fiel, musste John F. Kennedy halb unwillig diese Rolle übernehmen. Seine durchaus schwankende Begeisterung bringt Drehbuchautor Stephen Kronish auf die treffende Formel: „Ich – Präsident? Unglaublich!“, die Kennedy in einer (erfundenen) Szene auf dem Weg ins Wahllokal am Tage der Präsidentschaftswahl 1960 seiner Frau zuraut. Viel über den wirklichen John F. Kennedy kann man in der Biografie von Robert Dallek über sein „unvollendetes Leben“ nachlesen. Doch bewegte Bilder wirken immer direkter als niederge-

schriebene Erkenntnisse. Und weil das Casting in „The Kennedys“ gut gelungen ist, kommt die Botschaft an. Dabei muss sich die Besetzung messen lassen an dem zu Recht oft gelobten Kinofilm „13 Tage“ über die Kennedys während der Kuba-Krise 1962. Greg Kinnear, der in „The Kennedys“ die Hauptrolle spielt, verkörpert den Präsidenten mindestens genauso überzeugend wie Bruce Greenwood das im Kinofilm tut. Beide lösen das Problem, den nach außen hin immer strahlenden, überzeugend wirkenden Kennedy schwankend, unsicher, ja zögerlich zu präsentieren. Deutlich besser als in „13 Tage“ dagegen sind die beiden nächst wichtigen Charaktere besetzt: Katie Holmes gibt Jackie Kennedy als echte Hauptfigur und wird so der eleganten First Lady auch tatsächlich gerecht, während das Fotomodell Stephanie Romanow im Kinofilm kaum mehr als hübsches Beiwerk war. Besonders deutlich aber wird der Unterschied in der Beset-

zung von Robert F. Kennedy, dem Justizminister und wichtigsten Berater seines Bruders. Barry Pepper gleicht in „The Kennedys“ die mangelnde äußerliche Ähnlichkeit durch eine Energie aus, die „Bobby“ auch in Wirklichkeit auszeichnete – denn er war der eigentliche politische Kopf seiner Kennedy-Generation. Das ging in „13 Tage“ weitgehend unter, weil Steven Culp den jüngeren Kennedy-

„Ich –Präsident? Unglaublich!“

John F. Kennedy in „The Kennedys“

Bruder als gehorsamen Helfer des Präsidenten gab. Natürlich kann die Fernsehproduktion von 330 Minuten angesichts ihres Budgets von 25 Millionen Dollar nicht annähernd gleiche Opulenz bieten wie

der schon vor zwölf Jahren mehr als dreimal so teure Kinofilm. Deshalb konzentriert sich Regisseur Jon Cassar zu Recht auf eher kammerspielerartige Szenen, in denen seine Darsteller dann wirken können. Anders als einige Angehörige des Clans befürchtet hatten, zerstört der Achtteiler den Kennedy-Mythos nicht. Im Gegenteil. Kurz vor dem runden Jahrestag der Kuba-Krise, Kennedys größter Bewährungsprobe, lenkt die sehenswerte Serie die Aufmerksamkeit einmal mehr auf die Person, die ihren Nachruf nicht zuletzt dem gewaltsamen Tod verdankt. Ein Rätsel dürfte allerdings bleiben, warum das öffentlich-rechtliche Fernsehen in Deutschland diese wirklich interessante Serie auf dem Spartenkanal Arte versendet. „The Kennedys“ hätte in die Hauptprogramme gehört, anstelle der ausufernden Quiz- und Talkshows. Arte, heute und 2. August jeweils 20.15 – 22.25 Uhr, 9. August 20.15 – 21.40 Uhr

AUS ALLER WELT

LEUTE

FRANKFURT/MAIN

Tierschützer setzt sich ab: Haftbefehl wieder in Kraft
Umweltaktivist Paul Watson hat sich offenbar ins Ausland abgesetzt. Der 61-jährige Kanadier habe sich seit Sonntag nicht mehr bei den Behörden gemeldet und werde nun wieder mit Haftbefehl gesucht, so das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt. Der Chef der internationalen Tierschutzgruppe Sea Shepherd wurde am 13. Mai auf dem Frankfurter Flughafen festgenommen. Gegen eine Kaution von 250.000 Euro kam er wieder frei. Costa Rica wirft ihm vor, 2002 mit seinem Schiff „Oceano Warrior“ vor der Küste Guatemalas den Fischfänger „Varadero 1“ beinahe zum Kentern gebracht zu haben.

NEW YORK

Über 120 Jahre Haft für Hudsons Ex-Schwager

Der ehemalige Schwager von Jennifer Hudson ist zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. William Balfour soll vor rund vier Jahren Mutter, Bruder und den siebenjährigen Neffen der US-Schauspielerin ermordet haben. Ein Richter im US-Bundesstaat Illinois verurteilte Balfour nun zu dreimal lebenslänglich und zusätzlich 120 Jahren wegen Hausfriedensbruchs und Kidnapping, wie US-Medien berichten. Eine Revision ist ausgeschlossen.

LUDWIGSHAFEN

Kohl-Chauffeur Seeber: Meine Entlassung war brutal

Der Ex-Fahrer von Helmut Kohl litt unter seinem Karriereaus nach 45 Jahren. „Meine Entlassung habe ich wirklich brutal empfunden! Ich wurde einfach so vor die Tür gesetzt“, sagte Eckhard Seeber der „Bunten“. Kohls spätere Frau Maïke Richter habe ihm gesagt, er solle das Auto in die Garage stellen und die Schlüssel ins Haus legen. „Das habe ich getan und das war's dann“, so Seeber, der danach schwer erkrankte. Der 72-Jährige sucht seitdem vergeblich Kontakt zum Altkanzler.

BERLIN

Schweighöfer gratuliert Mücke zur „Tatort“-Rolle

Matthias Schweighöfer freut sich, dass sein Kollege Friedrich Mücke, 31, im neuen Erfurter „Tatort“ mitspielen wird. „Da gratuliere ich mal, denn dich werden dann immer so um die acht Millionen Menschen sehen“, sagte der Schauspieler via „Bild“-Zeitung. Neben Friedrich Mücke ermitteln auch Alina Levshin (27) und Benjamin Kramme (30) von 2013 an für den Sender MDR als neue TV-Kommissare.

ANZEIGE

Erst: starten.
Dann: staunen.

lufthansa.com

Mailand
Hin + Zurück

ab 119 €

Kopenhagen
Hin + Zurück

ab 129 €

Jetzt buchen

Nonstop you

A STAR ALLIANCE MEMBER

Lufthansa

Deutschland heute

Viel Sonnenschein bei sommerlichen 34 Grad

Heute: Nach einem sonnigen Tagesbeginn ziehen zunehmend Quellwolken auf, die vor allem in den Mittelgebirgen gewittrige Schauer bringen. Sonst bleibt es meist freundlich. Die Temperaturen erreichen 26 bis 31 Grad, im Südwesten bis 34 Grad, an der See ist es kühler

Blowetter: Der Gräserpollenflug ist mäßig, Beifußpollen fliegen schwach. Nach wie vor sind bei den hohen Temperaturen, falls möglich, große körperliche Anstrengungen zu meiden.

Vorhersage

	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag
Norden	16 31	18 23	14 22	13 19
Mitte	16 31	18 27	16 24	13 19
Süden	15 30	16 29	16 26	14 16

Wetterkarte heute

Wetter heute

Bali	27°	heiter
Buenos Aires	14°	sonnig
Djibouti	33°	sonnig
Honolulu	26°	einzelne Schauer
Innsbruck	28°	heiter
Kairo	36°	sonnig
Kairo	18°	wolkig
Kapstadt	18°	sonnig
Mallorca	34°	sonnig
Manila	30°	Regen
Mombasa	28°	wolkig
Neu Delhi	33°	Regen
Rio de Janeiro	30°	heiter
Sydney	19°	einzelne Schauer

Temperaturrekorde

Hamburg	Maximum 32,6° (1983), Minimum 7,7° (1955)
Berlin	Maximum 33,6° (1911), Minimum 6,3° (1958)
Frankfurt	Maximum 35,4° (2006), Minimum 7,1° (1974)

Sonne & Mond

Angaben für Kassel

Sonne

Mond

05:37

21:19

14:37

Online-Wetter: welt.de/wetter

Onlinefrische und aktuelle mobile Wetterinformationen unter [mobile.welt.de](#)

Immer wissen, wie das Wetter wird!